

6

Private Haushalte – Einkommen und Konsum

Auszug aus dem
Datenreport 2021





Private Haushalte – Einkommen und Konsum

6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung

Sylvia Behrends, Susanna Geisler,
Kristina Kott, Michael Ziebach

Statistisches Bundesamt
(Destatis)

Wie unterscheiden sich die Lebensbedingungen in Deutschland? Auskunft hierzu geben die Einnahmen, Ausgaben und die Ausstattung privater Haushalte in Verbindung mit sozioökonomischen Merkmalen. Wie hoch sind die Einkommen und Einnahmen privater Haushalte und aus welchen Quellen stammen sie? Wofür wird das Geld verwendet? Das folgende Kapitel zeigt auch, inwieweit sich die Einkommens- und Ausgabenstrukturen verschiedener Haushaltsgruppen unterscheiden und welche traditionellen und neuen technischen Gebrauchsgüter die Haushalte besitzen.

Datenbasis für die Angaben in den Abschnitten 6.1.1 bis 6.1.4 sind die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Abschnitt 6.1.5 liegen die Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) zugrunde. Abschnitt 6.1.6 zur Internetnutzung basiert auf den Ergebnissen der Erhebung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten (IKT). [► Info 1](#)

Ein weiteres Thema dieses Kapitels ist die private Überschuldung. Hier liefert die amtliche Statistik Informationen zur Situation privater Schuldnerinnen und Schuldner, die ein Insolvenzverfahren oder die Hilfestellung einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch genommen haben. Die Daten in Abschnitt 6.1.7 be-

ruhen auf den Auskünften der Insolvenzgerichte und den Angaben der Schuldnerberatungsstellen.

6.1.1 Bruttoeinkommen privater Haushalte

Ein erster Indikator für die Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte ist das Haushaltsbruttoeinkommen, das sich aus verschiedenen Einkommensarten zusammensetzt. [► Info 2](#)

Struktur und regionaler Vergleich

Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erfassten Privathaushalte in Deutschland belief sich 2018 auf 4 846 Euro. Wichtigste Einnahmequelle mit einem Anteil von 64 % waren die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit: Durchschnittlich 3 122 Euro im Monat stammten aus nicht selbstständiger und aus selbstständiger Tätigkeit. Rund 20 % ihres Bruttoeinkommens beziehungsweise durchschnittlich 993 Euro im Monat erhielten die privaten Haushalte aus öffentlichen Transferzahlungen wie Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatlichen Pensionen, Kindergeld und Kinderzuschlag, Elterngeld, Arbeitslosengeld I und II sowie Pflegegeld. Vermögenseinnahmen machten 9 % des Bruttoeinkommens aus. Den geringsten

► Info 1

Was sind private Haushalte?

Als Privathaushalt gelten Personen, die zusammenwohnen und gemeinsam wirtschaften, die in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren beziehungsweise die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, beispielsweise Berufspendlerinnen und -pendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus und im Urlaub. Entscheidend ist, dass die Person nur vorübergehend abwesend ist und normalerweise im Haushalt wohnt und lebt. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (Alleinlebende oder Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung), gelten als eigenständige Privathaushalte. Untermieterinnen und -mieter, Gäste und Hausangestellte gehören nicht zum Haushalt.

Darstellung der Ergebnisse

Die Ergebnisse werden standardmäßig für unterschiedliche Haushaltsgruppen dargestellt. Die Gruppierung der Haushalte erfolgt dabei beispielsweise nach Haushaltsgröße (Anzahl der Personen im Haushalt), Haushaltstyp (Alleinlebende, Alleinerziehende, Paare ohne oder mit Kind[ern], sonstige Haushalte), monatlichem Haushaltsnettoeinkommen sowie Alter der Haupteinkommensperson, also derjenigen Person, die den größten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen beisteuert. Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren (auch Adoptiv- und Pflegekinder) der Haupteinkommensperson oder deren (Ehe-)Partnerinnen und (Ehe-)Partner beziehungsweise gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partner. Gehören volljährige Kinder oder andere Personen ab 18 Jahren zum Haushalt, dann zählt dieser Haushalt zu den sogenannten sonstigen Haushalten. Einige der Merkmale (zum Beispiel das Alter) sind personengebunden und beziehen sich auf die Haupteinkommensperson. Dabei ist zu beachten, dass die Ergebnisse dennoch immer für den Haushalt als Ganzes und nicht für die Einzelperson ausgewiesen werden.

Laufende Wirtschaftsrechnungen

Bei dieser freiwilligen amtlichen Haushaltserhebung werden rund 8000 private Haushalte jährlich unter anderem zu ihren Einnahmen und Ausgaben sowie zu ihrer Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt. Haushalte aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten nehmen an den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) teil. Ausgenommen sind Haushalte von Selbstständigen und Landwirtinnen beziehungsweise Landwirten sowie Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18000 Euro und mehr.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist mit einem Erhebungsumfang von rund 60000 Haushalten die größte freiwillige Haushaltserhebung. Sie findet alle fünf Jahre statt und ist aufgrund des großen Stichprobenumfangs in besonderem Maße geeignet, tief gegliederte Ergebnisse über die Einnahmen und Ausgaben, die Vermögensbildung, die Ausstattung mit Gebrauchsgütern und die Wohnsituation für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden. Ergebnisse für Haushalte, deren monatliches Nettoeinkommen 18000 Euro und mehr beträgt, bleiben unberücksichtigt, da diese nicht beziehungsweise in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen. Seit 2018 gilt dies bei den Ergebnissen für die Einnahmen und Ausgaben jedoch nur für jene Haushalte, die regelmäßig über ein so hohes monatliches Haushaltsnettoeinkommen verfügen. Haushalte, die ausnahmsweise über dieser »Einkommensabschneidegrenze« lagen, werden berücksichtigt. Ausnahmen sind beispielsweise Einmalzahlungen (wie Erbschaften, Steuer-rückzahlungen oder Erstattungen privater Versicherungen, Abfindungen oder Sonderzahlungen des Arbeitgebers), Saisoneffekte (zum Beispiel untypisch hohe Erlöse beziehungsweise Entnahmen aus dem Betriebsvermögen durch Selbstständige wie die private Nutzung des Firmenwagens in den Berichtsmonaten) oder eine sogenannte unterstellte Miete bei selbst genutztem Wohneigentum (bei Eigentümerhaushalten, siehe Info 2).

Anteil hatten mit durchschnittlich 6 % die Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen wie Unterhaltszahlungen, Werks- und Betriebsrenten sowie Einnahmen aus Untervermietung. ► [Abb 1](#)

Höhe und Zusammensetzung des Bruttoeinkommens sind in Ost und West

unterschiedlich: Die Haushalte im Westen verfügten 2018 über ein monatliches Bruttoeinkommen von durchschnittlich 5086 Euro, den Haushalten im Osten standen mit 3927 Euro rund 77 % des Westniveaus zur Verfügung. Der Anteil der Einkommen aus öffentlichen Transfer-

► Info 2

Haushaltsbruttoeinkommen

Alle Einnahmen der Haushalte aus (selbstständiger und nicht selbstständiger) Erwerbstätigkeit, aus Vermögen, aus öffentlichen und nicht öffentlichen Transferzahlungen sowie aus Untervermietung bilden das Haushaltsbruttoeinkommen.

Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen auch Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, zusätzliche Monatsgehälter sowie Urlaubsgeld. Das Einkommen aus nicht selbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Einkünfte aus nicht öffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), aus Vermögen (darunter auch aus Vermietung und Verpachtung) werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. Die Einnahmen aus Vermögen umfassen (nach internationalen Konventionen) eine unterstellte Eigentüermiete. Hierbei wird deren Nettowert berücksichtigt, das heißt, Aufwendungen für die Instandhaltung des selbst genutzten Wohneigentums werden von der errechneten Eigentüermiete abgezogen. Hierbei können in Einzelfällen bei entsprechend hohen Instandhaltungsaufwendungen negative Eigentüermietwerte beziehungsweise Vermögenseinnahmen entstehen.

Haushaltsnettoeinkommen

Zieht man vom Haushaltsbruttoeinkommen die Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kirchensteuer und den Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ab, erhält man das Haushaltsnettoeinkommen. Zu den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung zählen die Beiträge

- zur Arbeitslosenversicherung,
- zur gesetzlichen Rentenversicherung,
- zur gesetzlichen, freiwilligen und privaten Krankenversicherung sowie
- zur sozialen und privaten Pflegeversicherung.

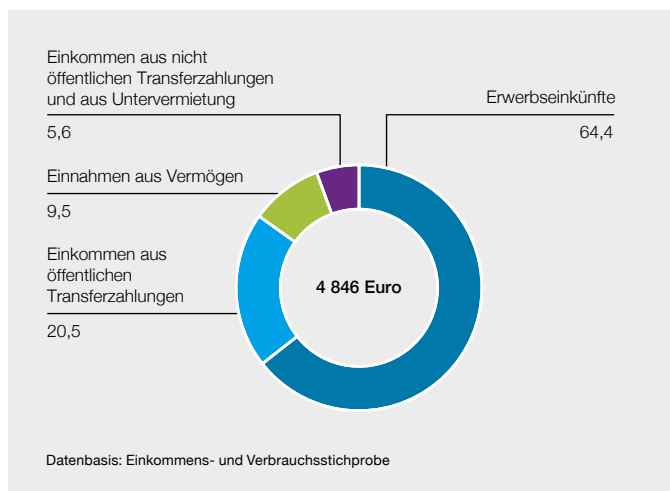
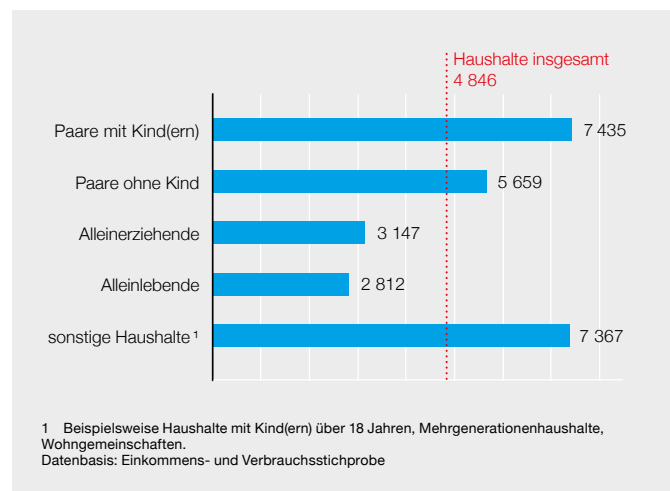
Zum Haushaltsbruttoeinkommen hinzuaddiert werden die Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung sowie die Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung.

zahlungen am gesamten Bruttoeinkommen war in den neuen Ländern und Berlin mit 26 % höher als im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West (19 %). Dagegen war im Osten der durchschnittliche Anteil der Einnahmen aus Vermögen (7 %) niedriger als im Westen (10 %). ► [Tab 1](#)

► **Tab 1** Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2018 – je Haushalt und Monat in Euro

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit	3 122	3 290	2 478
↳ nicht selbstständige Arbeit	2 817	2 963	2 262
↳ selbstständige Arbeit	304	328	216
+ Einnahmen aus Vermögen	458	508	266
+ Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	993	990	1 005
+ Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung	272	297	178
= Haushaltsbruttoeinkommen	4 846	5 086	3 927
– Steuern und Sozialabgaben	1 222	1 298	932
↳ Einkommen-/Lohn-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	580	628	396
↳ Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	642	670	536
+ Zuschüsse der Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger	37	42	20
= Haushaltsnettoeinkommen	3 661	3 830	3 015
+ Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	65	69	52
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	3 726	3 899	3 066

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

► **Abb 1** Struktur des monatlichen Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2018 – in Prozent► **Abb 2** Monatliches Bruttoeinkommen privater Haushalte nach Haushaltstyp 2018 – in Euro

Bruttoeinkommen nach Haushaltstyp

Die Höhe der durchschnittlichen Bruttoeinkommen privater Haushalte unterscheidet sich je nach Haushaltstyp. Die höchsten monatlichen Bruttoeinkommen hatten 2018 die Haushalte von Paaren mit

Kind(ern) unter 18 Jahren (7 435 Euro). In Paarhaushalten ohne Kind betrug das Bruttoeinkommen durchschnittlich 5 659 Euro. Alleinerziehende verfügten über ein Haushaltsbruttoeinkommen von durchschnittlich 3 147 Euro. Das niedrigste monatliche Bruttoeinkommen hat-

ten die Alleinlebenden mit durchschnittlich 2 812 Euro. Die sogenannten sonstigen Haushalte, zu denen unter anderem die Haushalte mit volljährigen Kindern, Mehrgenerationenhaushalte oder Wohngemeinschaften zählen, verfügten über 7 367 Euro. ► [Abb 2](#)

Einkommen über 1 Million Euro

Im Jahr 2016 hatten knapp 22 900 der in Deutschland erfassten Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen Einkünfte von mindestens einer Million Euro. Das waren knapp 1 700 Steuerpflichtige mehr als noch 2015. Das Durchschnittseinkommen dieser Gruppe betrug 2,7 Millionen Euro. Dies sind Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2016, die aufgrund der langen Fristen zur Steuerveranlagung erst etwa dreieinhalb Jahre nach Ende des Veranlagungsjahres verfügbar ist.

In Deutschland wird ein progressiver Steuersatz angewendet, das heißt, der Steuersatz steigt mit zunehmendem Einkommen an. Dadurch werden die Steuerpflichtigen unterschiedlich

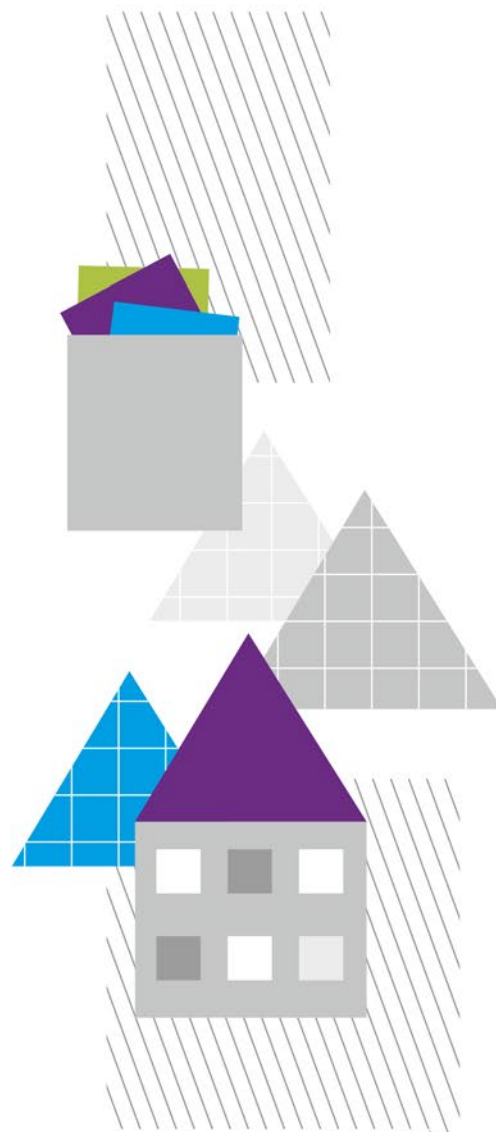
stark belastet. Im Jahr 2016 wurden Einkommen ab 254 447 Euro (beziehungsweise 508 894 Euro bei gemeinsam veranlagten Personen) mit 45 % besteuert. Die rund 102 000 Steuerpflichtigen, bei denen dieser sogenannte Reichensteuersatz zum Tragen kam, erzielten mit 105 Milliarden Euro 6,5 % der gesamten zu versteuernden Einkünfte und beteiligten sich mit 37 Milliarden Euro zu 13,0 % an der Steuersumme.

Aus den freiwilligen Erhebungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie Laufende Wirtschaftsrechnungen liegen keine näheren Angaben über Haushalte mit einem regelmäßigen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr vor.

Erbe und Schenkung

Im Jahr 2018 betrug das geerbte und geschenkte Vermögen nach den Ergebnissen der Steuerstatistiken 84,7 Milliarden Euro. Die von den Finanzverwaltungen veranlagten Vermögensübertragungen aus Erbschaften und Vermächtnissen beliefen sich auf 43,4 Milliarden Euro und aus Schenkungen auf 41,3 Milliarden Euro. Das übertragene Volumen dürfte aber um

einiges höher ausfallen, da ein großer Teil der Vermögensübergänge wegen hoher persönlicher Freibeträge innerhalb der Kernfamilie, weiteren sachlichen Steuerbefreiungen und besonderen Verschonungsregelungen für bestimmte Vermögensarten steuerfrei bleibt und daher in den Steuerstatistiken nicht enthalten ist.



3 726

Euro betrug das durchschnittlich im Monat verfügbare Einkommen privater Haushalte im Jahr 2018.

13

Prozent der deutschen Steuersumme wurden 2016 durch 102 000 deutsche Steuerpflichtige erbracht, die den sogenannten Reichensteuersatz zahlten.

Durchschnittlich lebten 2018 in einem Paarhaushalt mit Kind(ern) 3,8 Personen, der Alleinerziehendenhaushalt zählte durchschnittlich 2,4 Personen. In einem sonstigen Haushalt waren es durchschnittlich 3,2 Personen.

6.1.2 Nettoeinkommen privater Haushalte

Die Bruttoeinkommen lassen nur begrenzt auf die tatsächlich verfügbaren Einkommen der Haushalte schließen, da sie noch die abzuführenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge enthalten. Diese Abgaben werden vom Bruttoeinkommen abgezogen und die Zuschüsse der Arbeitgeber sowie der Rentenversicherungsträger hinzuaddiert, um das Haushaltsnettoeinkommen zu errechnen (siehe Info 2).

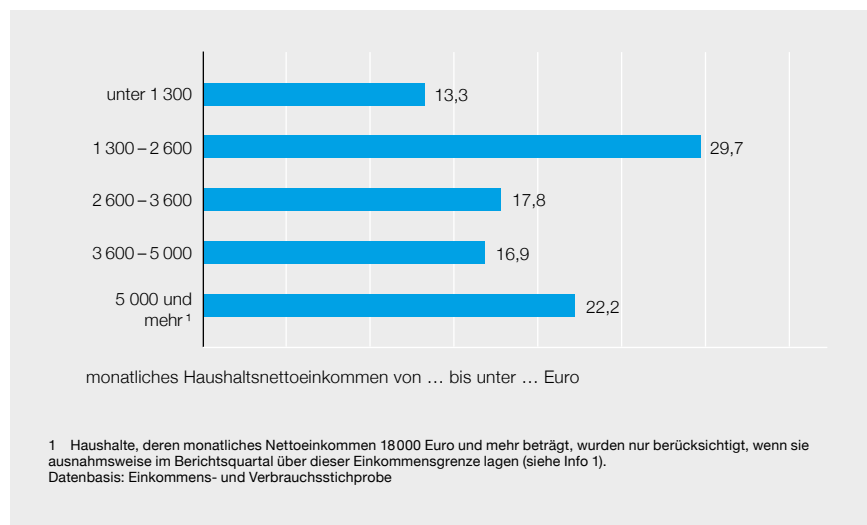
Haushaltsnettoeinkommen und Verteilung

Durchschnittlich verfügten die Haushalte 2018 über ein Nettoeinkommen von 3 661 Euro im Monat (siehe Tabelle 1). Etwa 13 % der Haushalte mussten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1 300 Euro auskommen. In der höchsten erfassten Einkommensklasse von über 5 000 Euro waren 22 % aller Privathaushalte. ▶ [Abb 3](#)

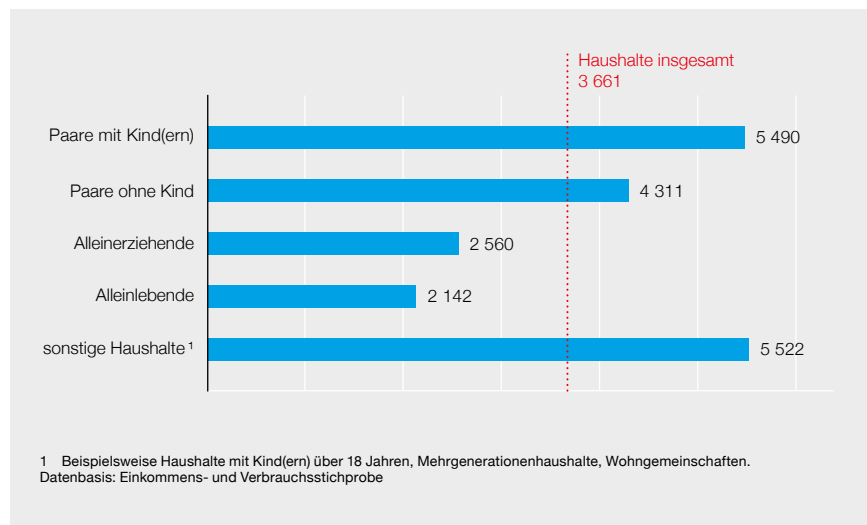
Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp

Die Haushaltsnettoeinkommen unterscheiden sich stark, je nachdem ob jemand allein wohnt, alleinerziehend ist oder als Paar ohne oder mit Kind(ern) in einem Haushalt lebt: Die höchsten monatlichen Nettoeinkommen unter den verschiedenen Haushaltstypen hatten 2018 die Paarhaushalte mit einem oder mehreren Kind(ern) unter 18 Jahren mit 5 490 Euro. Paare ohne Kind – dazu gehören sowohl das gut situierte Doppelverdienerpaar als auch das Seniorenpaar mit kleiner Rente – verfügten über durchschnittlich 4 311 Euro im Monat. Bei den Haushalten von Alleinerziehenden betrug das monatliche Nettoeinkommen im Durchschnitt 2 560 Euro – das waren

▶ **Abb 3 Einkommensverteilung nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2018 – in Prozent**



▶ **Abb 4 Monatliches Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp 2018 – in Euro**



rund 1 000 Euro weniger als das Nettoeinkommen des Durchschnittshaushalts. Alleinlebende – wie gut verdienende Singles oder auch Rentnerinnen beziehungsweise Rentner – hatten ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 2 142 Euro im Monat. Für den Haushaltstyp der sonstigen Haushalte errechnete sich 2018 ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 5 522 Euro. ▶ [Abb 4](#)

6.1.3 Verfügbares Einkommen privater Haushalte und Verwendung

Zur Berechnung der »ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen« werden zum Haushaltsnettoeinkommen die Einkünfte aus dem Verkauf von Waren (beispielsweise Gebrauchtwagen) und sonstige Einnahmen (wie Dosen- und Flaschenpfand, Energiekostenrückerstattungen) addiert. Diese Summe steht den

Verbraucherpreisindex für Deutschland

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Darunter fallen zum Beispiel Nahrungsmittel, Bekleidung und Kraftfahrzeuge ebenso wie Mieten, Reinigungsdienstleistungen oder Reparaturen. Es werden alle Ausgaben berücksichtigt, die in Deutschland getätigt werden, das heißt neben den Ausgaben von beispielsweise Singlehaushalten, (Rentner-)Ehepaaren oder Familien auch die Ausgaben ausländischer Touristinnen und Touristen. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat beziehungsweise zum Vorjahr wird als Teuerungsrate oder umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet.

Im Jahresdurchschnitt 2019 erhöhten sich die Preise aller Waren und Dienstleistungen für den privaten Verbrauch in Deutschland um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr. In den beiden Vorjahren (2018: + 1,8 % und 2017: + 1,5 %) hatte die Inflationsrate etwas höher gelegen.

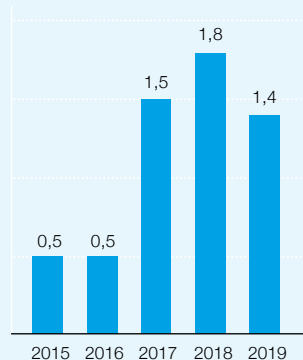
Vor allem die Preisentwicklungen bei Energieprodukten und Nahrungsmitteln waren für den geringeren Anstieg der Jahresteuersrate im Jahr 2019 verantwortlich. Nach einem Preisanstieg von 4,6 % im Jahr 2018 erhöhten sich die Energiepreise 2019 nur um 1,4 %. Allerdings wiesen die einzelnen Energieprodukte sehr unterschiedliche Preisentwicklungen auf. Während die Preise für die Mineralölprodukte Heizöl und Kraftstoffe im Jahresdurchschnitt 2019 sanken (- 1,8 %), verteuerten sich Erdgas (hier in der Abgrenzung »ohne Umlage«, + 3,9 %) und Strom (+ 3,4 %) so deutlich wie seit mehreren Jahren nicht mehr. Die Erdgaspreise hatten sich zuletzt im Jahr 2012 (+ 5,4 %) stärker erhöht als im Jahr 2019, Strom hatte sich 2013 (+ 11,9 %) stärker verteuert.

Analog zur Energiepreisentwicklung stiegen die Preise für Nahrungsmittel im Jahr 2019 mit 1,4 % gegenüber 2018 schwächer als in den Vorjahren. Innerhalb der Nahrungsmittel wiesen die beiden Güterbereiche mit der größten Verbrauchsbedeutung – Fleisch und

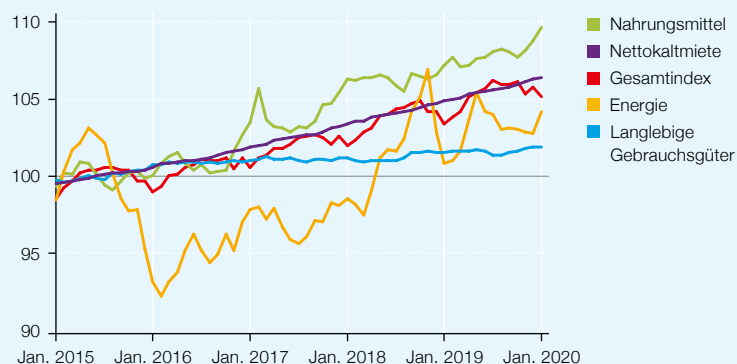
Fleischwaren (+ 3,1 %) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+ 2,3 %) – im Jahr 2019 eine überdurchschnittliche Preisentwicklung auf. Noch kräftiger haben sich die Gemüsepreise erhöht (+ 6,3 %). Speisefette und Speiseöle verbilligten sich nach hohen Teuerungsraten in den Vorjahren im Jahresdurchschnitt 2019 deutlich (- 6,0 %). Günstiger waren zudem Obst (- 3,3 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (- 0,3 %).

Die Preisentwicklungen einzelner Güterarten sind im »Preismonitor« des Statistischen Bundesamtes veranschaulicht. Der Preismonitor stellt beispielhaft die Entwicklung der Verbraucherpreise für ausgewählte häufig gekaufte Waren und Dienstleistungen dar. Die Grafiken zeigen, um wie viel Prozent die Preise im jeweiligen Monat höher oder niedriger liegen als im Jahresdurchschnitt 2015 (www.destatis.de > Service > Statistik visualisiert).

Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex für Deutschland – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Verbraucherpreisindex für Deutschland insgesamt und für ausgewählte Produkte – 2015 = 100

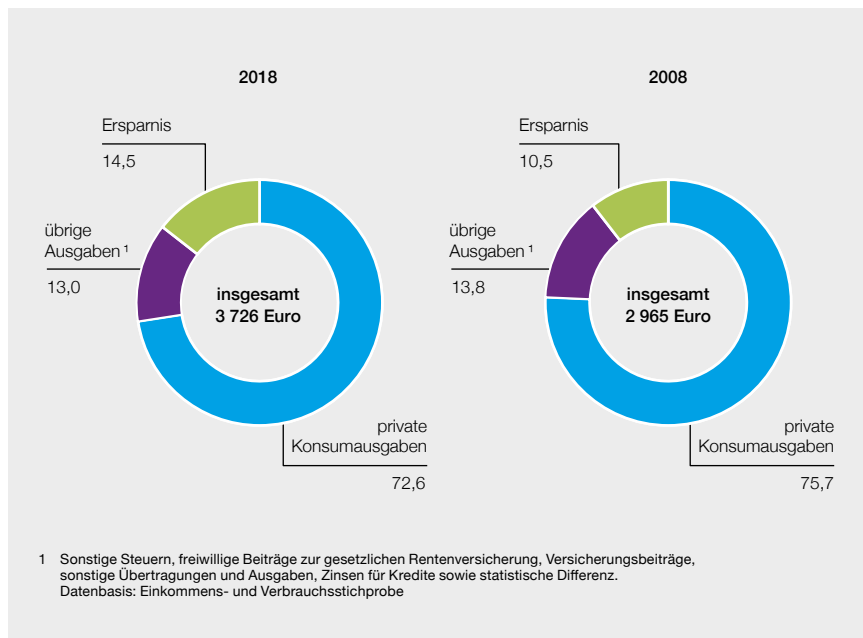


► **Tab 2** Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte 2018

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
je Haushalt und Monat in Euro			
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	3 726	3 899	3 066
Private Konsumausgaben	2 704	2 802	2 329
Übrige Ausgaben ¹	484	513	372
Ersparnis	539	584	365
in %			
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	100	100	100
Private Konsumausgaben	73	72	76
Übrige Ausgaben ¹	13	13	12
Ersparnis	14	15	12

¹ Sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen und Ausgaben, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.
Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

► **Abb 5** Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen – in Prozent



Haushalten als Einkommen zum Wirtschaften und zur Lebensführung zur Verfügung. Im Jahr 2018 lag das verfügbare Einkommen der Haushalte bei durchschnittlich 3 726 Euro im Monat. Dieses Geld verwenden die privaten Haushalte für ihre Konsumausgaben, übrigen Ausgaben oder es wird gespart. ► [Tab 2](#)

Den größten Teil ihrer ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen verwenden die Haushalte für private Konsumausgaben. Das sind im Einzelnen die Ausgaben für Essen, Wohnen, Bekleidung, Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen. Im Jahr 2018

► Info 3

Übrige Ausgaben

Zu diesen zählen freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, Versicherungsbeiträge (zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungen, Ausgaben für Kraftfahrzeug-, Hausrat-, Haftpflicht-, Unfall- und weitere Versicherungen), sonstige geleistete Übertragungen und Ausgaben (zum Beispiel Geldgeschenke und Geldspenden, Unterhaltszahlungen), sonstige Steuern (zum Beispiel Kraftfahrzeug-, Hunde-, Erbschaft-beziehungsweise Schenkungsteuer) sowie Zinsen für Kredite (Baudarlehen und Ähnliches, Konsumentenkredite). Statistische Differenzen – sofern vorhanden – zählen ebenfalls zu den übrigen Ausgaben. Diese entstehen, wenn in Einzelfällen bestimmte kleine Beträge nicht in die Haushaltsbücher eingetragen wurden, weil sich zum Beispiel die buchführende Person an diese Ausgabe nicht mehr erinnerte.

gaben private Haushalte rund 73 % des ausgabefähigen Einkommens für private Konsumausgaben aus; das waren durchschnittlich 2 704 Euro im Monat. Insgesamt nimmt die Konsumquote, also der Anteil der Konsumausgaben an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen ab: Zehn Jahre zuvor machte der Anteil dieser Ausgaben noch etwas mehr als drei Viertel des ausgabefähigen Einkommens im Bundesdurchschnitt aus (2008: 76 %). ► [Abb 5](#)

Neben den Konsumausgaben haben private Haushalte übrige Ausgaben, die nicht dem privaten Konsum dienen, wie freiwillige Versicherungsbeiträge, Unterhaltszahlungen, Geldgeschenke oder sonstige Steuern wie Hundesteuer. Dafür verwendeten die privaten Haushalte 2018 durchschnittlich 13 % ihrer ausgabefähigen Einkommen; das waren 484 Euro monatlich. Im Vergleich zu 2008 (14 % beziehungsweise 408 Euro) hat sich der Anteil der übrigen Ausgaben am ausgabefähigen Einkommen kaum verändert. ► [Info 3](#)

Wenn die Haushalte ihre Konsumausgaben und auch die übrigen Ausgaben getätigt haben, verbleibt der Rest des ausgabefähigen Einkommens zur Bildung von Ersparnissen. Durchschnittlich 539 Euro im Monat sparten die Haushalte 2018. Das waren gut 14 % ihres ausgabefähigen Einkommens. Gegenüber 2008 (312 Euro

oder knapp 11 %) ist die Sparquote um knapp 4 Prozentpunkte angestiegen. Der Anstieg der Ersparnis gegenüber 2008 beruht ebenso wie der Anstieg des Haushaltsbrutto- und Haushaltsnettoeinkommens unter anderem auf methodischen Änderungen (Hinzunahme von Haushalten, die aufgrund von Einmalzahlungen und Ähnlichem über der »Abschneidengrenze« lagen, siehe Info 1).

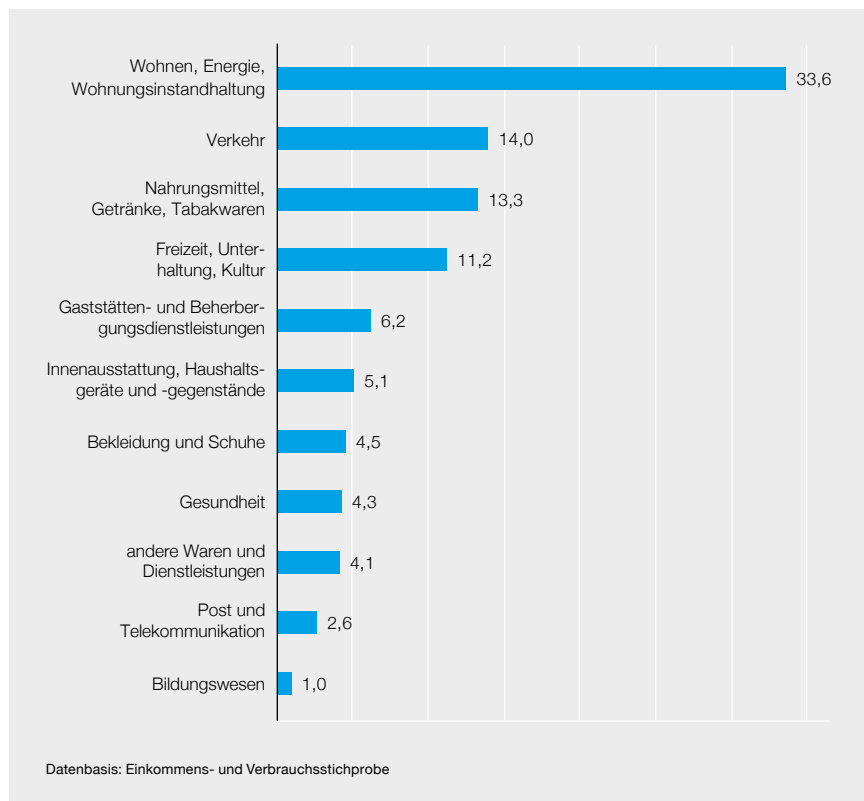
6.1.4 Struktur der Konsumausgaben

Wofür verwendeten die privaten Haushalte 2018 ihre monatlichen Konsumausgaben von durchschnittlich 2 704 Euro? Den größten Teil ihres Konsumbudgets (knapp 34 % beziehungsweise 908 Euro) gaben die Haushalte für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung aus. Die Ausgaben für Verkehr – dazu zählen beispielsweise die Ausgaben für Autos, Kraft- und Fahrräder, Reparaturen und Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel – lagen mit 379 Euro bei einem Anteil von 14 %. Nur knapp danach folgten die anteiligen Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Ähnliches mit gut 13 % (360 Euro). Die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur machten anteilig gut 11 % (304 Euro) aus. Für Kleidung und Schuhe gaben die Privathaushalte knapp 5 % (122 Euro) ihres Budgets aus, die Ausgaben für das Bildungswesen betragen 1 % (28 Euro). ▶ [Abb 6](#), [Tab 3](#)

Konsumausgaben nach Haushaltstyp

Deutliche Unterschiede in Niveau und Struktur zeigen sich bei den Konsumausgaben ausgewählter Haushaltstypen. Die höchsten Konsumausgaben tätigten im Jahr 2018 Paarhaushalte mit Kind(ern) mit durchschnittlich 3 832 Euro, gefolgt von den Paaren ohne Kind mit 3 189 Euro monatlich. Die Konsumausgaben der Haushalte von Alleinerziehenden (2 208 Euro) und Alleinlebenden (1 706 Euro) lagen weit unter dem Bundesdurchschnitt von 2 704 Euro im Monat. Die sonstigen Haushalte kamen 2018 auf Konsumausgaben in Höhe von 3 813 Euro. ▶ [Tab 4](#)

▶ **Abb 6** Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte 2018 – in Prozent



▶ **Tab 3** Konsumausgaben privater Haushalte 2018

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
je Haushalt und Monat in Euro			
Private Konsumausgaben	2 704	2 802	2 329
in %			
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	33,6	34,0	32,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	13,3	13,1	14,2
Verkehr	14,0	14,2	13,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	11,2	10,9	12,6
Bekleidung, Schuhe	4,5	4,5	4,5
Sonstige ¹	23,3	23,3	23,4
↳ Bildungswesen	1,0	1,0	0,9

¹ Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen, Gesundheit, Post und Telekommunikation, Bildungswesen sowie andere Waren und Dienstleistungen.
Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Für den Ausgabenblock »Wohnen, Ernährung und Bekleidung« wendeten alleinerziehende Mütter oder Väter mit 56 % den größten Teil ihres Konsumbudgets

auf. Am niedrigsten war dieser Anteil bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) und ohne Kind (je 50 %). In der anteilmäßigen Zusammensetzung der Bereiche Wohnen,

► Tab 4 Konsumausgaben privater Haushalte nach Haushaltstyp 2018

	Haushalte insgesamt	Paare		Alleinerziehende	Alleinlebende	Sonstige Haushalte ¹
		mit Kind(ern)	ohne Kind			
je Haushalt und Monat in Euro						
Private Konsumausgaben	2 704	3 832	3 189	2 208	1 706	3 813
in %						
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	33,6	30,6	32,4	35,3	38,8	31,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	13,3	14,0	13,0	15,1	12,4	14,3
Verkehr	14,0	15,3	13,8	11,0	11,7	16,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	11,2	11,0	11,9	10,9	11,0	10,7
Bekleidung, Schuhe	4,5	5,3	4,2	5,8	3,9	5,0
Sonstige ²	23,3	23,8	24,6	21,9	22,3	22,1
↳ Bildungswesen	1,0	2,7	0,4	1,9	0,5	1,1

¹ Beispielsweise Haushalte mit Kind(ern) über 18 Jahren, Mehrgenerationenhaushalte, Wohngemeinschaften.

² Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen, Gesundheit, Post und Telekommunikation, Bildungswesen sowie andere Waren und Dienstleistungen.
Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Ernährung und Bekleidung weisen die einzelnen Haushaltstypen folgende Unterschiede auf: Während Paarhaushalte mit Kind(ern) 14 % und Alleinerziehende 15 % ihres gesamten Konsums für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Ähnliches ausgaben, waren es bei den Alleinlebenden nur rund 12 %. Diese hatten aber mit 39 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, gefolgt von den Alleinerziehenden mit 35 % und den Paaren ohne Kind (32 %). Paarhaushalte mit Kind(ern) und die sonstigen Haushalte hatten einen Wohnkostenanteil von jeweils rund 31 %.

Für den Bereich Verkehr verwendeten Paarhaushalte mit Kind(ern) 15 % ihrer Ausgaben, Paare ohne Kind knapp 14 %, Alleinlebende knapp 12 % und Alleinerziehende 11 %. Die sonstigen Haushalte kamen auf einen Anteil von 17 %. Bei den Ausgaben für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur gab es zwischen den einzelnen Haushaltstypen kaum Unterschiede. Paare ohne Kind wendeten dafür anteilig knapp 12 % auf, bei allen anderen Haushalten waren es 11 %.

Bei den Ausgaben für das Bildungswesen machen die Aufwendungen für die Kinderbetreuung den größten Anteil aus.

Daraus ergibt sich der Unterschied zwischen dem Ausgabenanteil von Paaren mit Kind(ern) (3 %) und Alleinerziehenden (2 %) und den Bildungsausgaben kinderloser Haushalte, deren Anteile unter 0,5 % lagen.

Konsumausgaben nach Haushaltsnettoeinkommen

Je mehr Geld den Haushalten monatlich zum Ausgeben zur Verfügung steht, umso höher sind auch deren Konsumausgaben. Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1 300 Euro gaben im Jahr 2018 durchschnittlich 1 059 Euro im Monat für den privaten Konsum aus. Mehr als viermal so viel (4 657 Euro) wendete die Haushaltsgruppe mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen von 5 000 Euro und mehr für ihren Konsum auf. ► Tab 5

Für Wohnen, Ernährung und Bekleidung gaben die Haushalte mit einem monatlichen Einkommen unter 1 300 Euro im Durchschnitt 693 Euro monatlich aus; das waren 65 % ihrer gesamten Konsumausgaben. Haushalte mit Einkommen über 5 000 Euro wendeten dafür mit 2 126 Euro mehr als dreimal so viel auf. Ihr Anteil an den Konsumausgaben für

diesen Bereich war mit 46 % aber deutlich geringer. Im Durchschnitt gaben die privaten Haushalte etwas mehr als die Hälfte (51 %) ihrer Konsumausgaben für Wohnen, Ernährung und Bekleidung aus. ► Abb 7

Mit steigendem Einkommen nehmen die Ausgabenanteile für Wohnen, Ernährung und Bekleidung ab, dafür nehmen die Anteile der anderen Konsumbereiche mit steigendem Einkommen zu. Besonders deutlich ist dies bei den Verkehrsausgaben: Mit 762 Euro im Monat (16 %) gaben die Haushalte der höchsten Einkommensgruppe mehr als das Achtfache der Haushalte der niedrigsten Einkommensgruppe aus (87 Euro, 8 %). Der weitest größte Anteil dieser Ausgaben entfällt auf den Kauf von Fahrzeugen. Bei den Haushalten der höchsten Einkommensgruppe waren das 44 %; bei den Haushalten der niedrigsten Einkommensgruppe 25 %. Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur gaben die Haushalte mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen mehr als das Sechsfache (557 Euro beziehungsweise 12 %) dessen aus, was die Haushalte mit einem Einkommen unter 1 300 Euro monatlich dafür aufwendeten (86 Euro beziehungsweise 8 %).

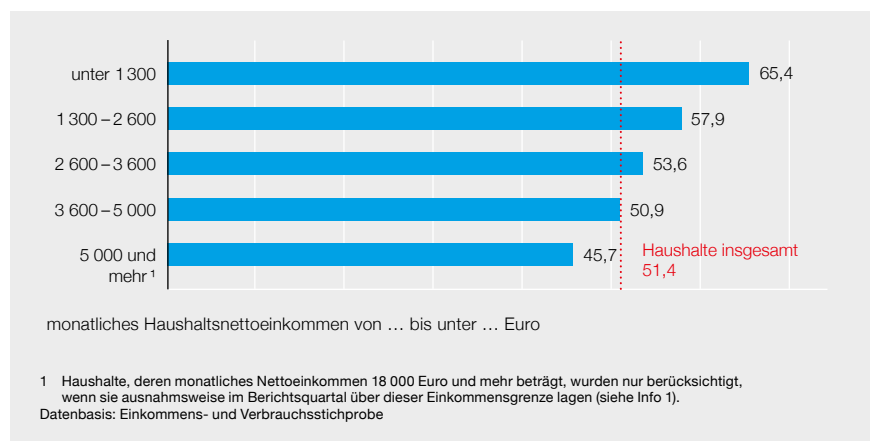
► **Tab 5** Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2018

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro				
	unter 1 300	1 300–2 600	2 600–3 600	3 600–5 000	5 000 und mehr ¹
	in Euro				
Private Konsumausgaben	1 059	1 761	2 551	3 253	4 657
	in %				
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	44,5	38,5	35,4	33,0	29,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	17,4	15,1	13,9	13,3	11,6
Verkehr	8,2	11,0	13,2	14,6	16,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	8,2	10,5	11,2	11,4	12,0
Bekleidung, Schuhe	3,5	4,2	4,3	4,5	4,9
Sonstige ²	18,2	20,8	22,1	23,0	26,0
↳ Bildungswesen	0,6	0,7	0,8	1,0	1,4

¹ Haushalte, deren monatliches Nettoeinkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, wurden nur berücksichtigt, wenn sie ausnahmsweise im Berichtsquartal über dieser Einkommensgrenze lagen (siehe Info 1).

² Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen, Gesundheit, Post und Telekommunikation, Bildungswesen sowie andere Waren und Dienstleistungen.
Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

► **Abb 7** Ausgaben privater Haushalte für die Bereiche Wohnen, Ernährung und Bekleidung nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2018 – Anteil an den Konsumausgaben in Prozent



► Info 4

Ausstattungsgrad und Ausstattungsbestand

Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gebrauchsgut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 97 % für Mobiltelefone, dass 97 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch wird der Ausstattungsgrad ermittelt durch die Zahl der Haushalte mit einem entsprechenden Gebrauchsgut, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Der Ausstattungsbestand zeigt, wie viele Gebrauchsgüter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 184 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Handy besitzen. Rechnerisch wird der Ausstattungsbestand ermittelt durch die Zahl des in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsguts, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

6.1.5 Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern

Aus der Verfügbarkeit ausgewählter Gebrauchsgüter in den privaten Haushalten Deutschlands lassen sich in gewisser Weise auch Aussagen über den materiellen Lebensstandard dieser Haushalte treffen. Zu den ausgewählten Gebrauchsgütern gehören beispielsweise Fahrzeuge, Haushaltsgeräte, Güter der Unterhaltungselektronik sowie Produkte der Informations- und Kommunikationstechnik wie Mobiltelefone und Personal Computer (PC). ► Info 4

Fahrzeuge

Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen liefern Informationen über die Ausstattung der Privathaushalte in Deutschland mit Fahrrädern und Personenkraftwagen (Pkw) und damit über die Möglichkeiten der Haushalte, mobil zu sein.

Zu Beginn des Jahres 2019 standen 68,3 Millionen Fahrräder in den insgesamt 37,9 Millionen privaten Haushalten in Deutschland. Der Ausstattungsgrad liegt seit dem Jahr 2003 konstant bei rund 80 % (2019: 79,3 %). Elektrofahrräder in

Form von Pedelecs sind im Kommen: Privathaushalte besaßen Anfang 2019 insgesamt 4,5 Millionen Pedelecs. In 9,0 % der Haushalte stand ein solches Elektrofahrrad. Fünf Jahre zuvor hatte der Ausstattungsgrad erst bei 3,4 % gelegen.

Haushalte, in denen Kinder leben, sind am besten mit Fahrrädern ausgestattet. Alleinerziehende und Paare mit Kind(ern) besaßen zu 88 beziehungsweise 93 % Fahrräder. Paare ohne Kind lagen mit 82 % nur leicht über dem Durchschnittswert von 79 %. Von den

Einpersonenhaushalten verfügten 70 % über mindestens ein Fahrrad.

Fahrräder sind in den Haushalten meist mehrfach vorhanden. Von den 30 Millionen Haushalten mit Fahrrädern verfügte ein gutes Drittel über genau ein Fahrrad. Ein weiteres knappes Drittel besaß zwei Fahrräder und ebenfalls ein knappes Drittel drei oder mehr Fahrräder. Rein rechnerisch besaß ein Fahrradhaushalt im Durchschnitt 2,3 Fahrräder. ▶ Abb 8

Auto: ja oder nein? Neu oder gebraucht? Anfang 2019 hatten 77 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens ein Auto. Rund 49 % der Privathaushalte besaßen einen oder mehrere Gebrauchtwagen, in 33 % der Haushalte stand mindestens ein Neuwagen, das heißt ein Auto, das zum Zeitpunkt des Kaufs fabrikneu war. Der Anteil der Haushalte mit geleasten Pkw lag bei 4,4 %. ▶ Tab 6

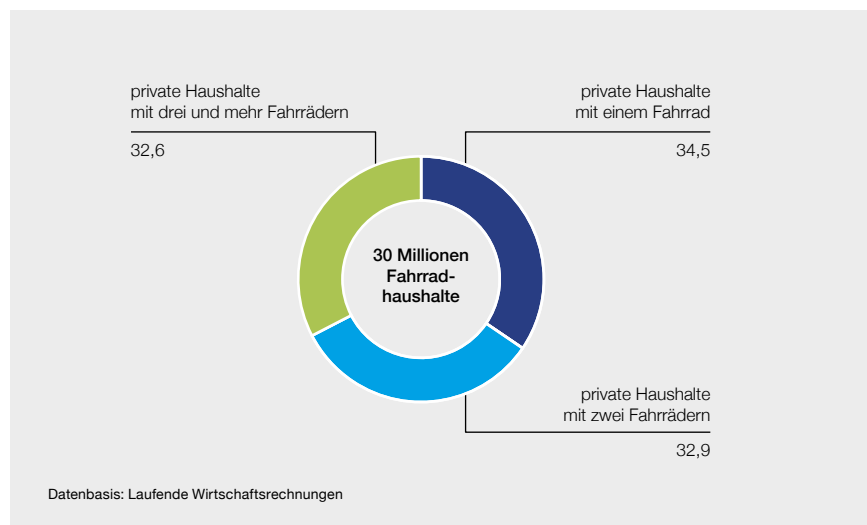
Die Entscheidung zwischen »neu« oder »gebraucht« beim Kauf eines Pkw ist unter anderem abhängig von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens. Mit steigendem Nettoeinkommen kaufen die Haushalte eher Neuwagen. Bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro lag der Ausstattungsgrad mit Neuwagen mit 53 % weit über dem Durchschnittswert aller privaten Haushalte (33 %). Im Gegensatz dazu lag der Neuwagenanteil in Haushalten der beiden untersten Einkommensgruppen (unter 1 300 Euro sowie 1 300 bis unter 1 700 Euro) mit 12 beziehungsweise 24 % deutlich unter dem Durchschnittswert.

Ein Blick auf die Zahl der Pkw in den privaten Haushalten zeigt die einkommensabhängigen Unterschiede noch deutlicher: In 100 Haushalten der untersten Nettoeinkommensklasse fanden sich 43 Pkw, die Haushalte der höchsten Einkommensklasse besaßen mit 187 Pkw je 100 Haushalte rund viermal so viele Autos.

Elektrische Haushaltsgeräte

Elektrische beziehungsweise elektronische Haushaltsgeräte zählen zu den klassischen Ausstattungsgütern, die im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrech-

▶ Abb 8 Ausstattung privater Haushalte mit einem oder mehreren Fahrrädern 2019 – in Prozent



▶ Tab 6 Ausstattung privater Haushalte mit Personenkraftwagen 2019

Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro	Personenkraftwagen	Darunter		
		neu gekauft	gebraucht gekauft	geleast ¹
Ausstattungsgrad in %				
unter 1 300	41,5	12,3	29,0	/
1 300–1 700	69,3	23,8	43,3	(3,3)
1 700–2 600	81,9	35,1	48,7	(2,3)
2 600–3 600	91,2	39,9	58,2	(4,2)
3 600–5 000	95,7	42,3	66,3	(8,1)
5 000–18 000	97,0	53,0	59,3	14,6
Insgesamt	77,1	32,6	49,2	4,4
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte				
unter 1 300	43,4	12,5	30,3	/
1 300–1 700	72,7	24,0	45,4	(3,3)
1 700–2 600	95,4	36,9	56,1	(2,4)
2 600–3 600	130,5	46,3	79,6	(4,6)
3 600–5 000	159,1	51,0	98,2	(9,9)
5 000–18 000	187,0	72,8	96,2	18,1
Insgesamt	105,8	37,4	63,3	5,1

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

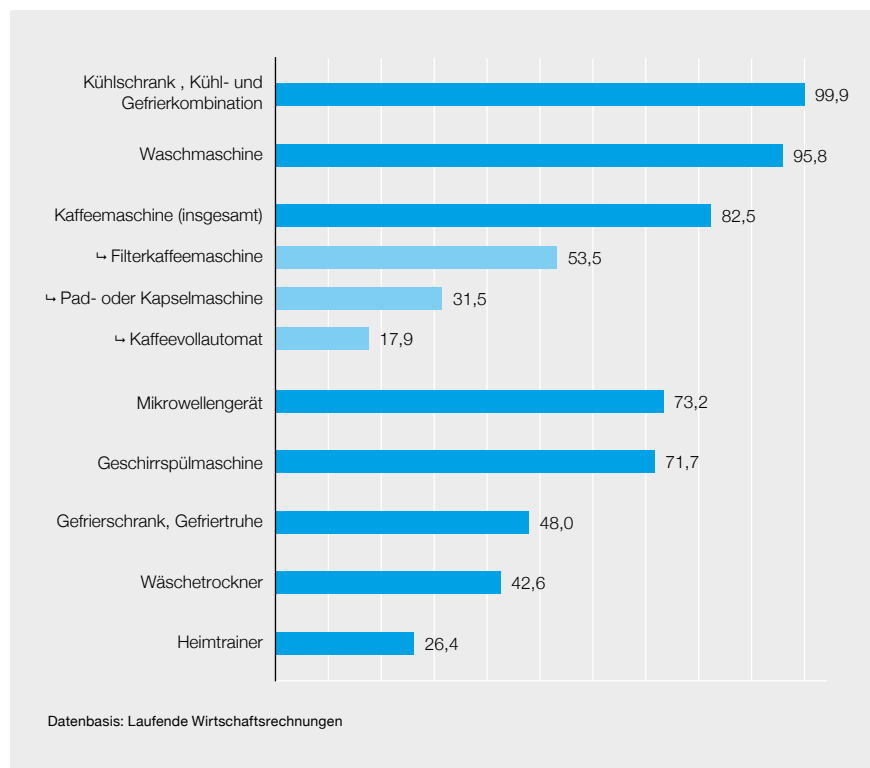
(1) Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

Datenbasis: Laufende Wirtschaftsrechnungen

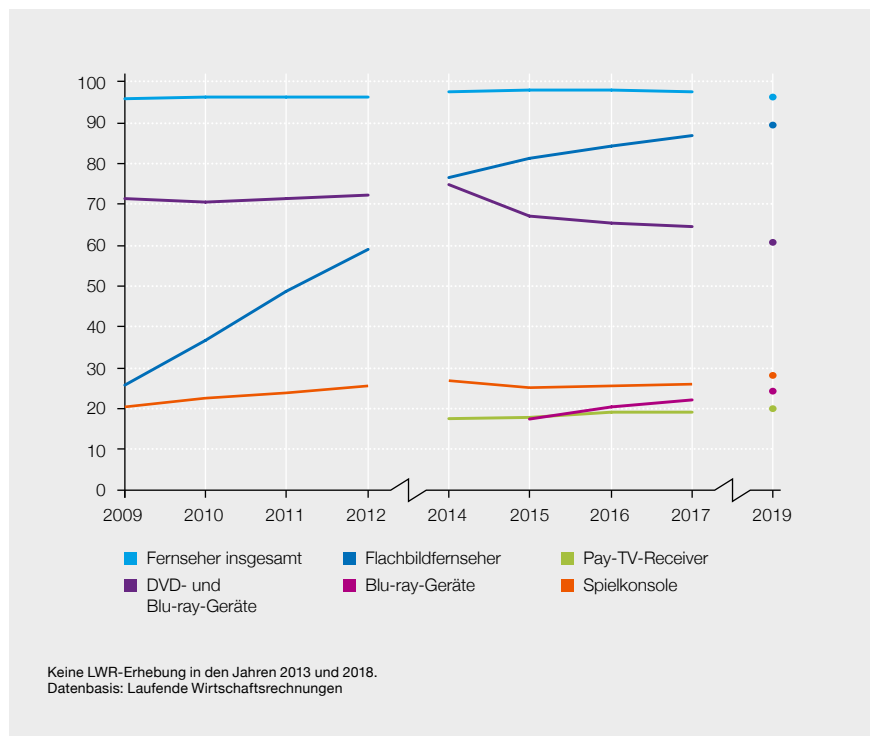
nungen erfragt werden. So fanden sich »klassische« Haushaltsgeräte wie Kühlschrank und Waschmaschine 2019 in nahezu jedem Haushalt (100 beziehungsweise 96 %). Mikrowellengeräte (73 %),

Geschirrspülmaschinen (72 %) und Wäschetrockner (43 %) kamen dagegen (noch) nicht überall zum Einsatz. Paarhaushalte mit Kind(ern) waren mit Geschirrspülmaschinen (93 %) und mit

► **Abb 9** Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten 2019 – in Prozent



► **Abb 10** Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Geräten der Unterhaltungselektronik – in Prozent



Mikrowellengeräten (84 %) am besten ausgestattet. Auch bei den Wäschetrocknern hatten sie mit 64 % die höchste Ausstattung im Vergleich zu den anderen Haushaltstypen. ► [Abb 9](#)

Anfang 2019 gab es in 83 % aller Haushalte eine oder mehrere Kaffeemaschinen: Am häufigsten verfügten die Haushalte über »traditionelle« Filterkaffeemaschinen (54 %), Pad- oder Kapselmaschinen gab es in 32 % der Haushalte. Die in der Anschaffung immer noch vergleichsweise teuren Kaffeevollautomaten standen durchschnittlich in 18 % der Privathaushalte. Haushalte in den beiden obersten Einkommensklassen (3 600 bis unter 5 000 Euro; 5 000 bis unter 18 000 Euro) waren mit 31 beziehungsweise 38 % weit überdurchschnittlich damit ausgestattet.

Güter der Unterhaltungselektronik

Für Fernseher galt Anfang des Jahres 2019 nahezu Vollaussattung: In 96 % der privaten Haushalte in Deutschland stand mindestens ein Fernsehapparat. Rund 90 % der Haushalte besaßen einen Flachbildfernseher. Bei der erstmaligen Frage nach den »Flachen« im Jahr 2006 stand lediglich in 5 % der Haushalte ein solches Gerät. Der Ausstattungsbestand von Flachbildfernsehern ist im gleichen Zeitraum ebenfalls stark angestiegen: Im Jahr 2006 kamen 6 Flachbildfernseher auf 100 Haushalte, Anfang 2019 waren es 147 Geräte je 100 Haushalte. Rund 45 % aller Haushalte in Deutschland besaßen mehr als einen Flachbildfernseher. Neben den Flachbildfernsehern sind auch die Ausstattungsgrade von Spielkonsolen, Blu-ray-Geräten und Pay-TV-Receivern in den letzten zehn Jahren gestiegen. ► [Abb 10](#)

Die Ausstattung der Privathaushalte mit MP3-Playern, digitalen Videokameras und Fotoapparaten ist im Gegensatz dazu in den letzten Jahren zurückgegangen. Das kann daran liegen, dass mittlerweile Smartphones stark verbreitet sind, die neben dem eigentlichen Telefonieren oder dem Nachrichtenversand zusätzlich über die Funktionen Musik abspielen, Filmen und Fotografieren verfügen. ► [Abb 11](#)

Telefon und PC

Anfang 2019 gab es in nahezu jedem Haushalt (97 %) mindestens ein Mobiltelefon (Handy oder Smartphone). Zehn Jahre zuvor war das erst in 87 % der Haushalte der Fall. Smartphones gab es Anfang 2019 in 82 % der Haushalte. Die Gesamtzahl der in den Privathaushalten vorhandenen Mobiltelefone stieg von 57 Millionen im Jahr 2009 auf knapp 70 Millionen Anfang 2019. Im Jahr 2009

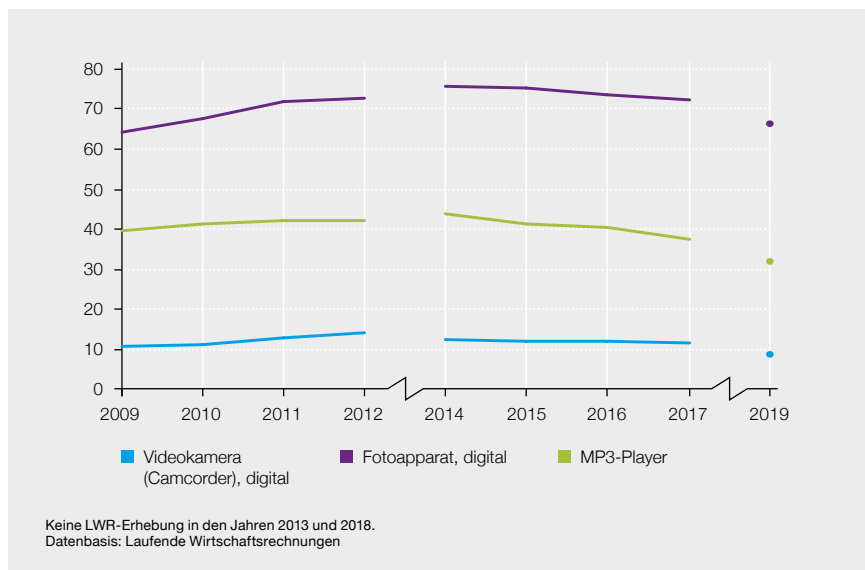
verfügten 92 % der privaten Haushalte über ein Festnetztelefon; Anfang 2019 waren es nur noch 86 %. Seit 2014 ist der Ausstattungsgrad von Festnetztelefonen niedriger als der von Mobiltelefonen. Auch die Entwicklung des Ausstattungsbestands zeigt deutlich den technologischen Wandel in der Telekommunikation. Auf 100 Haushalte kamen Anfang 2009 noch durchschnittlich 114 Festnetztelefone und 157 Mobiltelefone. Anfang

2019 gab es dagegen in 100 Haushalten durchschnittlich 107 Festnetztelefone und 184 Mobiltelefone. Rein rechnerisch waren das 1,9 Geräte in jedem mobil telefonierenden Haushalt. ▶ Tab 7

Bei der Ausstattung mit Festnetz- oder Mobiltelefonen spielt auch das Alter der Haupteinkommensperson eine Rolle. Mit steigendem Alter der Haupteinkommenspersonen in den Haushalten war auch der Ausstattungsgrad dieser Haushalte mit Festnetztelefonen höher, während der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen mit zunehmendem Alter stetig abnahm. Haushalte mit Haupteinkommenspersonen in den Altersklassen von 18 bis 64 Jahren waren Anfang 2019 fast vollständig mobil erreichbar. Immerhin 96 % der Haushalte von 65- bis 69-Jährigen besaßen ein solches Gerät; von den Haushalten der 80-Jährigen und Älteren waren es 87 %.

Eine gewisse Dynamik gab es weiterhin bei der Entwicklung der Haushaltsausstattung mit Computern (PC). In 92 % der privaten Haushalte stand Anfang 2019 mindestens ein PC, zehn Jahre zuvor war dies in 79 % der Haushalte der Fall. Mit mobilen Computern (Laptop/ Notebook, Netbook, Tablet) waren Anfang 2009 erst 40 % der Haushalte ausge-

▶ Abb 11 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Geräten der Unterhaltungselektronik – in Prozent



▶ Tab 7 Ausstattung privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon 2019

	Ausstattungsgrad in %		Ausstattungsbestand je 100 Haushalte	
	Festnetztelefon	Mobiltelefon	Festnetztelefon	Mobiltelefon
Insgesamt	86,4	97,0	107,2	183,6
Alter der Haupteinkommensperson von ... bis ... Jahre				
18–24	(41,0)	99,1	(42,8)	149,8
25–34	67,4	100,0	73,4	175,4
35–44	83,6	99,4	102,3	212,2
45–54	89,9	99,2	115,7	232,5
55–64	89,7	97,7	114,2	181,9
65–69	91,4	95,6	114,4	149,8
70–79	93,2	92,0	116,2	142,5
80 und älter	95,6	86,5	113,0	119,5

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
Datenbasis: Laufende Wirtschaftsrechnungen

stattet, während in 63 % der Haushalte stationäre Computer standen. Dieses Verhältnis hat sich seit 2014 zugunsten der mobilen Geräte verändert (stationäre PC: 54 %; mobile PC: 68 %). Anfang 2019 besaßen nur noch 45 % der Haushalte stationäre Computer und 82 % verfügten über mobile PC. Bei den mobilen Geräten haben 74 % der Haushalte mindestens ein Laptop / Notebook oder Netbook, und in nahezu jedem zweiten Haushalt (48 %) gibt es mittlerweile Tablets. Auch die Ausstattung mit Internetanschlüssen nahm weiterhin zu. Anfang 2019 hatten knapp 94 % der Haushalte Anschluss an das Internet, während es zehn Jahre zuvor 69 % waren. ▶ Abb 12

6.1.6 Internetnutzung

Wie sehr prägt die Digitalisierung das Leben der privaten Haushalte? Die Verfügbarkeit von Breitbandinternet, hoher Rechenleistung und mobilen Geräten hat auch das Privatleben tiefgreifend verändert. Vom Einkauf über die Informationsbeschaffung bis hin zur Unterhaltung verlagern sich immer mehr alltägliche Aktivitäten ins Internet. Das Netz ist integraler Bestandteil der Lebenswelt von fast allen Menschen in Deutschland. Darüber, wie die Menschen das Internet nutzen, informiert jährlich die amtliche Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

Im Jahr 2019 hatten neun von zehn privaten Haushalten in Deutschland einen Internetzugang – das waren 37 Millionen Haushalte. Während Einpersonenhaushalte mit einem Anteil von 84 % etwas seltener über Internet verfügten, betrug der Anteil bei Haushalten von zwei Erwachsenen ohne Kind 93 %. Bei den Haushalten mit Kindern unter 16 Jahren war Vollaussattung erreicht.

Deutschland ist online: 91 % aller Personen ab zehn Jahren nutzten 2019 das Internet. Vor allem die Generation 65plus hat in den vergangenen Jahren deutlich aufgeholt: War 2009 knapp ein Drittel (30 %) der älteren Menschen online, so nutzten 2019 zwei Drittel (67 %) das Inter-

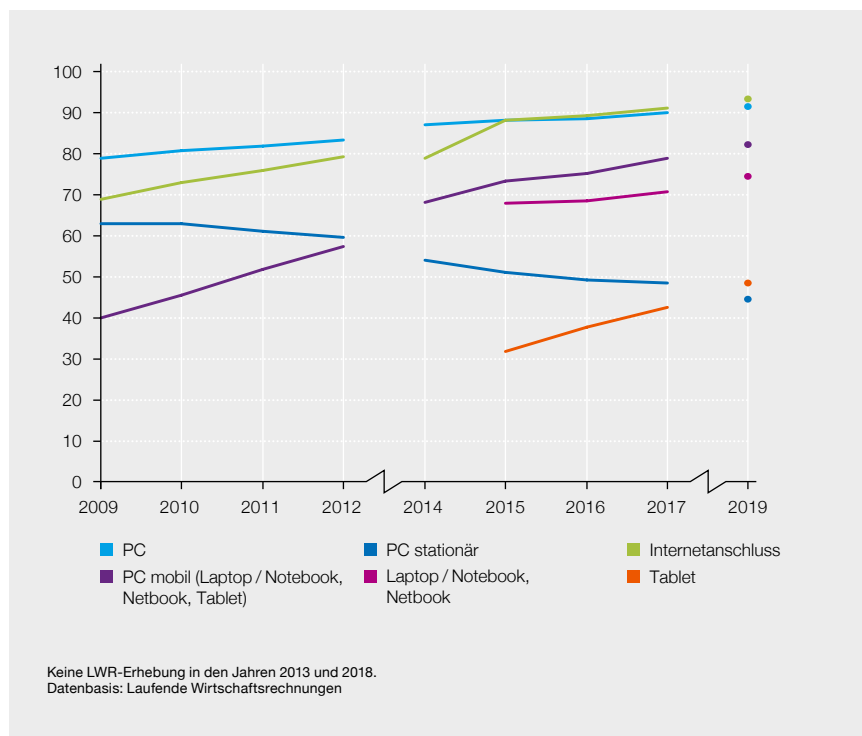
net. Von der gesamten Bevölkerung Deutschlands ab zehn Jahren sind mehr als drei Viertel (79 %) täglich oder fast täglich online. Bei den 16- bis 44-Jährigen betrug der Anteil der täglichen Internetnutzerinnen und -nutzer sogar nahezu 100 %, und mittlerweile sind auch vier von zehn der ab 65-Jährigen jeden Tag

im Netz unterwegs. Im Jahr 2009 waren es erst 15 % dieser Altersgruppe.

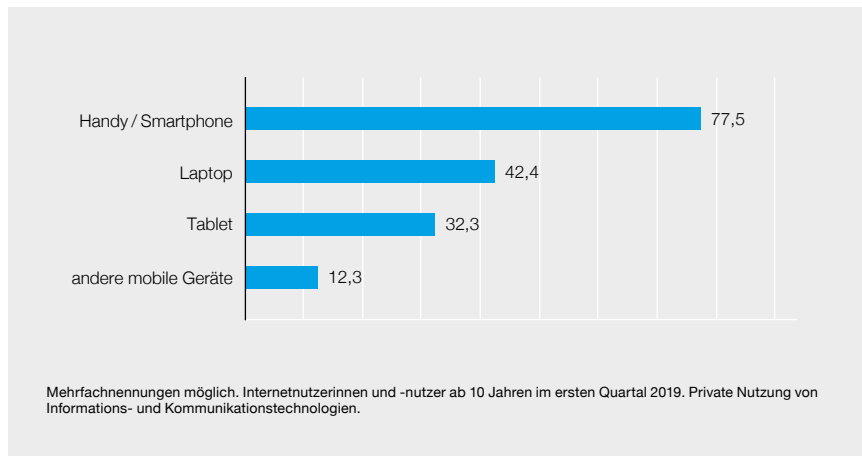
Mobile Nutzung

Das Smartphone ist das bevorzugte Endgerät, um auch unterwegs online sein zu können: 78 % der Internetnutzerinnen und -nutzer verwendeten 2019 ein Handy

▶ Abb 12 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Personal Computern (PC) – in Prozent



▶ Abb 13 Verwendete Geräte für die mobile Internetnutzung 2019 – in Prozent



oder Smartphone für die mobile Internetnutzung. Rund 42 % nutzten dafür ein Laptop, 32 % ein Tablet und 12 % andere mobile Endgeräte (beispielsweise E-Book-Reader oder Smartwatch). Insbesondere bei jungen Menschen erfreuten sich Handys und Smartphones großer Beliebtheit: 73 % der Kinder zwischen 10 und

15 Jahren, 95 % der 16- bis 24-Jährigen und 94 % der 25- bis 44-Jährigen gingen unterwegs mit ihrem Handy oder Smartphone ins Netz. ▶ Abb 13

Aktivitäten im Netz

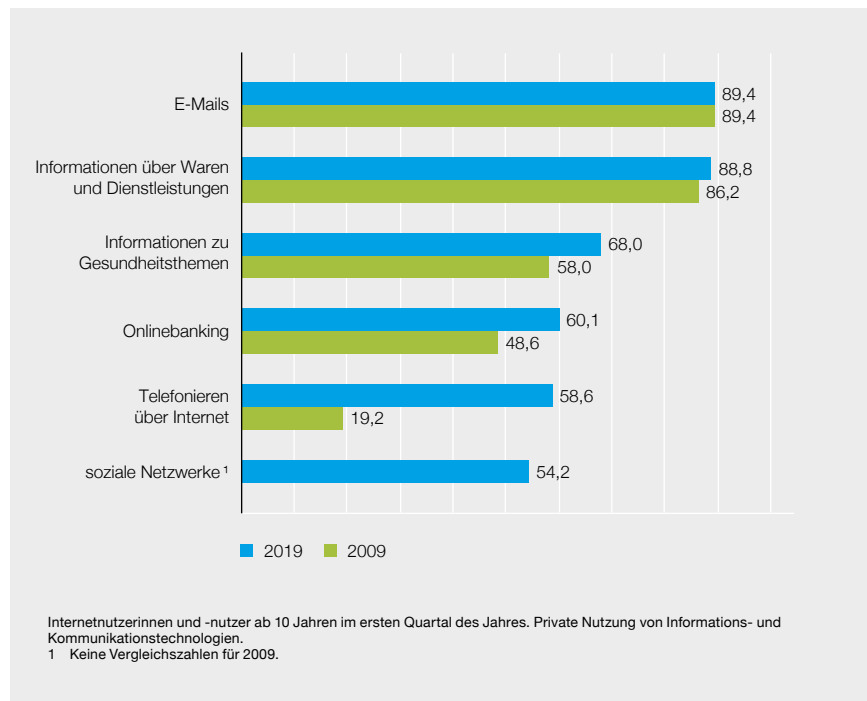
Die Internetaktivitäten der Nutzerinnen und Nutzer reichten von Informations-

beschaffung, Kommunikation und Unterhaltung bis hin zum Einkaufen im Netz und zur Online-Erledigung von Behördenangelegenheiten und Bankgeschäften. Auch hier sind die Anteile der einzelnen Aktivitäten im Vergleich zu 2009 gestiegen. Internetnutzerinnen und -nutzer empfangen oder verschickten im ersten Quartal 2019 besonders häufig E-Mails oder suchten im Netz nach Informationen über Waren und Dienstleistungen (je 89 %). Mehr als die Hälfte der Nutzerinnen und Nutzer erledigte 2019 Bankgeschäfte online (60 %), führte Telefonate oder Videotelefonate über Internet (59 %) und tauschte sich in sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram oder Twitter aus (54 %). ▶ Abb 14

Internetradio und Streamingdienste wie Spotify oder Apple Music waren bei den jungen Menschen besonders beliebt: 77 % der 10- bis 15-Jährigen und 90 % der 16- bis 24-Jährigen nutzten diese Dienste (Anteil bei allen Internetnutzerinnen und -nutzern ab zehn Jahren: 53 %). ▶ Tab 8

Schülerinnen und Schüler sowie Studierende ab 16 Jahren, die 2019 das Internet nutzten, haben sehr viel häufiger als in den vergangenen Jahren digitales Lernmaterial verwendet. Im ersten Quartal 2019 nutzten mehr als die Hälfte (55 %) digitale

▶ Abb 14 Internetaktivitäten – in Prozent



▶ Tab 8 Internetaktivitäten 2019

	Internetnutzer/-innen insgesamt	Im Alter von ... bis ... Jahren				
		10–15	16–24	25–44	45–64	65 oder älter
in 1 000						
Insgesamt	65 231	4 286	7 696	20 249	22 894	10 107
in %						
Versand/Empfang von E-Mails	89,4	47,5	93,5	96,9	90,8	85,6
Teilnahme an sozialen Netzwerken	54,2	61,1	89,1	72,2	40,5	19,4
Telefonieren über Internet	58,6	74,7	82,0	62,3	52,0	41,4
Nutzung von Online-Lernmaterial	17,4	33,0	36,8	22,3	9,9	3,4
Suche nach Informationen über Waren/Dienstleistungen	88,8	60,2	89,6	95,5	91,4	81,2
Onlinebanking	60,1	(3,4)	52,6	81,0	61,1	45,6
Internetradio/Streamingdienste	53,4	76,5	90,0	69,1	39,2	16,5
Organisieren einer Unterkunft von einer anderen Privatperson über spezialisierte Webseite oder App	17,4	/	14,3	24,8	18,6	9,3

Internetnutzerinnen und -nutzer ab 10 Jahren im ersten Quartal des Jahres. Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien.

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Lernmedien. Im Jahr 2015 hatte der Anteil noch bei 41 % gelegen. Zu digitalen Lernmaterialien zählen zum Beispiel audiovisuelle Medien, Online-Lernsoftware und elektronische Lehrbücher.

Ein gutes Drittel (35 %) der Lernenden ab 16 Jahren, die sich im Internet bewegen, kommunizierte im ersten Quartal 2019 mit Lehrkräften oder anderen Lernenden über Lernplattformen oder -portale (2015: 8 %). Rund 11 % absolvierten in diesem Zeitraum einen Onlinekurs (2015: 6 %). Von den Schülerinnen und Schülern im Alter von 10 bis 15 Jahren nutzten 33 % digitales Lernmaterial. Rund 8 % tauschten sich mit Lehrkräften oder anderen Lernenden über entsprechende Plattformen oder Portale aus.

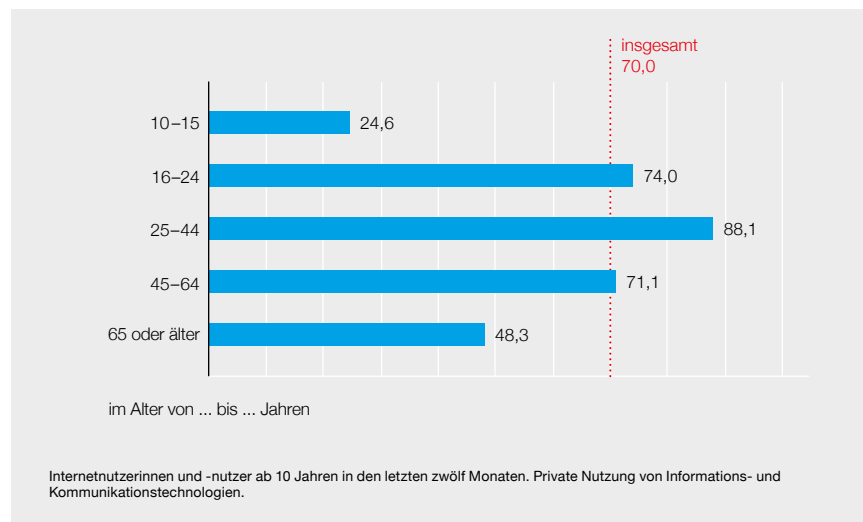
Die User nutzten auch zunehmend die Online-Möglichkeiten der sogenannten Sharing Economy, bei der es um den zeitweisen, gemeinschaftlichen Konsum und das Teilen von Gütern und Dienstleistungen zwischen Privatpersonen geht. Im Jahr 2019 haben sich 17 % der Internetnutzerinnen und -nutzer Unterkünfte bei Privatpersonen über darauf spezialisierte Apps oder Internetplattformen wie Airbnb, Couchsurfing oder 9flats besorgt. In der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen lag der Anteil mit 25 % am höchsten.

Onlinekäufe

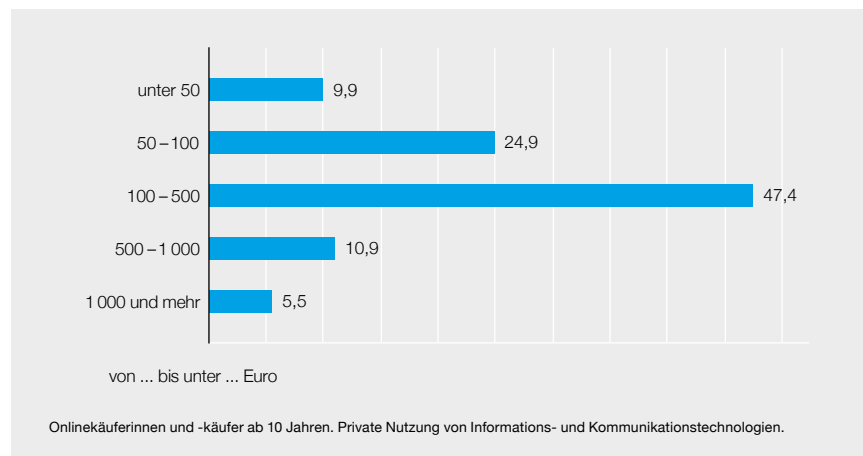
Der Bereich E-Commerce spielt eine herausragende Rolle bei der Internetnutzung und hat sich in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt. Hatte im ersten Quartal 2009 in Deutschland nur gut die Hälfte (55 %) der Internetnutzerinnen und -nutzer Produkte und Dienstleistungen über das Internet bestellt, so belief sich dieser Anteil im ersten Quartal 2019 bereits auf mehr als zwei Drittel (70 %). Die Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen lag dabei mit 88 % weit über dem Durchschnitt. ▶ [Abb 15](#)

Rund 47 % der Onlinekäuferinnen und -käufer gaben innerhalb des ersten Quartals 2019 zwischen 100 und 500 Euro für Onlinekäufe aus, 16 % sogar mehr. Gekauft wurden vor allem Kleidung und Sportartikel (68 %), Gebrauchsgüter wie

▶ **Abb 15** Personen mit Onlinekäufen im ersten Quartal 2019 – in Prozent



▶ **Abb 16** Ausgaben für Onlinekäufe im ersten Quartal 2019 – in Prozent



Möbel, Spielzeug oder Geschirr (53 %), Bücher und Zeitschriften einschließlich E-Books und digitaler Zeitschriftenausgaben (44 %) sowie Eintrittskarten für Sport-Events, Konzerte, Kino- und Theatervorstellungen oder andere Veranstaltungen (43 %). Auch Urlaubsunterkünfte (43 %) wurden häufig über das Internet gebucht, ebenso wie andere Reisedienstleistungen (36 %). ▶ [Abb 16](#), [Abb 17](#)

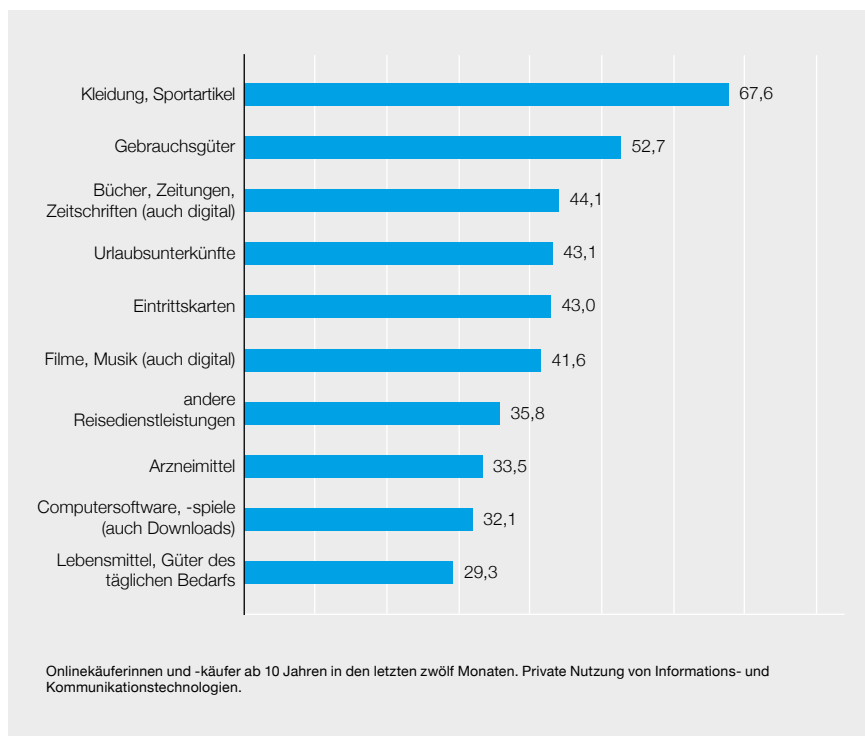
Das Internet ist nicht nur der Marktplatz für den Kauf von Waren und Dienstleistungen von kommerziellen Anbietern, sondern auch ein Ort, an dem Waren und

Dienstleistungen von privater Seite veräußert werden. Rund 30 % der Internetnutzerinnen und -nutzer haben im ersten Quartal 2019 Waren und Dienstleistungen über das Internet verkauft.

Behördenkontakte über Internet

Auch viele Behördenangelegenheiten (zum Beispiel bei An- und Abmeldung des Wohnsitzes, Beantragung von Dokumenten oder Sozialleistungen) können online geregelt werden, sofern entsprechende Onlineangebote auch tatsächlich verfügbar sind. Im ersten Quartal 2019

► Abb 17 Käufe über das Internet 2019 – in Prozent



hatten 58 % der Internetnutzerinnen und -nutzer Onlinekontakte mit Behörden und öffentlichen Institutionen, womit der Anteil gegenüber 2009 gleich geblieben ist. Zumeist ging es dabei um Informationssuche auf entsprechenden Behörden-Webseiten und -Apps (57 %) und um das Herunterladen oder Ausdrucken von amtlichen Formularen (34 %). Ausgefüllte Formulare wurden jedoch nur von jeder fünften Internetnutzerin beziehungsweise jedem fünften Internetnutzer (20 %) online zurückgesandt. Als Hinderungsgründe wurden am häufigsten Sicherheitsbedenken (32 %) und das Fehlen eines entsprechenden Onlineangebots (27 %) genannt. Mehr Informationen über die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der öffentlichen Verwaltung liefert Kapitel 11.3, Seite 394. Die dort zugrunde liegende Lebenslagenbefragung unterscheidet sich jedoch in der Grundgesamtheit, dem Untersuchungszeitraum und der Fragebogenge-

staltung von der hier verwendeten IKT-Erhebung. Deshalb weichen die Ergebnisse voneinander ab.

Internetsicherheit

Sicherheitsaspekte gewinnen bei der Internetnutzung zunehmend an Bedeutung. So waren Sicherheitsbedenken 2019 dafür verantwortlich, dass 35 % der Internetnutzerinnen und -nutzer darauf verzichteten, ihre persönlichen Daten in Online-netzwerke einzustellen. Jede beziehungsweise jeder Vierte von ihnen unterließ aus diesem Grund auch die Internetnutzung über öffentliches WLAN. Jede fünfte Nutzerin beziehungsweise jeder fünfte Nutzer machte aufgrund von Sicherheitsbedenken kein Onlinebanking; ebenso viele verzichteten darauf, Software, Apps, Musik, Videos oder Spiele aus dem Internet herunterzuladen. Rund 35 % der Internetnutzerinnen und -nutzer gaben zudem an, in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung betrügerische E-Mails

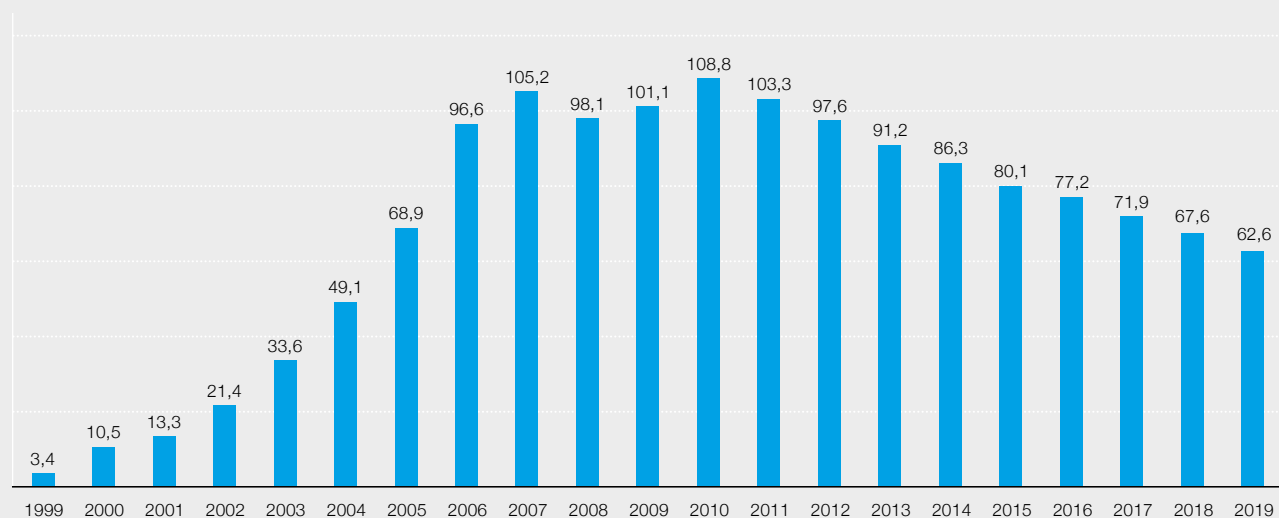
erhalten zu haben, in denen sie aufgefordert wurden, vertrauliche Daten preiszugeben. Weitere 7 % gaben an, in dieser Zeit auf gefälschte Webseiten umgeleitet worden zu sein – ebenfalls mit dem Ziel, an vertrauliche Daten zu gelangen.

6.1.7 Überschuldung und Privatinsolvenz

Überschuldung ist mehr als ein gesellschaftliches Randphänomen. Bei Personen, die als absolut überschuldet gelten, sind die Zahlungsrückstände so gravierend, dass als letzter Ausweg nur die Privatinsolvenz bleibt. Die Insolvenzordnung eröffnet Privatpersonen seit 1999 die Möglichkeit, nach einer sogenannten Wohlverhaltensphase von ihren Restschulden befreit zu werden. Die Insolvenzgerichte liefern Daten zur absoluten Überschuldung von Privatpersonen – nicht Haushalten –, die das Insolvenzverfahren in Anspruch nehmen. Darüber hinaus stellt die Überschuldungsstatistik Informationen zu den sozioökonomischen Strukturen überschuldeter Personen bereit und gibt einen Überblick über die Auslöser der finanziellen Notlage sowie über die Art und Zahl der Hauptgläubiger. Die Daten hierzu beruhen auf den Angaben der Schuldnerberatungsstellen. Ein Blick in den Schuldnerberatungsatlas (<https://schuldnerberatungsatlas.destatis.de>) zeigt, wo diese in Deutschland zu finden sind.

Privatpersonen, die als Verbraucherin oder Verbraucher in eine Notlage geraten sind, können in einem Verbraucherinsolvenzverfahren von ihren Schulden befreit werden. Diese Möglichkeit nutzten seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 bis Ende 2019 rund 1,45 Millionen Privatpersonen. Durch das Scheitern einer selbstständigen Tätigkeit wurden weitere rund 684 000 Personen zahlungsunfähig. Sie gelten in diesem Fall ebenfalls als absolut überschuldet und haben die Möglichkeit, ihre Schulden gerichtlich regulieren zu lassen. Mit Ausnahme von 2008 stieg die Gesamtzahl der Privatinsolvenzen bis 2010 von Jahr zu Jahr an; seit 2011 sinkt sie

► Abb 18 Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen – in Tausend



Ohne ehemals selbstständig Tätige.

Überschuldung

Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten einer überschuldeten Person, die im Jahr 2019 die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch genommen hat, betragen 28 250 Euro. Das war knapp das 26-Fache des durchschnittlichen monatlichen Einkommens dieses Personenkreises (1 096 Euro). Eine durchschnittliche überschuldete Person bräuchte demnach 26 Monate, um ihre Verbindlichkeiten komplett zu-

rückzuzahlen, wenn sie all ihre regelmäßigen Einkünfte für den Schuldendienst einsetzen könnte (Überschuldungsintensität).

Dabei müssten überschuldete Männer in diesem hypothetischen Modell 29 Monatseinkommen für die Rückzahlung aufwenden. Bei überschuldeten Frauen wäre diese Zeit mit 22 Monaten kürzer. Dies liegt vor allem an den höheren Schulden von Männern.

jedes Jahr. Im Jahr 2019 gab es knapp 63 000 Verbraucherinsolvenzen. Dabei muss der Auslöser für die Überschuldung nicht in der Gegenwart liegen, sondern kann viele Jahre zurückreichen. ► Abb 18

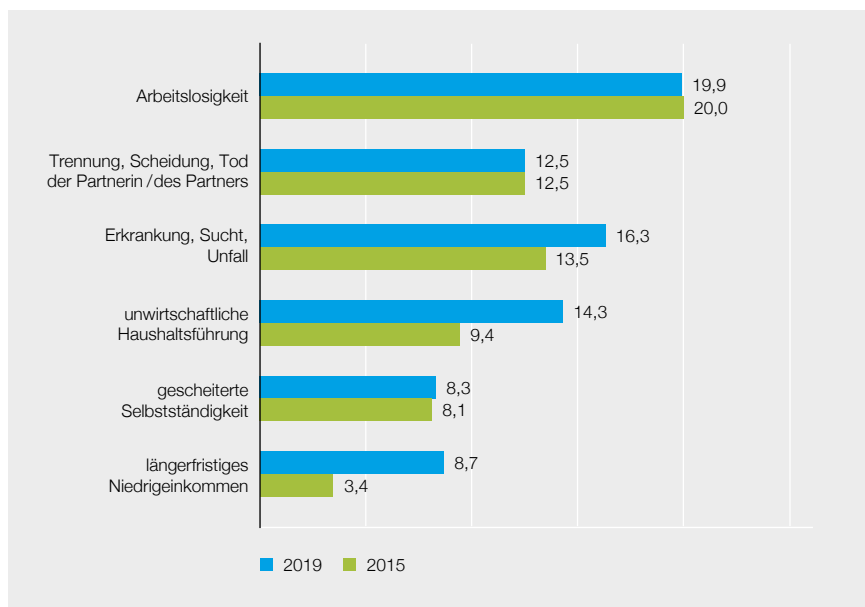
Die gerichtlichen Akten informieren zwar vollständig über die Zahl der Privatinsolvenzen, nicht jedoch über die Gesamtzahl aller überschuldeten Personen. Sie enthalten auch keine Informationen

zum Personenkreis und zu den Umständen, die zur Überschuldung geführt haben. Um Aussagen zu den sozioökonomischen Strukturen der überschuldeten Personen treffen zu können sowie die Ursachen und Hauptgläubiger statistisch zu belegen, werden seit dem Jahr 2006 zusätzlich Schuldnerberatungsstellen nach ihrer Klientel befragt. Mit dieser freiwilligen Erhebung kann über die Insolvenz-

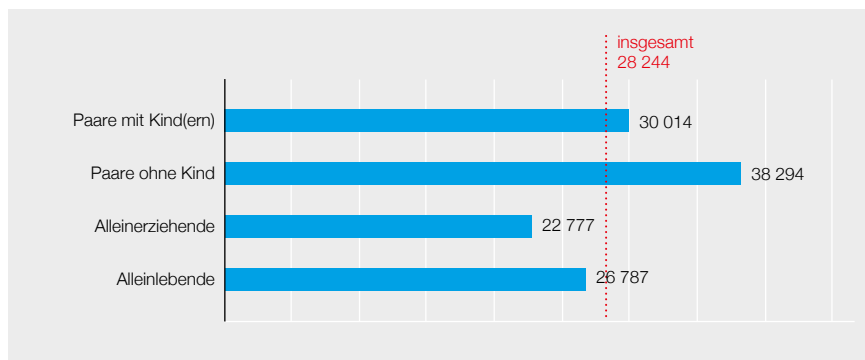
statistik hinaus ein wesentlicher Beitrag zur Darstellung der Schuldsituation von Privatpersonen geleistet werden.

Schuldnerberatungsstellen haben die Aufgabe, den Menschen, die in wirtschaftliche oder existenzielle Not geraten sind oder zu geraten drohen, eine angemessene Hilfestellung zu leisten. Ziel ist es, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen zu sanieren. Darüber hinaus gehört auch das Erörtern von Präventionsmaßnahmen zum Beratungsangebot. Durch ihre Tätigkeit verfügen die Beratungsstellen über einen großen Datenpool zur Überschuldungssituation, der sich auch für statistische Zwecke nutzen lässt. Für das Jahr 2019 übermittelten 577 der rund 1 450 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände sowie der Kommunen stehen, Daten von über 142 000 Personen. Allerdings müssen diese Personen nicht zwangsläufig überschuldet sein: Teilweise ist auch nur eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten oder die Folgen einer Zahlungsunwilligkeit sollen ausgeräumt werden.

► **Abb 19** Beratene Personen nach dem Hauptauslöser der Überschuldung – in Prozent



► **Abb 20** Durchschnittliche Schulden der beratenen Personen nach Haushaltstyp 2019 – in Euro



Menschen, die – verschuldet oder unverschuldet – in finanzielle Not geraten, verlieren häufig ihren sozialen Status. Nicht selten kommt es zur gesellschaftlichen Ausgrenzung, denn Arbeitslosigkeit und unerwartete gravierende Änderungen der Lebensumstände stellen für sich genommen schon eine schwere Belastung dar, auch ohne die damit verbundenen finanziellen Folgen. Auslöser der Misere waren bei über einem Viertel (29%) der überschuldeten Personen, die im Jahr 2019 die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch genommen hatten,

kritische Lebensereignisse wie eine Scheidung, der Tod der Partnerin oder des Partners, eine Krankheit oder ein Unfall. Im Jahr 2015 war dies für 26% der beratenen Personen Hauptauslöser der Überschuldung. Überwiegend selbstverschuldete Zahlungsschwierigkeiten wegen unwirtschaftlicher Haushaltsführung oder gescheiterter Selbstständigkeit waren bei knapp 23% der beratenen Personen ausschlaggebend für die Inanspruchnahme des Dienstes einer Beratungsstelle. Vier Jahre zuvor, im Jahr 2015, lag dieser Anteil bei 18%. Arbeits-

losigkeit nannten fast 20% der beratenen Personen in den Jahren 2015 und 2019 als Hauptgrund für ihre finanziellen Schwierigkeiten. Bei rund 9% (2019) beziehungsweise 3% (2015) der beratenen Personen lag die Überschuldung hauptsächlich an einem längerfristigen Niedrigeinkommen. ► [Abb 19](#)

Die Schulden aller Personen in Beratung beliefen sich durchschnittlich auf gut 28 200 Euro. Besonders hoch waren die Verbindlichkeiten bei Paaren ohne Kind mit rund 38 300 Euro und bei Paaren mit Kindern mit etwa 30 000 Euro. In diesen beiden Haushaltstypen belaufen sich die Schulden auf das 36- beziehungsweise 23-Fache des durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens. Aber auch eine Schuldenhöhe von rund 22 800 Euro reicht bei Alleinerziehenden aus, um die finanzielle Lage ins Ungleichgewicht zu bringen: Hier machen die Schulden immer noch das 18-Fache des Monatseinkommens aus. ► [Abb 20](#)

Betrachtet man alle Überschuldeten, so stehen Personen, die ihren Verpflichtungen für beanspruchte Ratenkredite nicht mehr nachkommen können, bei ihren Banken mit durchschnittlich rund 22 400 Euro im Soll. Hat eine Person Schulden bei anderen Privatpersonen, so belaufen sich diese im Durchschnitt auf fast 10 000 Euro.

Je nach Alter und Lebensform gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, was Art und Höhe der Schulden anbelangt. Aus den Erkenntnissen, die die Überschuldungsstatistik bietet, seien einige beispielhaft herausgegriffen: Die 20- bis 24-jährigen Überschuldeten sind mit der niedrigsten Summe an Ratenkrediten in Rückstand (durchschnittlich rund 7 400 Euro). Allerdings weisen sie mit durchschnittlich knapp 2 400 Euro sehr hohe nicht beglichene Telefonrechnungen auf. Die Altersgruppe der über 70-Jährigen weist die höchsten durchschnittlichen Mietrückstände mit über 5 500 Euro auf. Schulden aus Unterhaltsverpflichtungen haben vor allem Männer: Alleinlebende Männer sind dabei durchschnittlich mit rund 9 000 Euro verschuldet.

6.2 Armuts- gefährdung und materielle Entbehrung

Kristina Kott

Statistisches Bundesamt
(Destatis)

Die UN-Nachhaltigkeitsstrategie »Agenda 2030« enthält globale Zukunftsziele für eine nachhaltige Entwicklung. Das erste der 17 sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) ist die Beendigung der Armut in allen ihren Formen und überall. Für die Messung der Zielerreichung wurde sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene ein Indikatorenset erstellt. Die einzelnen Sozialindikatoren zur Messung der Armutsgefährdung, der materi-

ellen Entbehrung und der sozialen Ausgrenzung haben dabei eine besondere Bedeutung. Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) ermittelt diese und weitere Kennzahlen auf der Grundlage der Europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung (European Union Statistics on Income and Living Conditions – EU-SILC). Die deutsche Bezeichnung der EU-SILC-Erhebung

► Info 1

LEBEN IN EUROPA

In Deutschland wird die amtliche Erhebung EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) unter der Bezeichnung LEBEN IN EUROPA seit 2005 jährlich durchgeführt und liefert eine Vielzahl von Sozialindikatoren für Deutschland. Die Befragung erfolgt schriftlich in vier aufeinanderfolgenden Jahren und besteht aus einem Haushaltsfragebogen und einem Personenfragebogen für Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren. An LEBEN IN EUROPA nehmen jedes Jahr zwischen 13 000 und 14 000 Privathaushalte teil, wobei jedes Jahr ein Viertel der Stichprobe ersetzt wird (Rotationspanel). Seit 2020 ist diese Erhebung in der amtlichen Mikrozensususerhebung integriert.

► Info 2

Haushaltsnettoeinkommen

Grundlage für Einkommens- und Armutsanalysen bei LEBEN IN EUROPA ist das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen aus dem Jahr vor der Erhebung (Einkommensbezugsjahr). Es ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen eines Haushalts nach Abzug von:

- Steuern,
- Sozialversicherungsbeiträgen,
- regelmäßigen Vermögensteuern und
- regelmäßig zwischen Privathaushalten geleisteten Zahlungen.

Das Bruttoeinkommen eines Haushalts besteht aus haushalts- und personenbezogenen Komponenten. Zum haushaltsbezogenen Bruttoeinkommen zählen:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung,
- Familienleistungen (Kindergeld, Elterngeld/ElterngeldPlus) und Wohnungsbeihilfen,
- Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung,
- regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen privaten Haushalten (zum Beispiel Unterhaltszahlungen),
- Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen,
- Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren.

Hinweis: Schätzwerte für unterstellte Mieten bei selbst genutztem Wohneigentum (sogenannte Eigentümermietwerte) werden hier, anders als in anderen amtlichen Statistiken (beispielsweise der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe), nicht zum verfügbaren Haushaltseinkommen hinzugerechnet.

Zum personenbezogenen Bruttoeinkommen zählen:

- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von Geld oder geldwerten Sachleistungen und/oder Sachleistungen (wie Firmenwagen),
- Bruttogewinne und -verluste aus selbstständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschließlich Lizenzgebühren),
- Arbeitslosengeld I und II, Übertragungen der Arbeitsförderung,
- Alters- und Hinterbliebenenleistungen,
- Krankengeld und Invaliditätsleistungen,
- ausbildungsbezogene Leistungen.

lautet LEBEN IN EUROPA. Im vorliegenden Kapitel werden die wichtigsten Sozialindikatoren zur Messung der Armutsgefährdung, der materiellen Entbehrung und der sozialen Ausgrenzung auf Basis der EU-SILC-Erhebung 2018 vorgestellt. [► Info 1](#)

6.2.1 Einkommensverteilung

Grundlage für die Ermittlung des Einkommens einer Person ist die möglichst umfassende Messung des verfügbaren

jährlichen Nettoeinkommens des Haushalts, in dem die Person lebt. Berichtszeitraum für die Einkommensmessung in EU-SILC ist das gesamte der Erhebung vorangegangene Kalenderjahr. Neben den regelmäßigen monatlichen Einkünften werden auch jene Einkünfte berücksichtigt, die unregelmäßig oder nur einmal im Jahr (wie Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld) gezahlt werden. Das Haushaltseinkommen setzt sich aus den Einkünften aller

Haushaltsmitglieder zusammen, die im Lauf eines Jahres eingegangen sind und somit Einfluss auf die allgemeine finanzielle Situation des Haushalts hatten. [► Info 2](#)

Zudem wird in der Berechnung angenommen, dass

- alle Haushaltsmitglieder ihre Einkünfte dem gesamten Haushalt zur Verfügung stellen,
- alle Haushaltsmitglieder das gleiche Wohlfahrtsniveau erreichen,
- Mehrpersonenhaushalte gegenüber Einpersonenhaushalten Einspareffekte aufgrund des gemeinsamen Wirtschaftens haben.

Anschließend wird das Haushaltsnettoeinkommen für ein Kalenderjahr in ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, das sogenannte Nettoäquivalenzeinkommen, umgewandelt (siehe Kapitel 2.1, Seite 59, Info 6).

Wie hoch sind die durchschnittlichen Einkommen und die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen? Im Jahr 2018 betrug der Median des Nettoäquivalenzeinkommens in Deutschland 22 713 Euro. Das bedeutet, dass der einen Hälfte der Bevölkerung mindestens 22 713 Euro pro Kopf zur Verfügung standen, der anderen Hälfte weniger. Der Mittelwert des Nettoäquivalenzeinkommens belief sich dagegen auf 25 882 Euro. Im Jahr 2017 hatte das Medianeinkommen noch 21 920 Euro und das Durchschnittseinkommen 24 780 Euro betragen; 2008 lagen die Werte bei 18 309 Euro (Medianwert) sowie 21 086 Euro (Durchschnittswert). [► Info 3](#)

Auf europäischer Ebene werden als Maß für die Einkommensungleichheit die S80/S20-Rate und der Gini-Koeffizient verwendet. Danach stand den reichsten 20 % der Bevölkerung im Jahr 2018 in der Summe 5,1-mal so viel Einkommen zur Verfügung wie den ärmsten 20 % der Bevölkerung (2017: 4,5; 2008: 4,8). Der Gini-Koeffizient wies für Deutschland im Jahr 2018 einen Wert von 0,311 auf (2017: 0,291; 2008: 0,302). Die Ungleichheit in der Einkommensverteilung ist damit im Vergleich zu 2017 leicht gestiegen. [► Info 4, Tab 1](#)

► Info 3

Medianeinkommen und Mittelwert

Das durchschnittliche Einkommen der Bevölkerung wird in der Regel durch das Medianeinkommen oder durch den Mittelwert dargestellt. Bei der Ermittlung des Medianeinkommens werden die Einkommen der Personen der Höhe nach geordnet und in Quintile (fünf gleich große Teile) geteilt. Das unterste Quintil repräsentiert dabei das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen, das oberste Quintil das Fünftel der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen. Die Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil, dividiert durch die Summe der Einkommen aus dem untersten Quintil, ergibt dann den Wert für das S80/S20-Verhältnis. Dieser Wert beschreibt, um wie viel höher das Einkommen des obersten Fünftels im Vergleich zum untersten Fünftel ist. Allerdings ist diese Darstellung empfindlich gegenüber Ausreißern, weil hier nicht die Quintilsgrenzen, sondern die Summe der Einkommen aus dem untersten Quintil mit der Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil verglichen wird. Die Angaben einer einzelnen Person können die jeweilige Summe und damit das Ergebnis stark beeinflussen.

Bei der Ermittlung des Mittelwerts (arithmetisches Mittel, Durchschnitt) wird die Summe der Einkommen von allen Personen gebildet. Diese Summe wird anschließend durch die Anzahl der Personen geteilt.

► Info 4

Quintile, S80/S20-Verhältnis und Gini-Koeffizient

Um den relativen Einkommensabstand zwischen dem oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung (das sogenannte S80/S20-Verhältnis) zu beschreiben, wird das Nettoäquivalenzeinkommen der Personen der Höhe nach geordnet und in Quintile (fünf gleich große Teile) geteilt. Das unterste Quintil repräsentiert dabei das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen, das oberste Quintil das Fünftel der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen. Die Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil, dividiert durch die Summe der Einkommen aus dem untersten Quintil, ergibt dann den Wert für das S80/S20-Verhältnis. Dieser Wert beschreibt, um wie viel höher das Einkommen des obersten Fünftels im Vergleich zum untersten Fünftel ist. Allerdings ist diese Darstellung empfindlich gegenüber Ausreißern, weil hier nicht die Quintilsgrenzen, sondern die Summe der Einkommen aus dem untersten Quintil mit der Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil verglichen wird. Die Angaben einer einzelnen Person können die jeweilige Summe und damit das Ergebnis stark beeinflussen.

Ein anderes, häufig benutztes Verteilungsmaß ist der Gini-Koeffizient, ein statistisches Konzentrationsmaß. Auf Einkommensdaten angewendet zeigt der Gini-Koeffizient, wie gleich oder ungleich Einkommen über eine Personengruppe verteilt sind. Bei der Berechnung wird die Ungleichheit in der Einkommensverteilung auf Basis aller individuellen Nettoäquivalenzeinkommen einer Personengruppe ermittelt. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 (absolute Gleichheit) und 1 (absolute Konzentration) annehmen. Je näher der Wert an 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

► Tab 1 Einkommensverteilung

	2008	2016	2017	2018
Median des Nettoäquivalenzeinkommens in Euro	18 309	21 275	21 920	22 713
Arithmetisches Mittel des Nettoäquivalenzeinkommens in Euro	21 086	24 020	24 780	25 882
S80/S20-Rate	4,8	4,6	4,5	5,1
Gini-Koeffizient	0,302	0,295	0,291	0,311

6.2.2 Armutsgefährdung

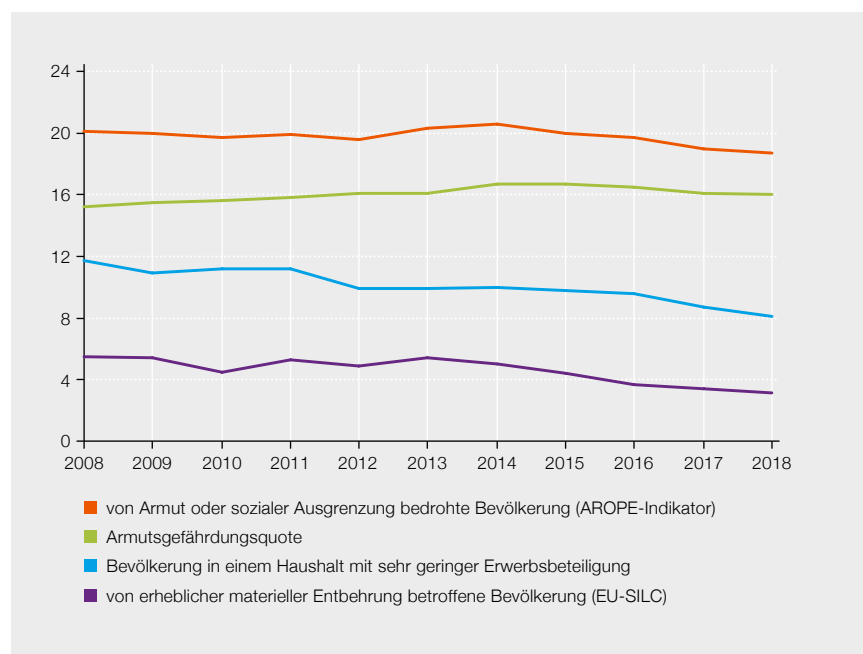
Die Messung der Armutsgefährdung in der europäischen Sozialberichterstattung orientiert sich an einer relativen Definition von Armut. Sie folgt damit einem Ratsbeschluss der Europäischen Union von 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene. Danach gelten Personen als »verarmt«, »wenn sie über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist«. Ausgehend von dieser Sichtweise gilt in EU-SILC eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des nationalen Medianeinkommens beträgt (Nettoäquivalenzeinkommen siehe Kapitel 2.1, Seite 59, Info 6).

Bei einem Medianeinkommen von 22 713 Euro im Jahr 2018 lag der Schwellenwert für die Armutsgefährdung demnach bei 13 628 Euro. Umgerechnet auf das monatliche Einkommen bedeutet dies, dass in Deutschland im Jahr 2018 eine Person als armutsgefährdet galt, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 1 136 Euro im Monat betrug; 2017 lag dieser Schwellenwert bei 1 096 Euro im Monat.

Im Jahr 2018 lag das Nettoäquivalenzeinkommen für 16,0 % der Bevölkerung in Deutschland unter dem Schwellenwert. Dieser Anteil ist nahezu unverändert im Vergleich zum Jahr 2017 (16,1 %). Zuvor war der Anteil der von relativer Armut bedrohten Bevölkerung seit dem Jahr 2008 (15,2 %) bis zum Jahr 2014 (16,7 %) stetig angestiegen. Im Jahr 2015 stagnierte der Wert, und seitdem ist er leicht gesunken ▶ [Abb 1](#)

Mit 20,6 % waren 2018 die jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren am stärksten armutsgefährdet. Im Gegensatz dazu wiesen die 25- bis 54-Jährigen mit 13,7 % die niedrigste Armutsgefährdungsquote auf. Frauen waren 2018 mit 16,8 % stärker armutsgefährdet als Männer (15,2 %); und das betraf nahezu alle Altersgruppen. Lediglich die Frauen unter 18 Jahren lagen mit 14,1 % leicht unter der entsprechenden Quote der Männer (14,9 %). ▶ [Tab 2](#)

▶ **Abb 1** Ausgewählte Indikatoren zur Messung von Armut und materieller Entbehrung – in Prozent



Beim Vergleich unterschiedlicher Haushaltstypen zeigt sich, dass sowohl Personen in Haushalten von Alleinerziehenden mit 33,8 % als auch Alleinlebende mit einem Anteil von 30,4 % im Jahr 2018 weit überdurchschnittlich von Armut bedroht waren. Insgesamt betrachtet hatten Personen in Haushalten ohne Kind mit 18,3 % eine höhere Armutsgefährdungsquote als Personen in Haushalten mit Kind(ern) (12,9 %).

Der Erwerbsstatus von Personen wird in der EU-SILC-Erhebung im Rahmen einer Selbsteinschätzung erfragt. Dort geben die Personen an, welcher Erwerbsstatus beziehungsweise welche Lebenssituation derzeit auf sie zutrifft. Die Analyse nach dem Merkmal Erwerbsstatus von Personen ab 18 Jahren zeigt, dass 9,1 % der erwerbstätigen Personen 2018 armutsgefährdet waren. Bei den Arbeitslosen waren es 69,4 %. Von den Personen im Ruhestand galten 18,7 % als armutsgefährdet.

Da bei dieser Betrachtung der Erwerbsstatus der anderen erwachsenen und somit potenziell erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder unberücksichtigt bleibt, ist es sinnvoll, zusätzlich auch die Arbeitsmarktbeteiligung beziehungsweise Erwerbsintensität (work intensity) des gesamten Haushalts zu betrachten. ▶ [Info 5](#)

Danach hatten Personen in Haushalten mit einer sehr geringen Erwerbsintensität (weniger als 20 %) im Jahr 2018 ein Armutsgefährdungsrisiko von 68,5 %. Lag die Arbeitsmarktbeteiligung des Haushalts insgesamt höher, aber noch unter 45 % (geringe Erwerbsbeteiligung), so war das Armutsgefährdungsrisiko der Personen in diesen Haushalten weniger als halb so hoch (27,3 %) im Vergleich zu den Personen in Haushalten mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung. Wie erwartet wiesen Personen in Haushalten mit einer Erwerbsintensität von mindestens 85 % das geringste Armutsgefährdungsrisiko auf (5,5 %). Je höher also die Arbeitsmarktbeteiligung der

► **Tab 2** Schwellenwert für Armutsgefährdung und Armutsgefährdungsquote

	2008	2016	2017	2018
Schwellenwert für Armutsgefährdung in Euro je Jahr	10 986	12 765	13 152	13 628
Armutsgefährdungsquote in %				
Insgesamt	15,2	16,5	16,1	16,0
Geschlecht und Altersgruppen				
männlich	14,2	15,2	15,0	15,2
weiblich	16,2	17,8	17,1	16,8
Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren	15,2	15,4	15,2	14,5
↳ männlich	15,5	14,0	14,1	14,9
↳ weiblich	14,8	17,2	16,5	14,1
18–24 Jahre	20,2	21,0	21,4	20,6
↳ Männer	18,0	18,6	17,9	16,8
↳ Frauen	22,4	23,7	25,3	24,8
25–54 Jahre	13,8	14,5	14,1	13,7
↳ Männer	13,1	14,0	13,9	13,1
↳ Frauen	14,4	14,9	14,3	14,1
55–64 Jahre	17,7	19,7	18,9	18,7
↳ Männer	17,2	18,6	18,3	18,5
↳ Frauen	18,1	20,7	19,5	18,9
65 Jahre oder älter	14,9	17,6	17,0	18,2
↳ Männer	12,0	14,9	14,9	16,5
↳ Frauen	17,4	20,1	19,0	19,8
Haushaltstyp				
Haushalte ohne Kind	17,0	18,7	18,1	18,3
↳ Alleinlebende	29,2	32,9	32,1	30,4
↳ zwei Erwachsene ohne Kind	11,7	11,9	11,3	12,2
Haushalte mit Kind(ern)	13,1	13,5	13,3	12,9
↳ Alleinerziehende	35,9	32,5	33,2	33,8
↳ zwei Erwachsene mit Kind(ern)	9,9	10,8	10,5	9,9
Überwiegender Erwerbsstatus¹				
erwerbstätig	7,1	9,5	9,1	9,1
arbeitslos	56,8	70,5	70,6	69,4
im Ruhestand	15,0	18,0	17,5	18,7
sonstige Nichterwerbstätige	22,6	28,8	32,2	30,0
Erwerbsintensität im Haushalt				
Personen ² in Haushalten mit ...				
... sehr geringer Erwerbsintensität (weniger als 20 %)	64,2	66,8	68,5	68,5
... geringer Erwerbsintensität (20–44 %)	26,8	36,9	35,5	27,3
... mittlerer Erwerbsintensität (45–54 %)	11,9	12,8	14,8	14,6
... hoher Erwerbsintensität (55–84 %)	7,6	8,3	9,6	9,5
... sehr hoher Erwerbsintensität (85–100 %)	4,3	5,5	4,9	5,5
Bildungsstatus³				
ISCED-Stufen 1 bis 2 – niedrig	22,8	30,9	30,6	30,5
ISCED-Stufen 3 bis 4 – mittel	13,7	16,1	15,9	16,2
ISCED-Stufen 5 bis 8 – hoch	8,6	9,3	10,8	9,6

1 Personen ab 18 Jahren. Selbsteinschätzung.

2 Personen unter 60 Jahren.

3 Personen ab 18 Jahren. Bildungsstatus nach der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED 2011), siehe Kapitel 2.1, Seite 53, Info 2.

Datenbasis: EU-SILC

► **Info 5****Erwerbsintensität (work intensity)**

Die Erwerbsintensität ist ein Haushaltsmerkmal, bei dem jedes Haushaltsmitglied zwischen 18 und 59 Jahren als potenziell erwerbsfähig betrachtet wird. Die Ergebnisse sollen sich nur auf Haushalte beziehen, in denen Personen wohnen, die sich noch in der Erwerbsphase befinden. Reine Rentnerhaushalte sind bei dieser Analyse ausgeschlossen beziehungsweise werden hier nicht berücksichtigt. Ein Haushalt erzielt bei der Erwerbsintensität 100 %, wenn alle erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder auch Vollzeit erwerbstätig sind. Ist dagegen keines der potenziell erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder im Haushalt erwerbstätig, beträgt die Erwerbsintensität in diesem Haushalt 0 %. Auf diese Weise wird einem Zweipersonenhaushalt mit zwei vollzeiterwerbstätigen Personen eine Erwerbsintensität von 100 % zugewiesen, während ein Zweipersonenhaushalt mit einer Vollzeit erwerbstätigen Person und einer nicht erwerbstätigen, aber erwerbsfähigen Person eine Erwerbsintensität von insgesamt 50 % erhält. Arbeitet in einem Zweipersonenhaushalt die einzige erwerbstätige Person nur die Hälfte der Arbeitszeit, so sinkt die Erwerbsintensität für diesen Haushalt auf 25 %.



16,0

Prozent der Bevölkerung Deutschlands lebten 2018 unter der Armutsgefährdungsschwelle. Zehn Jahre zuvor waren es 15,2 Prozent.

► Info 6

Materielle Entbehrung

Die materielle Entbehrung umfasst einerseits verschiedene Formen wirtschaftlicher Belastung wie Hypotheken- oder Mietschulden, Zahlungsrückstände oder Probleme, die Rechnungen von Versorgungsbetrieben zu begleichen. Andererseits umfasst sie einen aus finanziellen Gründen erzwungenen Mangel an Gebrauchsgütern, wobei der Mangel durch die unfreiwillige Unfähigkeit – im Unterschied zur Wahlfreiheit und zum freiwilligen Verzicht – bedingt ist, für gewisse Ausgaben aufkommen zu können. Materielle Entbehrung liegt nach der EU-Definition für EU-SILC dann vor, wenn aufgrund der Selbsteinschätzung des Haushalts mindestens drei der folgenden neun Kriterien erfüllt sind:

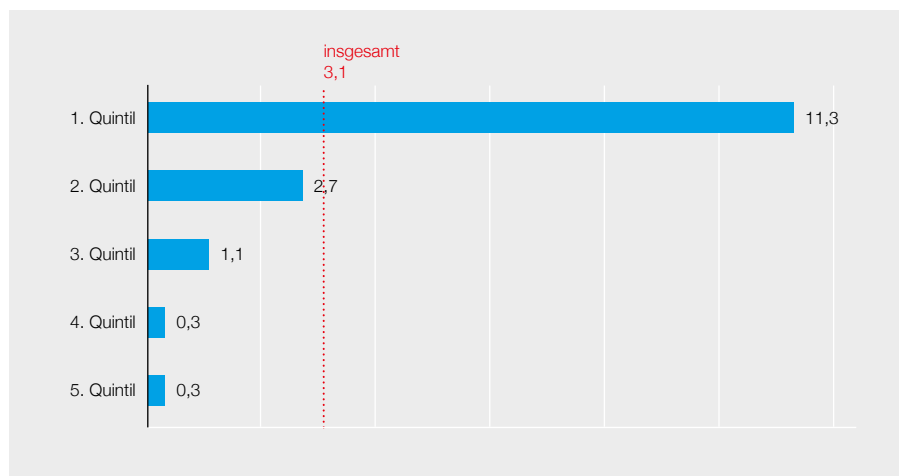
1. Zahlungsrückstände (in den letzten zwölf Monaten) bei Hypotheken, Miete, Konsumentenkrediten oder Rechnungen von Versorgungsbetrieben (zum Beispiel Stromrechnung, Gasrechnung);
2. finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können;
3. finanzielles Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können;
4. finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Geflügel, Fisch oder eine vollwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können;
5. finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen;
6. Fehlen eines Personenkraftwagens im Haushalt aus finanziellen Gründen;
7. Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen;
8. Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen;
9. Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründen.

In der europäischen Sozialberichterstattung wird zwischen materieller Entbehrung und erheblicher materieller Entbehrung unterschieden. Materielle Entbehrung liegt vor, wenn für einen Haushalt mindestens drei der neun aufgeführten Kriterien zutreffen. Erhebliche materielle Entbehrung wird dagegen bei Haushalten angenommen, bei denen mindestens vier der neun Kriterien zutreffen.

► Tab 3 **Materielle Entbehrung nach ausgewählten Einzelkriterien – in Prozent der Bevölkerung**

	2008	2016	2017	2018
Zahlungsrückstände bei Hypotheken, Miete, Konsumentenkrediten, Rechnungen von Versorgungsbetrieben	5,6	4,2	4,4	4,6
Der Haushalt kann es sich finanziell nicht leisten, ...				
... die Wohnung angemessen warm zu halten.	5,9	3,7	3,3	2,7
... unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mindestens 780 Euro (2008)/985 Euro (2016)/1 000 Euro (2017)/1 050 Euro (2018) aus eigenen Mitteln zu bestreiten.	34,9	30,0	29,3	28,1
... jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit einzunehmen.	10,9	6,5	7,0	6,4
... jedes Jahr eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen.	25,2	18,4	15,3	13,6

Selbsteinschätzung der Haushalte.

► Abb 2 **Erhebliche materielle Entbehrung nach Einkommensquintilen 2018 – in Prozent**

potenziell erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder und damit des Haushalts insgesamt ist, desto geringer ist folglich auch das Armutsgefährdungsrisiko für die Personen in diesen Haushalten.

Neben dem Erwerbsstatus werden die Personen auch zu ihrem erreichten Bildungsabschluss befragt. Im Jahr 2018 waren mit Blick auf das Armutsgefährdungsrisiko 9,6 % der Personen mit einem hohen Bildungsstand, 16,2 % der Personen mit einem mittleren Bildungsstand und

30,5 % der Personen mit einem niedrigen Bildungsstand armutsgefährdet (zum Bildungsstand siehe Kapitel 2.1, Seite 53, Info 2).

6.2.3 Materielle Entbehrung**Messung der materiellen Entbehrung**

Während für die Definition von Armutsgefährdung die finanziellen Ressourcen bei der Beschreibung der Lebenslage

ausschlaggebend sind, geht es bei der Messung der materiellen Entbehrung vor allem um eine Bewertung (Selbsteinschätzung) der eigenen Situation in den verschiedenen Lebensbereichen. Die Messung der materiellen Entbehrung erfolgt auf der Grundlage von neun sogenannten Deprivationskriterien. ▶ Info 6

Ähnlich wie bei der Armutsgefährdungsmessung wird das ermittelte Ergebnis allen Haushaltsmitgliedern in einem Haushalt zugeordnet und bei der Ergebnisdarstellung als Ergebnis für die Gesamtbevölkerung ausgewiesen.

Materielle Entbehrung nach ausgewählten Einzelkriterien

Im Jahr 2018 gaben 4,6 % der Bevölkerung an, dass sie Zahlungsrückstände in den letzten zwölf Monaten bei Hypotheken, Mieten, Konsumentenkrediten oder Rechnungen von Versorgungsbetrieben (zum Beispiel Stromrechnung, Gasrechnung) haben. Etwa 2,7 % der Bevölkerung gaben an, ihre Wohnung aus finanziellen Gründen nicht angemessen heizen zu können. Im Jahr 2018 konnten 28,1 % der Bevölkerung unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von 1 050 Euro nicht aus eigenen Finanzmitteln bestreiten. Für 6,4 % der Bevölkerung war es aus finanziellen Gründen nicht möglich, jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch oder eine vollwertige vegetarische Mahlzeit zu essen. Jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen, war für 13,6 % der Bevölkerung aufgrund ihrer finanziellen Lage nicht möglich. Zehn Jahre zuvor hatten die Anteile bei diesen Kriterien teilweise noch erheblich höher gelegen. ▶ Tab 3

Diese Ergebnisse zeigen einerseits, dass für eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die erfragten Kriterien zum allgemeinen Lebensstandard dazugehören. Andererseits wird auch deutlich, dass das Bestreiten von unerwartet anfallenden Ausgaben (28,1 %) und die finanziellen Möglichkeiten für eine jährliche Fahrt in den Urlaub (13,6 %) auch im Jahr 2018 für einen relativ hohen Anteil in der Bevölkerung nicht selbstverständlich waren.

Materielle und erhebliche materielle Entbehrung

Wie in Info 6 erwähnt liegt materielle Entbehrung vor, wenn mindestens drei der neun Einzelkriterien zutreffen. Von materieller Entbehrung waren danach 7,8 % der Bevölkerung betroffen. Erhebliche materielle Entbehrung (mindestens vier von neun Kriterien) traf auf 3,1 % zu. Der Anteil der von erheblicher materieller Entbehrung betroffenen Bevölkerung schwankt im Zeitverlauf. Im Jahr 2008 lag er bei 5,5 %, wies aber bereits in den Jahren 2010 (4,5 %) und 2012 (4,9 %) Werte von unter 5 % auf. Seit 2013 ging der Wert dann von 5,4 % kontinuierlich bis auf 3,1 % im Jahr 2018 zurück (siehe Abbildung 1).

Der enge Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen eines Haushalts und der Teilhabe am allgemeinen Lebensstandard wird deutlich, wenn die Einkommenssituation der Personen und das Vorhandensein von erheblicher materieller Entbehrung gemeinsam betrachtet werden. Hierfür wurde das Nettoäquivalenzeinkommen der Personen der Höhe nach angeordnet und die Bevölkerung schließlich in fünf gleich große Teile (Quintile; siehe Info 4) unterteilt. Danach waren im Jahr 2018 bei den einkommensärmsten 20 % der Bevölkerung (erstes Quintil) 11,3 % von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. In der nächsthöheren Einkommensschicht (zweites Quintil) traf dies für 2,7 % zu. In den Einkommensschichten des dritten, vierten und fünften Quintils kam erhebliche materielle Entbehrung kaum vor. ▶ Abb 2

6.2.4 Armut oder soziale Ausgrenzung: der AROPE-Indikator

Das Merkmal der Erwerbsintensität spielt – wie bereits erwähnt – eine wichtige Rolle bei der Messung der Armutsgefährdungsquote. Personen aus Haushalten mit einer sehr geringen Erwerbsintensität weisen auch ein überdurchschnittlich hohes Armutsgefährdungsrisiko auf (2018: 68,5 %). Im Jahr 2018 lebten 8,1 % der Bevölkerung in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsintensität. Dieser Anteil ist trotz geringfügiger Schwankungen seit

▶ Info 7

AROPE-Indikator

Die zentrale statistische Kennziffer für die Messung von Armutsgefährdung oder sozialer Ausgrenzung ist der AROPE-Indikator (At Risk Of Poverty or social Exclusion). Es handelt sich dabei um einen zusammengesetzten Indikator, in dem neben den Aspekten Armutsgefährdung und materielle Entbehrung zusätzlich die gemessene Erwerbsintensität im Haushalt berücksichtigt wird. Personen aus Haushalten mit einer sehr geringen Erwerbsintensität weisen auch ein überdurchschnittlich hohes Armutsgefährdungsrisiko auf. Insofern wird hier angenommen, dass Haushalte mit einer sehr geringen Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder – ob freiwillig oder unfreiwillig (zum Beispiel aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Krankheit) – sich in einer eher prekären Lebenslage befinden. Damit sind sie eher von sozialer Ausgrenzung bedroht als Haushalte mit einer hohen Erwerbsbeteiligung. Rentnerhaushalte, für die eine Erwerbsbeteiligung in der Regel nicht mehr relevant ist, bleiben hier unberücksichtigt.

Für den AROPE-Indikator werden alle Personen gezählt, für die mindestens eine der drei folgenden Bedingungen zutrifft:

- Das Einkommen der Person liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze.
- Die Person lebt in einem Haushalt, auf den erhebliche materielle Entbehrung zutrifft.
- Die Person lebt in einem Haushalt mit einer sehr geringen Erwerbsbeteiligung (unter 20 %) der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder.

Trifft mindestens einer dieser drei Aspekte auf eine Person zu, so gilt diese Person als »armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht«.

2008 (11,7 %; siehe Abbildung 1) stetig leicht zurückgegangen.

Basierend auf den bisher vorgestellten beiden Sozialindikatoren zur Armutsgefährdung und zur erheblichen materiellen Entbehrung wurde unter Einbeziehung des Merkmals der sehr niedrigen Erwerbsintensität ein weiterer Indikator für die Sozialberichterstattung gebildet: der AROPE-Indikator (At Risk Of Poverty or social Exclusion). Er gilt heute als die zentrale statistische Kennziffer für die Messung von Armutsgefährdung oder sozialer Ausgrenzung. ▶ Info 7

► **Tab 4 AROPE-Indikator und seine Teilaspekte – in Prozent der Bevölkerung**

	2008	2016	2017	2018
Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen (AROPE-Indikator)	20,1	19,7	19,0	18,7
↳ Anteil der Personen mit Armutsgefährdung	15,2	16,5	16,1	16,0
↳ Anteil der Personen mit erheblicher materieller Entbehrung ¹	5,5	3,7	3,4	3,1
↳ Anteil der Personen aus Haushalten mit sehr geringer Erwerbsintensität	11,7	9,6	8,7	8,1

AROPE = At Risk Of Poverty or social Exclusion.
 1 Selbsteinschätzung der Haushalte.

► **Tab 5 Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung (AROPE-Indikator) nach Einkommensquintilen – in Prozent**

	2008	2016	2017	2018
Personen des ...				
... 1. Quintils	81,3	84,6	83,6	81,7
... 2. Quintils	9,8	10,1	6,5	8,0
... 3. Quintils	5,1	2,6	2,5	2,9
... 4. Quintils	2,7	1,1	1,4	1,1
... 5. Quintils	1,6	1,0	1,0	1,1

AROPE = At Risk Of Poverty or social Exclusion.

Auf der Grundlage des AROPE-Indikators waren im Jahr 2018 in Deutschland 18,7% armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht. Bei den einkommensärmsten 20% (erstes Quintil) der Bevölkerung traf dies für die deutliche Mehrheit zu: Hier waren 81,7% der Personen armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht. Im zweiten Quintil – also der nächsthöheren Einkommensschicht – waren dagegen nur noch 8,0% der Personen armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht. In den höheren Einkommensschichten war der Anteil wesentlich geringer und verdeutlicht damit den engen Zusammenhang zwischen Einkommenslage, Erwerbssituation und materieller Entbehrung. ► [Tab 4](#), [Tab 5](#)

Im Zeitverlauf ist der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung leichten Schwankungen unterworfen. Während er im Jahr 2008 bei 20,1% lag, wies er in den Jahren 2010 bis 2012 Werte leicht unter 20% auf. Nach einem Anstieg bis auf 20,6% im Jahr 2014 liegen die Werte seit 2016 wieder unter der 20-Prozent-Marke. Das Jahr 2018 wies mit 18,7% den niedrigsten Wert seit 2008 auf (siehe Abbildung 1).

6.3 Einkommensentwicklung – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik

Jan Goebel, Peter Krause
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

WZB/SOEP

Die Einkommen privater Haushalte bilden die zentralen Ressourcen der Bevölkerung für die Sicherung des individuellen Lebensstandards und haben auch direkten Einfluss auf die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität. Die Verteilung der Einkommen in einer Gesellschaft gibt somit darüber Auskunft, ob und inwieweit einzelne Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen oder von einem Ausschluss gefährdet sind. Bei langjähriger Betrachtung sind wie in den vergangenen Jahren weiterhin Einkommenszugewinne in allen Einkommensgruppen zu verzeichnen. Die Ungleichheit in der Verteilung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte hat sich im Jahr 2018 in Deutschland nach der langfristigen Erhöhung zwar ein wenig reduziert, der Abstand zwischen Armen und Reichen blieb aber weiterhin hoch.

In diesem Kapitel werden mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) die langjährigen Einkommensentwicklungen in Deutschland für den Zeitraum 1995 bis 2018 beschrieben. Bei der Berechnung der Jahreseinkommen werden hier – soweit nicht anders ausgewiesen – nur rein monetäre Einkünfte betrachtet; Einkommensvorteile durch selbstgenutztes Wohneigentum (imputed rent) bleiben hierbei ebenso unberücksichtigt wie Unterhaltsleistungen und Ähnliches. Neben der allgemeinen Einkommensentwicklung wird dabei auch der Verlauf der Angleichung der Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie die Verteilung der Einkommen von Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund dokumentiert. Die Einkommensungleichheit und die Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Einkommensarmut geben darüber hinaus Auskunft über die relative Schichtung der Einkommen sowie über die Polarisierung zwischen Arm und Reich. Das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland, die hier ebenfalls im zeitlichen Verlauf dargestellt werden, gibt Hinweise auf die Chancen von Einkom-

mensaufstiegen und Risiken von Einkommensverlusten und beschreibt so auch die Durchlässigkeit und Offenheit der Einkommensschichtung. ▶ Info 1

6.3.1 Einkommensentwicklung und -verteilung

Die verfügbaren durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (Median) der privaten Haushalte sind nach den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) in Deutschland nominal von monatlich 901 Euro im Jahr 1992 auf 1 733 Euro im Jahr 2018 gestiegen, real (zu Preisen von 2018) haben sich die Monatseinkommen im selben Zeitraum von 1 349 auf 1 733 Euro erhöht. Die entsprechenden Vorjahreseinkommen lagen nominal im Jahr 2018 bei 22 050 Euro und real – zu den an das Einkommensjahr angepassten Preisen von 2018 – bei 22 431 Euro. Den nachfolgenden Berechnungen liegen Realeinkommen zu Preisen von 2018 auf Basis der vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Lebenshaltungskosten (nach dem Wägungsschema von 2010) zugrunde.

Während die Nominaleinkommen durchgehend stiegen, zeigten sich bei den Realeinkommen seit Beginn der 1990er-Jahre längere Phasen mit einem eher geringen Einkommenswachstum bei deutlichen konjunkturellen Schwankungen. Nach dem mit der deutschen Vereinigung eingetretenen Boom und den zunächst hohen Einkommenszuwächsen in Ostdeutschland erhöhten sich die Einkommen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre nur wenig. Zur Jahrtausendwende erfolgte erneut ein Einkommensanstieg, gefolgt von einer längeren Phase wirtschaftlicher Rezession mit zum Teil sogar rückläufigen Einkommensentwicklungen. Die Darstellung der (realen) Einkommensentwicklung wies zwischen 2010 und 2015 mehrere methodische Anpassungen auf (Zensusbruch, stufenweise Anpassung der Hochrechnungsrahmen an detailliertere Informationen zum Migrationshintergrund), sodass die dargestellte Zunahme der Einkommen in diesem Zeitraum eher geringer ist als die

► Info 1

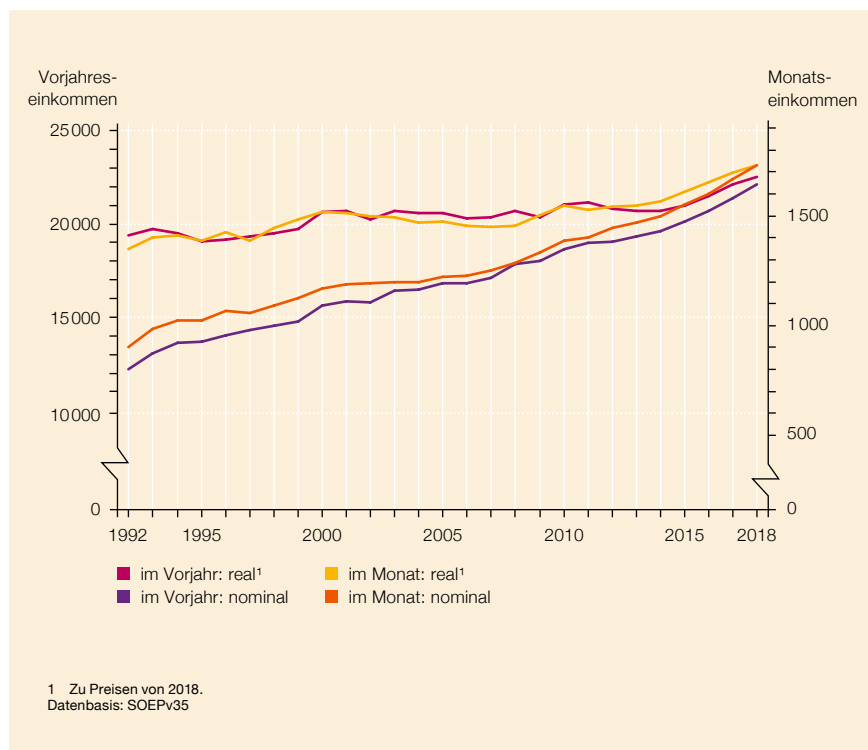
Daten und Methoden

Die Einkommen werden im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers. Zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuell im Haushalt befragten Personen erhoben. Diese individuellen Einkommenskomponenten werden über den Haushalt aufsummiert und liefern so, mithilfe einer Schätzung der Steuer- und Sozialabgaben, die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (zum Beispiel 13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen implizit berücksichtigt.

Die erhobenen Monateinkommen bilden die zum Interviewmonat aktuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen für alle zu diesem Zeitpunkt im Haushalt lebenden Personen ab. Die Jahreseinkommen beschreiben demgegenüber die von jeder aktuell im Haushalt lebenden Person im Vorjahr erzielten Markt- und Nettoeinkünfte. Beide Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich des zeitlichen Bezugsrahmens, sondern auch in ihrer Konzeption. Im Kapitel werden deshalb Daten zu beiden Konzepten präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen entsprechend dem inzwischen EU-weit standardisierten Vorgehen unter Verwendung der neuen (revidierten) OECD-Skala in sogenannte »Äquivalenzeinkommen« (siehe Kapitel 2.1, Seite 59, Info 6) – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet. Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Einkommen wurden für Ost und West bis 1997 jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst. Die Berechnung der Armutsgrenzen erfolgt auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Realeinkommen zu Preisen von 2018. Die Analysen beziehen sich auf Personen und repräsentieren – soweit nicht anders ausgewiesen – die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt. Bei der Darstellung der Einkommensintegration von Schutzsuchenden (Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Geflüchtete) werden zudem auch Personen in Gemeinschaftsunterkünften berücksichtigt.

► Abb 1 Entwicklung der Äquivalenzeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland 1992–2018 (Median) — in Euro



tatsächliche. Von 2014 bis 2018 stiegen die Einkommen weiter an. ► Abb 1

Die Betrachtung von mittleren Einkommenswerten sagt allerdings noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Allgemeine Indikatoren zur Beschreibung der Einkommensungleichheit sind die Anteile am Gesamteinkommen nach Einkommensschichten und deren Verhältnisse (Quintilsverhältnisse, Palma-Ratio), die Verhältnisse von Einkommensschwellen sowie zusammenfassende Ungleichheitsmaße wie der Gini-Koeffizient. Hier zeigt sich, dass die ärmsten 20 % der Bevölkerung (das unterste Quintil) bis zum Jahr 2000 über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügten. Nach dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils bis 2016 stetig zurück und lag seitdem bei unter 9 %. Die reichsten 20 % (das oberste Quintil) hatten demgegenüber bis 2000 etwa 35 % des monatlichen Gesamteinkommens zur Verfügung; ab Beginn der 2000er-Jahre bis zu den Jahren 2005 bis 2009 stieg der Anteil allmählich auf fast 37 % an; für das Jahr 2018 lag der Wert weiterhin bei 36,3 %. Der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößerte sich damit im langjährigen Verlauf und stagnierte seit 2010.

Dies geht auch aus dem Gini-Koeffizienten, einem zusammenfassenden Ungleichheitsmaß (siehe Kapitel 6.2, Seite 223, Info 4), hervor: Dieser stieg bezogen auf die monatlich verfügbaren Einkommen von einem mittleren Wert von 0,24 in den Jahren 1995 bis 1999 auf 0,27 in den Jahren 2005 bis 2009, erreichte mit 0,28 im Jahr 2016 einen Hochpunkt und zeigte bis zum Jahr 2018 einen leichten Rückgang auf 0,27. Die vorjahresbezogenen Einkommen der privaten Haushalte sind im Allgemeinen etwas ungleicher verteilt als die enger gefassten monatlichen, da sie auch unregelmäßige Einkünfte oder unterjährige Sonderzahlungen wie Boni beinhalten. Die Ungleichheit der verfügbaren Vorjahreseinkommen stieg von einem mittleren Wert von 0,25 in den Jahren 1995 bis 1999 auf

► **Tab 1** Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland 1995–2018

	Perioden					Jahre		
	1995–1999	2000–2004	2005–2009	2010–2014	2015–2018	2016	2017	2018
Mittelwert (mean) des Äquivalenzeinkommens (real, zu Preisen von 2018, in Euro)								
im Monat	1 588	1 678	1 671	1 755	1 871	1 855	1 877	1 925
im Vorjahr	21 605	23 036	23 435	23 900	24 792	24 475	25 253	25 437
Änderungsrate (in %)¹								
im Monat	.	5,7	–0,4	5,0	6,6	.	1,2	2,6
im Vorjahr	.	6,6	1,7	2,0	3,7	.	3,2	0,7
Median des Äquivalenzeinkommens (real zu Preisen von 2018, in Euro)								
im Monat	1 426	1 500	1 469	1 547	1 667	1 653	1 696	1 733
im Vorjahr	19 335	20 527	20 401	20 828	21 746	21 458	22 046	22 431
Änderungsrate (in %)¹								
im Monat	.	5,2	–2,1	5,3	7,8	.	2,6	2,2
im Vorjahr	.	6,2	–0,6	2,1	4,4	.	2,7	1,7
Einkommensanteile (Äquivalenzeinkommen im Monat)								
der reichsten 10 %	20,9	21,6	22,5	22,3	22,1	22,2	22,1	21,9
der reichsten 20 %	34,8	35,6	36,7	36,7	36,6	36,7	36,6	36,3
der ärmsten 40 %	24,7	24,1	23,3	23,0	22,6	22,6	22,6	22,7
der ärmsten 20 %	9,9	9,7	9,3	9,2	8,8	8,8	8,8	8,8
Einkommensungleichheit (Äquivalenzeinkommen im Monat)								
Gini-Koeffizient	0,24	0,26	0,27	0,27	0,28	0,28	0,27	0,27
Verhältnis der Einkommensanteile (Q5/Q1)²	3,51	3,69	3,93	4,00	4,15	4,18	4,16	4,14
Verhältnis der Dezilsschwellen (P90/P10)³	2,95	3,07	3,28	3,40	3,51	3,52	3,53	3,41
Einkommensungleichheit (Äquivalenzeinkommen im Vorjahr)								
Gini-Koeffizient	0,25	0,26	0,28	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29
Palma-Ratio⁴	0,88	0,92	1,04	1,04	1,06	1,07	1,08	1,06
Preisindizes⁵								
Westdeutschland	74,8	80,1	87,0	94,0	97,9	96,8	98,3	100,0
Ostdeutschland	74,9	80,1	87,0	94,0	97,9	96,8	98,3	100,0

1 Prozentuale Steigerung gegenüber dem in der Vorspalte angegebenen Zeitraum beziehungsweise Zeitpunkt.

2 Verhältnis der Einkommenssumme im 5. Quintil zur Einkommenssumme im 1. Quintil.

3 Die jeweilige Dezilsschwelle teilt die nach steigendem Einkommen sortierten Beobachtungen, so ist P10 derjenige Einkommenswert, bei dem 10 % der Bevölkerung unterhalb dieses Wertes liegen und 90 % darüber.

4 Verhältnis der Einkommensanteile (Reichste 10 %/Ärmste 40 %).

5 Die Preisindizes werden bis 1997 für Ost und West getrennt berechnet. Sie beziehen sich bei (Vor-)Jahresangaben jeweils auf das Einkommens(vor)jahr.

. Zahlenwert nicht ausgewiesen.

Datenbasis: SOEPv35

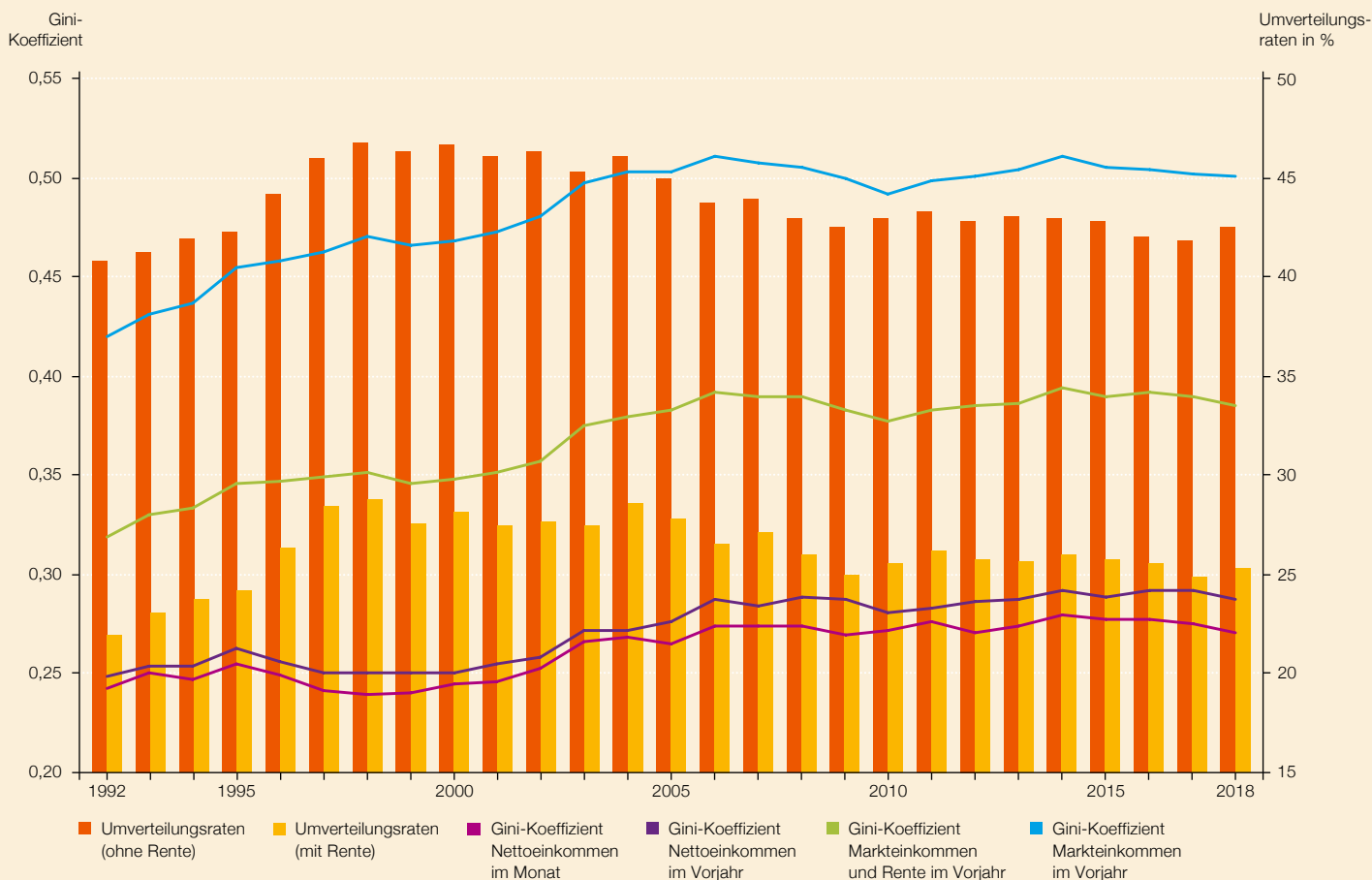
0,29 in den Jahren 2005 bis 2009 an und verharrte bis 2018 auf diesem hohen Niveau. Übereinstimmend weisen alle Ungleichheitsindizes nach einem Anstieg gegenüber den zurückliegenden Dekaden bis zu den Jahren 2016 bis 2017 einen stagnierenden Verlauf auf. Im Jahr 2018 waren die Ungleichheitsziffern übereinstimmend gegenüber dem Vorjahr seit 1995 erstmals wieder eher rückläufig. ► [Tab 1](#)

Anhand des jahresbezogenen Einkommenskonzeptes lassen sich zudem

Ungleichheitsziffern für die zugrunde liegenden Markteinkommen (brutto) berechnen. Diese werden in den privaten Haushalten vor Eingriff des Staates erzielt, also ohne Berücksichtigung von direkten Steuern und Sozialtransfers. Hieran wird deutlich, dass die Ungleichheit der in den privaten Haushalten jeweils erwirtschafteten Markteinkommen (mit und ohne Renten) noch erheblich stärker gestiegen ist als bei den daraus hervorgehenden Haushaltsnettoeinkom-

men: Der Gini-Koeffizient der in den privaten Haushalten erzielten Markteinkommen hat sich seit der deutschen Vereinigung bis 2006 stetig erhöht und verharrte seitdem auf hohem Niveau. Diese erhebliche Zunahme an Ungleichheit der überwiegend aus Erwerbstätigkeit erzielten Markteinkommen trug bis 2005 maßgeblich zu einer zunehmend größeren Ungleichheit der daraus abgeleiteten Nettoeinkommen der privaten Haushalte bei. ► [Abb 2](#)

► **Abb 2** Entwicklung der Einkommensungleichheit bei Haushaltsnetto- und markteinkommen (Gini) und der Umverteilungsraten 1992–2018



1 Umverteilungsraten in %: $(\text{Gini Markteinkommen} - \text{Gini Haushaltsnettoeinkommen}) / \text{Gini Markteinkommen}$.
Datenbasis: SOEPv35

Die Ungleichheit der haushaltsbezogenen Markt- und Nettoeinkommen wird von den Entwicklungen am Arbeitsmarkt, von soziodemografischen Veränderungen sowie von Maßnahmen im Bereich der sozialstaatlichen Sicherung bestimmt. Die relative Differenz der beiden Ungleichheitskoeffizienten (Ungleichheit des Brutto- und Nettohaushaltseinkommens) illustriert, inwieweit sozialstaatliche Eingriffe in Form von direkten Steuern und Transfers die Ungleichheit reduzieren. Im Zuge der deutschen Vereinigung stieg der Einfluss der sozialstaatlichen Umvertei-

lung in den 1990er-Jahren stark an. Die durch staatliche Maßnahmen erfolgte Reduzierung an Ungleichheit verringerte sich seit 2006 wieder etwas. Sie lag auch nach Einschluss der Rentenleistungen zuletzt wieder auf dem Niveau der mittleren 1990er-Jahre.

6.3.2 Einkommenschichtung und relative Armut

Die Zunahme der Ungleichheit geht mit einer Veränderung der Einkommenschichtung einher. Bei der Schichtung der Bevölkerung nach Einkommen wer-

den verschiedene Einkommensklassen in prozentualer Relation zu einem Referenzwert, hier dem mittleren Wert der Einkommensverteilung (Median), betrachtet. Die beiden untersten Einkommenschichten mit weniger als 60 beziehungsweise 50 % der mittleren bedarfsgewichteten Medianeinkommen leben in relativer Einkommensarmut (unter 60 % des Medianeinkommens) oder strenger Einkommensarmut (unter 50 % des Medianeinkommens). Die höchsten Einkommensklassen – ab dem Doppelten der mittleren bedarfsgewichteten Einkommen (also ab

► **Tab 2 Einkommensschichtung und Einkommensarmut 1995–2018 – in Prozent**

	Perioden					Jahre		
	1995–1999	2000–2004	2005–2009	2010–2014	2015–2018	2016	2017	2018
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)								
Bevölkerungsanteile nach Einkommensschichten (Median = 100 %)								
≥ 300 %	1,0	1,3	1,7	1,6	1,3	1,4	1,2	1,2
200 bis < 300 %	4,5	5,0	5,8	5,8	5,3	5,8	4,5	5,2
150 bis < 200 %	10,8	10,8	11,6	11,5	12,4	12,2	12,1	11,9
125 bis < 150 %	12,6	12,6	11,8	12,6	12,6	13,3	12,3	12,3
100 bis < 125 %	21,8	21,4	19,7	19,1	18,8	18,6	20,1	19,4
75 bis < 100 %	26,3	25,4	24,5	22,4	22,3	22,0	20,7	23,5
60 bis < 75 %	12,1	11,8	12,2	12,9	11,2	11,1	11,8	10,5
50 bis < 60 %	5,3	6,0	6,2	6,9	7,5	7,4	7,8	7,3
< 50 %	5,5	5,8	6,5	7,1	8,6	8,3	9,5	8,7
Armutsschwelle: 60 % des Medians								
FGT(0) (Armutsquote)	10,7	11,7	12,7	14,1	16,0	15,6	17,3	15,8
FGT(1) (Armuts­lücke)	2,2	2,5	2,8	3,0	3,6	3,6	3,7	3,6
FGT(2) (Armutsintensität)	0,7	0,9	1,0	1,0	1,3	1,3	1,3	1,3
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)								
Armutsschwelle: 60 % des Medians								
FGT(0) (Armutsquote)	11,1	12,0	13,9	14,4	15,4	15,8	15,7	15,1
FGT(1) (Armuts­lücke)	2,7	2,9	3,3	3,3	4,0	4,1	4,0	4,0
FGT(2) (Armutsintensität) ¹	1,1	1,2	1,3	1,3	1,6	1,7	1,6	1,7

Datenbasis: SOEPv35

200 % des Medianeinkommens) – kennzeichnen den Bevölkerungsanteil mit ausgeprägtem materiellem Wohlstand. Anhand der relativen Einkommensschichtung lassen sich die bei der Einkommensungleichheit beschriebenen Trends differenzierter abbilden. Es lässt sich ablesen, inwieweit alle Bevölkerungsteile in gleicher Weise an der Wohlstandsentwicklung des Landes teilhaben. Die Bevölkerungsanteile am unteren Rand der Einkommensverteilung erhöhten sich in den letzten Dekaden kontinuierlich. Auch die Bevölkerungsanteile am oberen Rand erhöhten sich bis 2009, sind aber seit 2016 wieder leicht gesunken. Entsprechend gingen die Anteile in den dazwischenliegenden mittleren Einkommensschichten insgesamt zurück. Der Rückgang der mittleren Einkommensgruppen erfolgte aber nicht linear für alle Teilgruppen gleichermaßen.

Der hier verwendete Armutsbegriff beruht auf dem sogenannten relativen

Armutskonzept und orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Gemäß den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten gilt demnach als arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt. Genau genommen wird ab dieser Schwelle von einem deutlich erhöhten Armutsrisiko gesprochen, da das Einkommen nur einen indirekten Indikator für Armut darstellt. Deshalb wird im EU-Kontext eher der Begriff »Armutsrisikoquote« genutzt; in diesem Kapitel werden die Begriffe »Armutsquote« und »Armutsrisikoquote« synonym verwendet.

Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand des sogenannten FGT-Maßes (nach den Autoren Foster, Greer und Thorbecke) weiter differenziert: Neben der Armutsquote FGT(0), die den Umfang der Armuts-

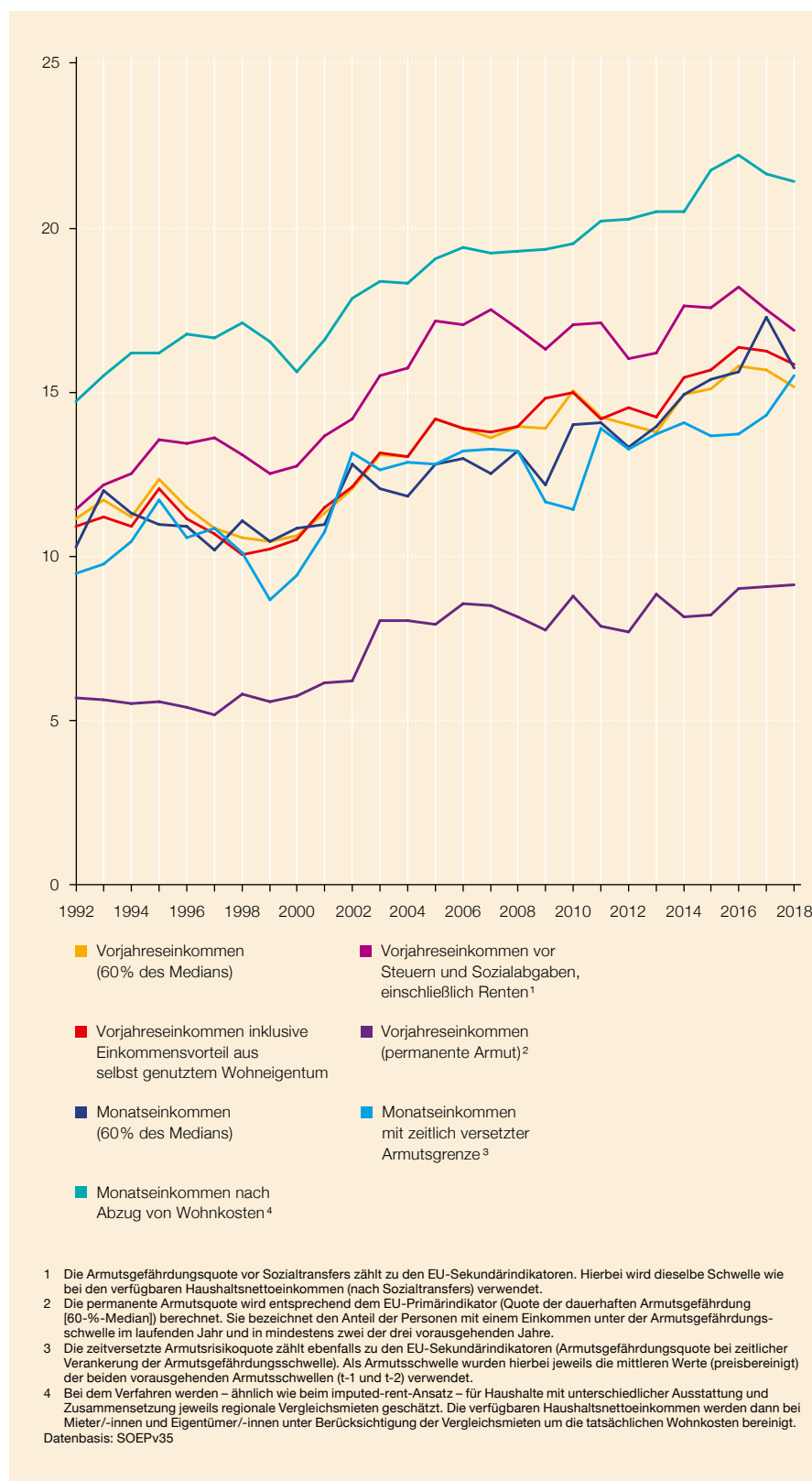
population in Prozent ausweist, werden dabei auch die Armutsintensität und die Armutsungleichheit berücksichtigt. Die Kennziffer FGT(1) entspricht der Armuts­lücke, das heißt dem relativen Einkommensbetrag (in Prozent des Schwellenwerts), der erforderlich wäre, um die Armuts­grenze zu überwinden. Die erweiterte Armutsintensität FGT(2) berücksichtigt zudem die Ungleichheit innerhalb der Armuts­population und gewichtet Personen innerhalb der Armuts­population stärker, je weiter sie von der Armuts­grenze entfernt sind; besonders niedrige Einkommen fallen also stärker ins Gewicht als Einkommen, die knapp unter der 60-Prozent-Schwelle liegen. ► [Tab 2](#)

Im Jahr 2018 lebten auf Grundlage der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 15,8 % der gesamtdeutschen Bevölkerung in relativer Einkommensarmut und bei Verwendung entsprechender Vorjahreseinkommen 15,1 %. Damit sank

die Armutsrisikoquote im Vergleich zum Vorjahr (17,3 % bei Monats- und 15,7 % bei Vorjahreseinkommen) seit 2017 jeweils. Die Armutslücke FGT(1) betrug 3,6 % gemessen am Monatseinkommen und 4,0 % bei Zugrundelegen des Jahreseinkommens. Das heißt, im Durchschnitt wäre eine zusätzliche Steigerung der Äquivalenzeinkommen um etwa 4 % erforderlich gewesen, um die Armutsschwelle zu überwinden. Ungeachtet des rückläufigen Armutsrisikos im Jahr 2018 belegt die längerfristige Entwicklung eine deutliche Zunahme des Armutsrisikos gegenüber den zurückliegenden Dekaden. Übereinstimmend weisen Monats- und Jahreseinkommen auch bei Betrachtung der Armutslücke FGT(1) und der erweiterten Armutsintensität FGT(2) innerhalb der letzten 20 Jahre eine deutliche Erhöhung auf.

Alternative Armutsmessungen – zum Beispiel auf Basis der monatlichen Einkommen nach Abzug von Wohnkosten oder auf Basis der Vorjahreseinkommen vor Steuern und Sozialabgaben oder mit Einkommenszuschlag für selbst genutztes Wohneigentum – wiesen von 2012 bis 2016 mäßige bis deutliche Anstiege auf. Seit 2016 stagnieren diese Indikatoren auf hohem Niveau oder waren leicht rückläufig, blieben aber über dem Niveau von 2012. Ein weiterer Indikator ist die zeitversetzte Armutsrisikoquote, bei der als Armutsschwelle die mittleren Werte der beiden vorausgehenden Armutsschwellen verwendet wurden. Diese zeitversetzten Armutsrisikoquoten stiegen seit 2016 an. Die zuletzt eher stagnierenden Armutsziffern gingen demzufolge einher mit höheren Anteilen an Personen, die auch bereits zurückliegende Armutsschwellen schon nicht mehr erreichten. Der ebenfalls zu beobachtende (leichte) Anstieg an permanenter Armut deutet zudem darauf hin, dass derzeit – ungeachtet der zuletzt stagnierenden und in Teilen sogar eher rückläufigen Armutsziffern – noch keine Anzeichen für eine grundlegende Umkehrung des langfristigen Trends anhaltend hoher Armutsrisiken zu erkennen sind. ▶ Abb 3

▶ Abb 3 Entwicklung der Bevölkerungsanteile in Armut nach unterschiedlichen Indikatoren 1992–2018 – in Prozent



► **Abb 4** Entwicklung der monatlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (real) in West- und Ostdeutschland 1990–2018 – in Euro



Zu Preisen von 2018.
Datenbasis: SOEPv35

6.3.3 Angleichung der Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland

Bei der differenzierten Betrachtung der gesamtdeutschen Einkommensverteilung sind weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten. Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen Ost und West lässt sich anschaulich anhand der Entwicklung der verschiedenen Einkommensschwelle der verfügbaren Haushaltseinkommen dokumentieren. Die jährlichen Angaben werden dazu bis 2014 in Perioden zusammengefasst, für den jüngsten Zeitraum 2015 bis 2018 werden die Jahre einzeln ausgewiesen. Bei dieser Darstellung werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die mittlere Linie der Blöcke in Abbil-

dung 4 stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwellenwert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- beziehungsweise überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwelle wieder, die zusammen die mittleren 50 % der Einkommen in der Bevölkerung umfassen. Die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die sogenannten Dezilschwelle, die die jeweils reichsten beziehungsweise ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen. Sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst, und kennzeichnen so auch das Ausmaß an Einkommensungleichheit. ► **Abb 4**

Die Einkommen in Ostdeutschland lagen in allen Jahren bei allen Einkommensniveaus unter den vergleichbaren Schwellen in Westdeutschland. Im Zeitverlauf glich sich die Verteilung der Realinkommen in Ostdeutschland bei allen Einkommensgruppen schrittweise an die Entwicklung der Westeinkommen an. Die unteren Einkommensgruppen (10-Prozent-Schwelle und 25-Prozent-Schwelle) schlossen unmittelbar nach der deutschen Vereinigung zunächst sehr schnell zu den höheren Westschwellen auf. Im Zuge der wirtschaftlichen Rezessionsphasen nach dem Jahrtausendwechsel vergrößerten sich die Ost-West-Abstände hier aber bis zu den Jahren 2005 bis 2009 zwischenzeitlich wieder und lagen in den Jahren 2010 bis 2014 wiederum bei etwa 87 bis 88 %; im Jahr 2018 lagen die Abstände noch bei 86 beziehungsweise 85 %. Die mittleren und höheren Einkommen (50-Prozent-Schwelle und 75-Prozent-Schwelle) näherten sich langsamer an die höheren Westeinkommen an: In den Jahren 2010 bis 2014 erzielten sie 86 beziehungsweise 82 % der jeweiligen Westeinkommen, im Jahr 2018 betrug die entsprechenden Werte weiterhin 85 beziehungsweise 83 %. Bei den Topeinkommen (90-Prozent-Schwelle) erhöhte sich die Einkommensrelation von 65 % in den Jahren 1990 bis 1994 kontinuierlich auf 82 % im Jahr 2017 und wies lediglich im Jahr 2018 einen ersten Rückgang auf (79 %). Stellt man weiterhin bestehende Kaufkraftvorteile in Ostdeutschland (im Umfang von etwa 8 %) in Rechnung, so verringern sich bei fast allen Einkommensgruppen die Einkommensdiskrepanzen auf weniger als 10 %. Von 2015 bis 2018 sind die Einkommensrelationen sowohl bei den Topeinkommen wie auch bei allen unteren und mittleren Einkommen etwas zurückgegangen – lediglich bei den höheren Einkommen (75-Prozent-Schwelle) blieben die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West erhalten – Ostdeutsche waren weiterhin stärker von Niedrigeinkommen und Einkommensarmut betroffen.

16

Prozent im Durchschnitt betrug die Armutsquote in der Gesamtbevölkerung 2015 bis 2018 in Deutschland. Mit rund 22 Prozent lag die Armutsquote in Ostdeutschland in diesen Jahren deutlich über dem gesamtdeutschen Wert. In strukturschwachen Regionen lag sie im Durchschnitt bei fast 21 Prozent.



In Westdeutschland erhöhten sich die Abstände zwischen unteren und höheren Einkommen über einen langen Zeitraum stufenweise bis 2015. In Ostdeutschland waren die Einkommen von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Die Ungleichheit der Osteinkommen erhöhte sich langfristig aber deutlich und glich sich zunehmend dem westdeutschen Niveau an. Die Dezil-Ratios – die Verhältnisse der Einkommensschwelen zur Abgrenzung der reichsten 10% zu den ärmsten 10% der Bevölkerung – überschritten in den Jahren 2005 bis 2009 bereits das Westniveau zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung. Die hier betrachteten Haushaltsnettoeinkommen sind in Ostdeutschland infolge der stärkeren sozialstaatlichen Umverteilung auch weiterhin noch weniger ungleich verteilt, die Ungleichheit der zugrunde liegenden Haushaltseinkommen war bereits seit Mitte der 1990er-Jahre höher als in Westdeutschland.

Bei einer regional differenzierteren Betrachtung treten auch innerhalb Westdeutschlands Unterschiede zutage. Insbesondere bei den Stadtstaaten waren erhöhte Einkommensrisiken mit gestiegenen Armutsquoten zu beobachten. Dazu wurden die westlichen Bundesländer nach Nord (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) und Süd (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland) unterteilt und die Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg) als eigene Kategorie erfasst. Die regionale Differenzierung auf der

Ebene der Bundesländer zeigt zwar weitere Variationen in der Einkommensverteilung und im Armutsrisiko. Es wird aber deutlich, dass in Ostdeutschland das Einkommensniveau und die Einkommensungleichheit niedriger und das Armutsrisiko der Bevölkerung wesentlich höher waren als in den meisten westdeutschen Regionen – wobei sich die Armutsrisiken innerhalb Ostdeutschlands zwischen Stadt und Land in den Jahren 2015 bis 2018 kaum unterschieden (siehe Tabelle 4a, Seite 238).

6.3.4 Einkommensunterschiede bei Personen mit Migrationshintergrund

Die Bevölkerung mit direktem (selbst eingewandert) oder indirektem (Eltern eingewandert) Migrationshintergrund variiert sehr stark hinsichtlich der Herkunftsländer und dem jeweiligen Ausbildungsgrad (siehe Kapitel 8.3, Seite 286). Entsprechend breit streuen auch die Einkommen. Im Jahr 2018 wiesen 75,6% der Menschen in Deutschland keinen Migrationshintergrund auf (2016: 76,6%), knapp 10% wiesen einen indirekten Migrationshintergrund auf – diese Personen sind also in Deutschland geboren; gut 10% sind bereits vor mehr als fünf Jahren nach Deutschland zugewandert, weitere 1,2% innerhalb der vergangenen fünf Jahre. Der Bevölkerungsanteil an Schutzsuchenden (Asylsuchende und Geflüchtete), die seit mehr als fünf Jahren in Deutschland leben, beträgt 1,4%; knapp

1% ist seit weniger als fünf Jahren in Deutschland und weitere 0,2% leben (noch) in Gemeinschaftsunterkünften. Die Bevölkerungsanteile haben sich von 2016 bis 2018 nur wenig verändert. Der Bevölkerungsanteil der in Deutschland ansässigen Personen mit indirektem oder direktem Migrationshintergrund ist von 2016 bis 2018 leicht gestiegen, der Bevölkerungsanteil an Schutzsuchenden in etwa gleich geblieben.

Nahezu alle Bevölkerungs- und Einkommensgruppen partizipierten an der positiven Einkommensentwicklung von 2016 bis 2018. Lediglich bei Menschen mit direktem Migrationshintergrund und kürzerer Aufenthaltsdauer (höchstens fünf Jahre) verringerten sich die unteren und mittleren Einkommen leicht. Die Einkommen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lagen im Jahr 2018 bei den mittleren Einkommensschichten 4,5 Prozentpunkte über den Vergleichswerten der Gesamtbevölkerung. Bereits länger in Deutschland lebende Personen mit direktem oder indirektem Migrationshintergrund erreichten 2018 im Mittel 85 beziehungsweise 88% der mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung. Bei Personen, die in den vergangenen fünf Jahren nach Deutschland gezogen sind, lagen die mittleren Einkommen nur bei 77% des gesamtdeutschen Vergleichswertes. Die Einkommen von Schutzsuchenden fielen noch deutlich niedriger aus; bei längerer Aufenthaltsdauer lagen sie bei 58%, bei kürzerer Aufenthaltsdauer (innerhalb der vergangenen fünf Jahre zugezogen) nur bei 38% und bei Schutzsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften nur bei 26% des gesamtdeutschen Vergleichswertes. ▶ Tab 3

6.3.5 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Die Armutsrisiken unterscheiden sich erheblich zwischen sozialen Gruppen und variieren im zeitlichen Verlauf, sowohl hinsichtlich der Armutsbetroffenheit als auch hinsichtlich des Bevölkerungsanteils spezifischer Risikogruppen. Um die Differenzierungen und Trends auch für

kleine Bevölkerungsgruppen, die von Armut betroffen sind, in robuster Weise abzubilden, werden die Armutsquoten zu den ausdifferenzierten Personengruppen über verschiedene Jahre gemittelt – dazu wird neben der letzten Periode (2015–2018) auch die eine Dekade zurückliegende Periode (2005–2009) betrachtet.

Im Folgenden wird gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen, Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Die Armutskenntziffern beziehen sich auf die Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens innerhalb der gesamten Bevölkerung. Neben der gesamtdeutschen Darstellung im zeitlichen Verlauf werden die Armutsrisiken der jeweiligen Bevölkerungsgruppen hier für die Periode 2015 bis 2018 auch in regionaler Differenzierung dargestellt. Dazu werden Bevölkerungsanteile und Armutsrisiken in Ostdeutschland jeweils separat ausgewiesen. Zudem werden die Armutsrisikoquoten in soziodemografischer Differenzierung für strukturschwache Gebiete dargestellt – also Gebiete, die nach europäischen und nationalen Kriterien als Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe

Förderungen zur Stärkung der regionalen Struktur und Wirtschaftskraft erhalten (Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« im Zeitraum 2014–2020). Die Zuweisung nach Förderregionen erfolgt jeweils einheitlich anhand der davon ganz oder teilweise betroffenen Landkreise (basierend auf dem Gebietsstand Dezember 2017) ungeachtet weiterer interner Differenzierungen (prädefinierte oder nicht prädefinierte C-Fördergebiete mit oder ohne Grenzzuschlag sowie D-Fördergebiete). Die Bevölkerung in strukturschwachen Gebieten umfasst etwa 40% der Gesamtbevölkerung und verteilt sich im gesamten Bundesgebiet insbesondere auf die Regionen Nord-West, die Stadtstaaten sowie nahezu die gesamte Region Ost (38%) – die Region Süd-West ist indes weniger betroffen. Die nachfolgend beschriebenen Armutsquoten geben die Armutsrisiken innerhalb der jeweiligen Bevölkerungsgruppen wieder. Ergänzend werden in den Tabellen zudem die Bevölkerungsanteile der jeweiligen Gruppen in der Gesamtbevölkerung, in Ostdeutschland und den strukturschwachen Gebieten ausgewiesen.

Die Armutsrisiken erhöhten sich in der Gesamtbevölkerung von knapp 13% in den Jahren 2005 bis 2009 auf 16% in den Jahren 2015 bis 2018. Die Armutsrisikoquote in Ostdeutschland lag in den Jahren 2015 bis 2018 bei 22,1% und damit deutlich über dem gesamtdeutschen Wert. Die Armutsrisikoquote in strukturschwachen Gebieten betrug in diesem Zeitraum 20,6% und lag damit ebenfalls deutlich über dem gesamtdeutschen Vergleichswert. ▶ Tab 4a

Frauen wiesen in Gesamtdeutschland in den Jahren 2015 bis 2018 geringfügig höhere Armutsrisiken auf als Männer. In Ostdeutschland wie auch in den strukturschwachen Gebieten lagen die Armutsrisiken bei den Männern etwas höher. Das Armutsrisiko von Kindern, Jugendlichen und mittleren Altersgruppen erhöhte sich im Zeitverlauf. Zudem stiegen die Armutsrisiken beim Übergang in den Ruhestand (60–69 Jahre) stark an. In Ostdeutschland wiesen alle Altersgruppen mit Ausnahme der Älteren (ab 71 Jahre) überdurchschnittliche Armutsrisiken auf, insbesondere junge Erwachsene (20–29 Jahre) sowie auch Personen im jungen Erwerbsalter (30–39 Jahre).

▶ Tab 3 Verteilung der monatlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen bei Personen mit Migrationshintergrund und Schutzsuchenden 2016 und 2018

	Bevölkerung		Einkommensschwellen (in Euro) ¹						Einkommensrelation	
	Anteil (in %)		untere Einkommen [p20]		mittlere Einkommen [Median]		obere Einkommen [p80]		Median, Gesamt = 100	
	2016	2018	2016	2018	2016	2018	2016	2018	2016	2018
Gesamtbevölkerung	100,0	100,0	1 064	1 138	1 653	1 722	2 410	2 500	100,0	100,0
ohne Migrationshintergrund ²	76,6	75,6	1 170	1 250	1 722	1 800	2 541	2 600	104,2	104,5
mit indirektem Migrationshintergrund ²	9,3	9,9	885	957	1 377	1 467	2 116	2 222	83,3	85,2
mit direktem Migrationshintergrund ² , >5 Jahre in Deutschland	10,1	10,7	964	1000	1 446	1 522	2 204	2 250	87,5	88,4
mit direktem Migrationshintergrund ² , ≤5 Jahre in Deutschland	1,4	1,2	894	867	1 377	1 333	2 214	2 222	83,3	77,4
Schutzsuchende in Privathaushalten, >5 Jahre in Deutschland	1,4	1,4	689	792	994	1 000	1 476	1 387	60,1	58,1
Schutzsuchende in Privathaushalten, ≤5 Jahre in Deutschland	0,7	0,9	417	486	553	652	738	900	33,4	37,9
Schutzsuchende in Gemeinschaftsunterkünften, seit 2015 in Deutschland	0,3	0,2	331	362	384	440	465	820	23,3	25,6

¹ Schwellenwerte zur Abgrenzung der ärmsten [p20] beziehungsweise reichsten [p80] 20% der Bevölkerung; der Median kennzeichnet die mittleren Einkommen [p50] in der Bevölkerung.

² In Privathaushalten.

Datenbasis: SOEPV35, Gewichtung unter Einschluss aller Erst-Samples, einschließlich Schutzsuchende in Gemeinschaftsunterkünften

► Tab 4a Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bevölkerungsgruppen 2005–2016, Mittelwert nach Perioden – in Prozent

Armutsschwelle: 60 % des Medians	Deutschland (gesamt)			Ostdeutschland ¹		Strukturschwacher Raum ²	
	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote		Bevölkerungs- anteil	Armutsquote	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote
		2005–2009	2015–2018				
Bevölkerung insgesamt	100,0	12,7	16,0	100,0	22,1	100,0	20,6
				17,3 der Gesamtbevölkerung		40,5 der Gesamtbevölkerung	
Geschlecht							
männlich	49,4	12,1	15,9	49,1	23,2	49,8	21,2
weiblich	50,7	13,4	16,1	50,9	21,1	50,2	20,0
Alter							
Bevölkerung ab 18 Jahren	84,3	12,4	15,3	85,0	21,8	85,2	19,6
0–9 Jahre	8,3	12,7	19,1	7,7	25,6	7,6	26,5
10–19 Jahre	9,5	17,5	21,2	8,8	23,5	9,0	26,3
20–29 Jahre	11,5	19,2	24,4	10,3	35,8	11,8	31,7
30–39 Jahre	12,8	10,0	15,0	13,7	25,4	12,9	22,1
40–49 Jahre	13,3	12,0	12,7	12,1	16,2	12,7	17,2
50–59 Jahre	16,3	12,5	12,8	17,0	20,7	16,6	17,2
60–69 Jahre	12,4	9,4	16,1	14,6	26,0	13,6	20,5
70–79 Jahre	10,7	10,1	11,4	9,9	9,6	10,3	9,6
ab 80 Jahren	5,4	10,3	13,2	5,9	11,4	5,5	14,3
Migrationshintergrund							
ohne Migrationshintergrund	76,9	11,0	12,4	92,8	20,7	83,5	17,2
direkter Migrationshintergrund	13,6	21,8	29,2	4,2	45,7	9,6	38,2
indirekter Migrationshintergrund	9,5	18,2	26,1	3,0	33,1	6,8	36,9
Region³							
Region Nord-West	42,7	11,6	16,4	X	X	43,3	18,8
Region Süd-West	34,4	10,7	11,9	X	X	5,7	15,9
Stadtstaaten	7,4	13,1	20,3	10,1	24,1	12,7	24,8
Region Ost	15,5	19,8	21,9	89,9	21,9	38,3	21,9
Regionstyp							
städtisch	68,7	11,5	15,4	36,9	21,3	56,0	20,8
ländlich	31,3	15,4	17,5	63,2	22,6	44,0	20,3
Gemeindegrößenklasse							
< 2 000 Einwohner/-innen	5,2	14,7	13,8	8,1	20,1	6,3	17,0
2 000 bis < 20 000 Einwohner/-innen	34,3	12,0	14,0	37,3	21,5	29,6	18,4
20 000 bis < 100 000 Einwohner /-innen	27,7	12,6	15,9	26,4	23,7	23,1	22,0
100 000 bis < 500 000 Einwohner /-innen	15,5	14,2	19,4	10,6	25,1	20,8	21,9
> 500 000 Einwohner/-innen	17,3	12,1	17,8	17,5	20,1	20,2	21,9
Mieterstatus							
Eigentümerhaushalt	49,3	6,7	7,0	40,7	10,6	44,3	9,0
Mieterhaushalt	50,7	18,2	24,8	59,3	30,0	55,7	29,8

Haushaltsnettoeinkommen im Monat, äquivalenzgewichtet.

¹ Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost.² Die Abgrenzung orientiert sich an den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« im Zeitraum 2014–2020. Die Zuweisung nach Förderregionen erfolgt jeweils einheitlich anhand der davon ganz oder teilweise betroffenen Landkreise (basierend auf dem Gebietsstand Dezember 2017) ungeachtet weiterer interner Differenzierungen (prädefinierte oder nicht prädefinierte C-Fördergebiete mit oder ohne Grenzzuschlag sowie D-Fördergebiete).³ Nord-West: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein; Süd-West: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland; Stadtstaaten: Berlin, Bremen, Hamburg; Ost: Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern.

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

Datenbasis: SOEPv35

Zudem waren Ältere in Ostdeutschland beim Übergang in den Ruhestand (60–69 Jahre) weit überdurchschnittlichen Armutsrisiken ausgesetzt. Die ältere ostdeutsche Rentnergeneration profitierte dabei noch von systembedingten Unterschieden in der Arbeitsmarktteilnahme mit durchgehenden Beschäftigungsverhältnissen bei Männern und Frauen aus der Zeit vor der Vereinigung. Bei der nachwachsenden Rentnergeneration kamen hingegen bereits die Anpassungsbrüche in den Erwerbskarrieren nach der deutschen Vereinigung mit erhöhter Altersarmut zum Tragen. In strukturschwachen Gebieten waren ebenfalls insbesondere jüngere Altersgruppen sowie Personen beim Übergang in den Ruhestand stärker von Einkommensarmut betroffen.

Personen mit Migrationshintergrund waren in allen Zeitabschnitten einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Personen mit direktem Migrationshintergrund, sprich mit eigener Migrationserfahrung, wiesen darunter etwas höhere Armutsrisiken auf als Personen mit indirektem Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden. Der starke Anstieg der ausgewiesenen Armutsrisiken bei Personen mit indirektem Migrationshintergrund geht auch einher mit der genaueren methodischen Erfassung dieser Personengruppen. In Ostdeutschland war die Armutsbetroffenheit bei Migrantinnen und Migranten – insbesondere mit direktem Migrationshintergrund – höher als in Deutschland insgesamt. Allerdings ist ihr Bevölkerungsanteil hier weit geringer als in Westdeutschland. In strukturschwachen Gebieten lagen die Armutsrisiken bei Menschen mit direktem oder indirektem Migrationshintergrund in den Jahren 2015 bis 2018 ebenfalls über den (hohen) Werten in Deutschland insgesamt, bei einem etwas geringeren Bevölkerungsanteil als in der Gesamtbevölkerung, aber einem höheren als in Ostdeutschland.

Die regionale Differenzierung verdeutlicht nochmals, dass die Armutsrisiken in Ostdeutschland weiterhin höher

waren als in den anderen Landesteilen. Allerdings wiesen die Stadtstaaten zuletzt hohe Zuwächse bei den Armutsrisikquoten auf, mit deutlich überdurchschnittlichen Werten. Auch in den nordwestlichen Flächenländern stiegen die Armutsrisikquoten. Die Bundesländer im Südwesten Deutschlands wiesen weiterhin die geringsten Armutsrisiken auf. Innerhalb der Region Ost lagen die Armutsrisiken in Stadtstaaten (Berlin-Ost) etwas über dem regionalen Mittel. Die Armutsrisiken in strukturschwachen Gebieten fielen in den Stadtstaaten am höchsten aus, gefolgt von der Region Ost.

Die Armutsrisiken stiegen zuletzt insbesondere in den mittleren und größeren Städten. Ländliche Gebiete wiesen in Gesamtdeutschland (auch in Ostdeutschland) nur geringfügig höhere Armutsrisiken auf als städtische Gebiete. In strukturschwachen Regionen waren hingegen die städtischen Armutsziffern geringfügig höher. Mieterhaushalte waren erwartungsgemäß weitaus stärker von Armutsrisiken betroffen als Eigentümerhaushalte. Dies galt in gleicher Weise in Ostdeutschland wie auch in strukturschwachen Regionen.

Verheiratet Zusammenlebende waren nach wie vor am geringsten von Armut betroffen. Getrenntlebende, Ledige und Geschiedene trugen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko insbesondere in Ostdeutschland und den strukturschwachen Gebieten. Verheiratet Zusammenlebende wiesen in Ostdeutschland sowie den strukturschwachen Gebieten nur geringfügig höhere Armutsquoten auf – bei Verwitweten lagen die Armutsziffern hier jeweils sogar unter dem gesamtdeutschen Mittel. ▶ Tab 4b

Für Personen mit Hauptschulabschluss ohne beruflichen Abschluss oder mit sonstigem Bildungshintergrund erhöhten sich die Armutsrisiken im Zeitverlauf stark. Diese Personen wiesen in Deutschland insgesamt wie auch in Ostdeutschland oder den strukturschwachen Regionen jeweils eine weit überdurchschnittliche Betroffenheit von Armut auf. Die Armutsrisiken bei Absolvierenden und Absolventen von Universi-

täten und Fachhochschulen haben sich ebenfalls etwas erhöht, lagen aber erwartungsgemäß deutlich unter dem gesamtdeutschen Mittel – dies gilt auch für Ostdeutschland sowie die strukturschwachen Regionen.

Arbeitslose trugen nach wie vor ein sehr hohes Armutsrisiko, das sich im zeitlichen Verlauf (ungeachtet der zuletzt sinkenden Bevölkerungsanteile) noch weiter erhöht hat. Sie waren in den Jahren 2015 bis 2018 mit 69 % in Gesamtdeutschland, 83 % in Ostdeutschland und 77 % in den strukturschwachen Gebieten die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Armutsbetroffenheit. Auch in anderen Erwerbsgruppen, wie den Teilzeiterwerbstätigen, den in Ausbildung Befindlichen sowie den Nichterwerbstätigen, partizipierten nicht alle in gleichem Umfang an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung und die Armutsrisiken haben sich im Zeitverlauf etwas erhöht. Die Differenzierung der Armutsrisiken nach der Erwerbsbeteiligung gilt in gleicher Weise für Ostdeutschland wie auch für die strukturschwachen Gebiete.

Innerhalb der beruflichen Statusgruppen fanden sich, von den Auszubildenden sowie Volontärinnen und Volontären einmal abgesehen, die erwartungsgemäß erhöhten Armutsrisiken unterliegen, die höchsten Armutsquoten unter den un- und angelernten Arbeiterinnen und Arbeitern mit im Zeitverlauf steigender Tendenz. Insbesondere in Ostdeutschland befanden sich un- und angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter in erheblichem Ausmaß in prekären Lebenslagen. Bei einfachen Angestellten stieg das Armutsrisiko im Vergleich zu den qualifizierten Angestellten oder den Facharbeiterinnen und Facharbeitern sowie Meisterinnen und Meistern im Zeitverlauf stärker an, wohingegen Beamtinnen und Beamte sowie hoch qualifizierte Angestellte 2015 bis 2018 unverändert ein sehr geringes Armutsrisiko trugen. Selbstständige wiesen insgesamt ein eher unterdurchschnittliches Armutsrisiko auf, mit allerdings höheren Armutsquoten in Ostdeutschland sowie mittleren Risiken

► **Tab 4b** Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen 2005–2018, Mittelwert nach Perioden – in Prozent

Armutsschwelle: 60 % des Medians	Deutschland (gesamt)			Ostdeutschland ¹		Strukturschwacher Raum ²	
	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote		Bevölkerungs- anteil	Armutsquote	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote
		2015–2018	2005–2009				
Bevölkerung ab 18 Jahren	100,0	12,4	15,3	100,0	21,8	100,0	19,6
				17,4 der Bevölke- rung ab 18 Jahren		40,9 der Bevölke- rung ab 18 Jahren	
Familienstand							
verheiratet / zusammenlebend	49,9	8,3	10,0	45,9	13,3	47,0	12,6
verheiratet / getrennt lebend	2,5	21,2	21,9	2,5	24,0	2,5	26,5
ledig	29,8	17,6	21,2	32,2	33,0	31,6	28,0
geschieden	10,1	21,4	25,4	10,9	35,1	10,8	30,5
verwitwet	7,7	10,1	12,5	8,6	7,6	8,2	12,0
Bildungsabschluss							
Hauptschule ohne beruflichen Abschluss	7,6	24,6	34,7	4,5	41,0	7,3	42,1
Realschule, Gymnasium ohne beruflichen Abschluss	2,8	13,8	18,8	1,8	30,0	2,7	26,1
Hauptschule mit beruflichem Abschluss	22,2	11,6	14,3	17,6	27,4	20,8	20,4
Realschule mit beruflichem Abschluss	24,3	10,4	12,4	39,3	21,4	29,8	16,7
Gymnasium mit beruflichem Abschluss	10,7	11,6	12,6	8,8	21,9	10,6	17,9
Fachhochschule, Universität	22,9	4,7	6,5	23,4	8,4	21,7	8,2
in Lehre, Schule, Studium	1,9	18,0	22,6	1,6	20,7	1,8	23,7
sonstige	7,6	25,2	30,1	3,0	52,5	5,3	40,0
Erwerbsstatus							
erwerbstätig Vollzeit	38,9	4,4	4,7	39,6	7,5	37,9	6,3
erwerbstätig Teilzeit / gering	20,0	12,3	16,1	16,7	24,4	18,7	20,1
arbeitslos	5,8	51,5	68,8	8,9	82,8	8,1	77,0
in Ausbildung	3,6	22,7	29,6	3,0	35,3	3,6	36,8
nicht erwerbstätig	31,7	11,6	16,4	31,8	19,8	31,8	18,8
Berufliche Stellung							
un- / angelernte Arbeiter / -innen	11,3	15,9	22,0	10,7	34,2	11,4	28,3
Facharbeiter / -innen, Meister / -innen	10,1	5,6	6,0	14,7	7,9	11,7	7,5
Selbstständige	9,4	8,8	10,6	10,4	20,5	9,3	16,2
Auszubildende, Volontärinnen / Volontäre	4,4	21,9	29,0	3,7	41,2	4,3	33,5
einfache Angestellte	16,5	10,0	16,0	17,7	19,8	17,6	18,3
qualifizierte Angestellte	25,9	2,5	4,2	24,1	7,3	24,8	5,8
leitende Angestellte	16,3	1,2	1,3	14,9	3,6	14,9	2,1
einfache / mittlere Beamtinnen / Beamte	1,4	0,8	2,0	1,3	3,1	1,8	1,7
gehobene / höhere Beamtinnen / Beamte	4,7	0,6	1,0	2,5	0,0	4,1	0,7

Haushaltsnettoeinkommen im Monat, äquivalenzgewichtet.

1 Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost.

2 Die Abgrenzung orientiert sich an den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« im Zeitraum 2014–2020. Die Zuweisung nach Förderregionen erfolgt jeweils einheitlich anhand der davon ganz oder teilweise betroffenen Landkreise (basierend auf dem Gebietsstand Dezember 2017) ungeachtet weiterer interner Differenzierungen (prädefinierte oder nicht prädefinierte C-Fördergebiete mit oder ohne Grenzzuschlag sowie D-Fördergebiete).

Datenbasis: SOEPv35

in strukturschwachen Gebieten. Die im Zeitverlauf gestiegenen Armutsquoten betrafen innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung demzufolge insbesondere gering qualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter und einfache Angestellte.

Bei der Betrachtung nach Haushaltstypen zeigt sich im Zeitverlauf ein deut-

licher Anstieg der Armutsquoten bei Einpersonenhaushalten und Mehrpersonenhaushalten ab fünf Personen sowie bei jüngeren Haushalten. In Ostdeutschland waren die Armutsquoten zudem bei den jüngeren Haushalten sowie in Haushalten beim Eintritt in den Ruhestand (Haushaltsvorstand 55 bis 74 Jahre) überdurch-

schnittlich hoch. In strukturschwachen Regionen zeigt sich ein deutliches Altersgefälle bei den Armutsrisiken zulasten der jüngeren Haushalte. ► [Tab 4c](#)

Ein-Eltern-Haushalte (Alleinerziehende) waren weit überdurchschnittlich von Armutsrisiken betroffen, Paarhaushalte ohne Kinder demgegenüber unterdurch-

► Tab 4c Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen 2005–2018, Mittelwert nach Perioden – in Prozent

Armutsschwelle: 60 % des Medians	Deutschland (gesamt)			Ostdeutschland ¹		Strukturschwacher Raum ²	
	Bevölkerungs- anteil	Armutquote		Bevölkerungs- anteil	Armutquote	Bevölkerungs- anteil	Armutquote
		2005–2009	2015–2018				
Bevölkerung insgesamt	100,0	12,7	16,0	100,0	22,1	100,0	20,6
				17,3 der Gesamtbevölkerung		40,5 der Gesamtbevölkerung	
Haushaltsgröße							
1-Personen-Haushalt	21,2	17,5	22,8	25,1	32,8	23,4	28,0
2-Personen-Haushalt	33,7	9,4	10,6	35,3	15,2	34,8	13,2
3-Personen-Haushalt	18,0	12,4	14,2	20,3	19,5	18,9	18,4
4-Personen-Haushalt	18,2	9,8	12,7	13,1	17,6	14,7	17,8
ab 5-Personen-Haushalt	9,0	21,7	30,4	6,2	36,3	8,2	40,7
Alter des Haushaltsvorstands							
16–34 Jahre	15,4	17,0	24,8	16,5	36,5	16,1	31,7
35–54 Jahre	43,5	12,8	14,9	40,4	19,2	41,9	20,1
55–74 Jahre	29,0	10,9	14,7	30,9	23,0	30,2	18,8
ab 75 Jahren	12,0	10,8	11,9	12,2	10,2	11,8	12,0
Personengruppen							
Haushaltsvorstand	54,5	13,3	16,5	57,1	24,0	56,1	20,9
(Ehe-)Partner/-innen	21,4	8,7	10,3	22,0	14,6	21,3	13,2
Kind(er) bis 17 Jahre	15,4	14,3	19,5	14,7	24,2	14,5	25,6
Kind(er) ab 18 Jahren	7,6	17,3	19,0	5,5	25,0	7,1	26,5
weitere Haushaltsmitglieder	1,1	/	/	0,8	/	1,0	/
Haushaltstypen							
Singlehaushalt	21,2	17,5	22,8	25,1	32,8	23,4	28,0
Paarhaushalt ohne Kind < 18	29,6	7,1	8,2	31,6	13,2	30,6	10,4
Paarhaushalt mit Kind(ern) < 18	29,9	11,3	14,7	26,4	18,2	26,8	19,8
Ein-Eltern-Haushalt mit Kind(ern) < 18	4,6	33,5	40,7	6,1	40,4	5,5	42,5
Post-Eltern-Haushalt mit Kind(ern) ≥ 18	13,5	14,2	15,0	10,1	21,0	12,4	21,0
anderer Haushalt	1,3	/	/	0,7	/	1,2	/
Haushalts- / Lebenszyklus							
Haushaltsvorstand 16–34 Jahre							
Singlehaushalt	4,1	25,0	34,9	5,9	47,3	4,8	42,3
Paarhaushalt (ohne Kind < 18)	4,3	9,0	7,6	3,4	17,4	4,1	11,6
Haushaltsvorstand 35–54 Jahre							
Singlehaushalt	5,1	16,8	20,4	6,0	31,5	5,9	29,3
Paarhaushalt (ohne Kind)	5,5	6,0	5,4	5,0	14,7	5,5	8,8
Haushalt mit Kind(ern) < 18							
Paarhaushalt mit 1 Kind	12,4	10,8	11,3	12,3	13,6	11,8	15,0
Paarhaushalt mit 2 Kindern	12,4	9,5	12,3	9,7	16,4	10,2	16,7
Paarhaushalt ab 3 Kindern	5,1	17,5	28,6	4,3	35,0	4,8	38,0
Ein-Eltern-Haushalt mit 1 Kind	2,6	35,6	38,7	3,0	33,3	2,9	38,9
Ein-Eltern-Haushalt ab 2 Kindern	2,0	31,0	43,5	3,1	47,3	2,6	46,6
Haushalt mit Kind(ern) ab 18 Jahren	13,5	14,2	15,0	10,1	21,0	12,4	21,0
Haushaltsvorstand 55–74 Jahre							
Paarhaushalt ohne Kind	13,7	6,9	9,3	17,0	14,7	15,2	11,0
Singlehaushalt	6,7	15,9	23,1	7,7	37,1	7,4	28,0
Haushaltsvorstand ab 75 Jahren							
Paarhaushalt (ohne Kind)	6,1	7,7	8,7	6,2	6,0	5,9	9,6
Singlehaushalt	5,2	13,7	15,1	5,6	13,2	5,3	13,8
sonstige Haushalte ³	1,3	/	/	0,7	/	1,2	/

Haushaltsnettoeinkommen im Monat, äquivalenzgewichtet.

¹ Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost.² Die Abgrenzung orientiert sich an den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« im Zeitraum 2014–2020. Die Zuweisung nach Förderregionen erfolgt jeweils einheitlich anhand der davon ganz oder teilweise betroffenen Landkreise (basierend auf dem Gebietsstand Dezember 2017) ungeachtet weiterer interner Differenzierungen (prädefinierte oder nicht prädefinierte C-Fördergebiete mit oder ohne Grenzzuschlag sowie D-Fördergebiete).³ Haushalte, in denen weitere Personen (zum Beispiel Großeltern, Freunde) leben.

/ Keine Angabe, da Zellenbesetzung gering.

Datenbasis: SOEPV35

► **Tab 5 Einkommensdynamik: Quintilmatrizen im Zeitverlauf, stabiler/mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt – in Prozent**

Ausgangsquintil	Periode	Verbleib	Aufstiege	Abstiege
1. Quintil	2014–2018	62,8	37,3	X
	2004–2008	62,0	38,0	X
	1994–1998	53,7	46,3	X
2. Quintil	2014–2018	48,9	29,7	21,4
	2004–2008	42,4	32,2	25,4
	1994–1998	40,8	40,6	18,6
3. Quintil	2014–2018	43,0	26,9	30,1
	2004–2008	38,9	35,2	25,9
	1994–1998	37,3	32,1	30,6
4. Quintil	2014–2018	44,2	18,9	37,0
	2004–2008	42,6	17,2	40,3
	1994–1998	40,6	22,9	36,6
5. Quintil	2014–2018	67,6	X	32,4
	2004–2008	63,9	X	36,1
	1994–1998	64,1	X	35,9

Lesehilfe: Von der Bevölkerung im Ausgangsquintil im Jahr A waren vier Jahre später, im Jahr B, X % der Bevölkerung im selben Quintil (Verbleib), sind auf- oder abgestiegen (Auf-, Abstiege).
 Quintil = 20 % der nach der Höhe des Einkommens geschichteten Bevölkerung. 1. Quintil = unterstes (ärmstes) Quintil; 5. Quintil = oberstes (reichstes Quintil).
 Haushaltsnettoeinkommen im Monat, äquivalenzgewichtet.
 X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.
 Datenbasis: SOEPv35

schnittlich. Die hohen Armutsrisiken von Alleinerziehenden unterscheiden sich indes in Ostdeutschland oder strukturschwachen Gebieten kaum vom gesamtdeutschen Mittel.

Ordnet man die unterschiedlichen Haushaltstypen nach dem Ablauf im Lebenszyklus, so fällt zuerst der starke Anstieg der Armutsquoten bei jungen Alleinlebenden ins Auge. In den Jahren 2015 bis 2018 war mehr als ein Drittel aller jungen Einpersonenhaushalte von Einkommensarmut (35 %) betroffen. Noch höher lag der Anteil in Ostdeutschland (47 %) und in strukturschwachen Gebieten (42 %). Damit waren jüngere Alleinlebende inzwischen nahezu ähnlich stark von Armut betroffen wie Alleinerziehende. Auch Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern waren überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Bei Singlehaushalten im Alter von 55 bis 74 Jahren war das Armutsrisiko in den Jahren 2015 bis 2018 gestiegen und vor

allem in Ostdeutschland überdurchschnittlich ausgeprägt. Ungeachtet der insgesamt noch weiterhin eher niedrigen Altersarmut gab es offenkundig unter den Älteren vermehrt Gruppen mit erhöhten Armutsrisiken. Die niedrigsten Armutsquoten hatten Paarhaushalte ohne Kinder.

6.3.6 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Stabilität oder Dynamik von Einkommen und Armut gibt Auskunft über die Chancen und Risiken zur Verbesserung beziehungsweise Verschlechterung der materiellen Grundlagen in einer Gesellschaft. Die Veränderung von Einkommenspositionen im Zeitverlauf ist deshalb auch ein entscheidender Hinweis dafür, inwieweit es Personen und Haushalten gelingt, defizitäre Positionen zu überwinden, und welchem Risiko sie ausgesetzt sind, in unzureichende Einkommenslagen zu gelangen. Diese Mobilität

zwischen verschiedenen Einkommenspositionen im zeitlichen Verlauf kann unter anderem durch sogenannte Mobilitätsmatrizen berechnet und dargestellt werden. Hierbei wird berechnet, welcher Bevölkerungsanteil zu zwei Zeitpunkten in denselben Einkommensklassen (Quintilen) geblieben beziehungsweise in höhere oder niedrigere Einkommensschichten gewechselt ist.

Um die Mobilitätsmuster über längere Zeitabstände vergleichend darzustellen, wurden Verbleib und Übergänge in und aus Einkommensquintilen in einem vierjährigen Abstand zu drei verschiedenen Perioden betrachtet: 1994 bis 1998, 2004 bis 2008 sowie 2014 bis 2018. Das Risiko, während der vier Folgejahre im untersten (ersten) Quintil zu verbleiben, erhöhte sich deutlich von 54 % in den 1990er-Jahren auf 62 % in den Jahren 2004 bis 2008 und verharrte von 2014 bis 2018 auf ähnlichem Niveau (63 %). Der Anteil an Aufstiegen von der untersten in höhere Einkommenslagen verringerte sich entsprechend. In allen anderen Einkommensquintilen (oberhalb des untersten Quintils) erhöhte sich der Verbleib in der Periode 2014 bis 2018 im Vergleich zu den Jahren davor. Das gilt auch für die mittleren und höheren Einkommensquintile. Die Risiken des Abstiegs in untere Einkommenslagen sanken. Insgesamt verringerte sich somit die Mobilität zwischen den Einkommensschichten im Zeitverlauf. ► [Tab 5](#)

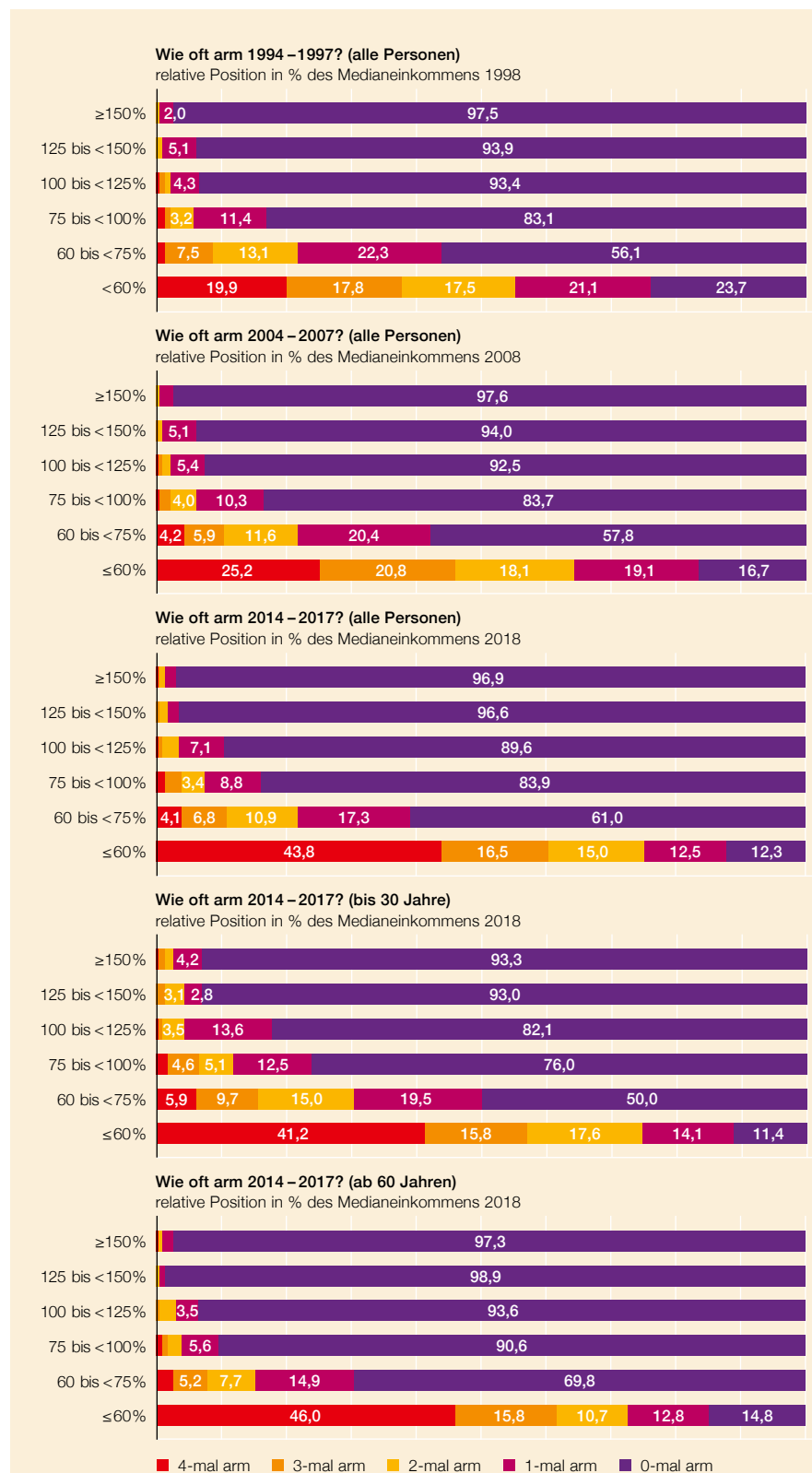
Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die Bevölkerung in verschiedenen Einkommensschichten eines Jahres in den zurückliegenden vier Jahren Einkommensarmut erfahren hat. Dabei bleibt unbeachtet, ob diese individuellen Armutserfahrungen zuvor im selben oder in einem anderen Haushalt gemacht wurden. Abbildung 5 weist die zurückliegenden individuellen Armutserfahrungen für die Ausgangsjahre 1998, 2008 und 2018 aus. Für das Jahr 2018 werden diese zudem für die jüngste Altersgruppe bis 30 Jahre und für die Älteren ab 60 Jahren getrennt dargestellt. ► [Abb 5](#)

Von den Personen, die im Jahr 2018 in der untersten Einkommensschicht und damit in relativer Einkommensarmut lebten, waren 88 % bereits in den vier Vorjahren (2014 bis 2017) zumindest einmal von Armut betroffen. Darunter war weit mehr als die Hälfte (60 %) in diesem Zeitraum dauerhaft arm mit Armutsepisoden von mindestens drei Jahren. Die Bevölkerung in relativer Einkommensarmut setzte sich im Jahr 2018 demnach in folgender Weise zusammen: 44 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren auch in allen vier Jahren zuvor sowie weitere 17 % in drei der vier vorausgehenden Jahre permanent arm. Insgesamt 28 % erlebten in den zurückliegenden vier Jahren transitorische Verläufe mit Ein- und Ausstiegen in und aus Armut, darunter 15 % mit zweimaliger und 13 % mit einmaliger Armutserfahrung in den zurückliegenden vier Jahren; weitere 12 % waren Neuzugänge bei der Armutspopulation.

Im Vergleich dazu setzte sich die Einkommensschichtung im Jahr 2008 noch in folgender Weise zusammen: Nur 25 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren dauerhaft (in allen vier vorausgegangenen Jahren) arm, 21 % waren in drei Jahren arm, 37 % hatten einen transitorischen Armutsverlauf mit ein oder zwei Armutsepisoden in den zurückliegenden vier Jahren und weitere 17 % hatten zuvor keinerlei Armutserfahrung. Im Ausgangsjahr 1998 war der Anteil mit permanenter Armutserfahrung noch geringer und der Anteil mit transitorischen Armutserfahrungen sowie die Neuzugänge in Armut höher. Der Anteil an Personen, die im zurückliegenden Zeitraum von vier Jahren mindestens einmal unter der Armutsgrenze lagen, nahm innerhalb der letzten Dekade stark zu, wobei insbesondere dauerhafte Armutsepisoden weiter anstiegen.

Mit zunehmender Höhe der Einkommen nahm der Personenkreis mit Armutserfahrungen erwartungsgemäß ab. Im Bereich des prekären Wohlstands unmittelbar oberhalb der Armutsschwelle (60 bis 75 % des Medianeinkommens) lebten 2018

► **Abb 5** Armutsdynamik verschiedener Einkommensschichten im zeitlichen Verlauf – in Prozent



Haushaltsnettoeinkommen im Monat, äquivalenzgewichtet.
Datenbasis: SOEPv35

knapp 40 % der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden vier Jahre unterhalb der Armutsgrenze – mit im Vergleich zu 2008 leicht rückläufiger Tendenz bei den permanenten Armutserfahrungen. Kurzfristige Armutserfahrungen reichten bis in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich höherer Einkommen haben noch zwischen 2 und 3 % der Personen zumindest kurzfristige Armutserfahrungen gemacht. Insgesamt erhöhten sich insbesondere die Risiken anhaltender Armutsepisoden. Folglich verringerten sich die Chancen, Armutsepisoden zu überwinden.

Die Muster der Armutsdauer variierten mit dem Lebensalter. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (im Alter bis 30 Jahre) wiesen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung höhere Anteile an transitorischen Armutserfahrungen auf. Dies galt auch für die mittleren und höheren Einkommensschichten. Möglicherweise haben diese nach Abschluss der für diese Altersgruppe typischen Ausbildungsphasen temporäre Armutphasen überwinden können. Ältere im untersten Einkommensbereich trugen indes ein besonders hohes Risiko, länger im prekären Einkommensbereich zu verbleiben.

6.4 Private Vermögen – Höhe, Entwicklung und Verteilung

Markus M. Grabka,
Christoph Halbmeier
Deutsches Institut für Wirtschafts-
forschung (DIW Berlin)

WZB/SOEP

Mit Vermögen und Einkommen werden grundlegende Konzepte zur Beschreibung des Wirtschaftsgeschehens einer Volkswirtschaft und der sozioökonomischen Struktur einer Gesellschaft bezeichnet. Das Vermögen ist eine Bestandsgröße, die zu einem Zeitpunkt (zum Beispiel am Jahresende) bestimmt wird; Einkommen stellt dagegen eine Stromgröße dar, die je Periode (zum Beispiel Jahr oder Monat) gemessen wird.

Das aggregierte Volksvermögen einer Gesellschaft kann von verschiedenen Sektoren einer Volkswirtschaft gehalten werden, die auch Letzteigentümersektoren genannt werden. Dies sind der Staat, das Ausland und die privaten Haushalte inklusive der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck wie Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Im Folgenden wird eine Beschreibung der Höhe, Entwicklung und Verteilung der Vermögen der privaten Haushalte präsentiert; detaillierte Informationen zu den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck liegen in Deutschland nicht vor.

Aus Sicht der privaten Haushalte spricht man von sieben Funktionen, die private Vermögen erfüllen können: Aus Vermögen kann Einkommen in Form von Zinsen, Dividenden, Mieten, Pachten und ausgeschütteten Gewinnen erzielt werden (Einkommenserzielungsfunktion); Sachvermögen kann selbst genutzt werden, zum Beispiel eine Immobilie (Nutzungsfunktion); durch Aufbrauchen von Vermögen kann der Konsum bei Einkommensausfällen stabilisiert werden (Sicherungsfunktion); Vermögen kann verschenkt und vererbt werden (Vererbungsfunktion); Vermögen spielt auch bei der Erziehung und Ausbildung von Kindern oft eine wichtige Rolle (Sozialisationsfunktion). Der Besitz von insbesondere höherem Vermögen gewährt gesellschaftliches Prestige und damit einen höheren Rang in der gesellschaftlichen Hierarchie (Prestigefunktion); und schließlich verleiht Vermögen, insbesondere der Besitz von größerem Produktivvermögen, wirtschaftliche und

gegebenenfalls auch politische Macht (Machtfunktion). Aus dieser Vielzahl an Einzelfunktionen, die weit über jene des laufenden Einkommens hinausgehen, lässt sich das besondere ökonomische und gesellschaftliche Interesse an Vermögen und dessen Verteilung ableiten.

6.4.1 Höhe des Nettovermögens

Das im Folgenden präsentierte Nettovermögen setzt sich aus dem Bruttovermögen abzüglich sämtlicher Verbindlichkeiten zusammen. Die Komponenten des Bruttovermögens sind (1) das selbstgenutzte Wohneigentum, (2) sonstiger Immobilienbesitz (unter anderem unbebaute Grundstücke, Ferien- und Wochenendwohnungen), (3) Geldvermögen (Sparguthaben, Spar- und Pfandbriefe, Aktien und Investmentanteile), (4) Vermögen aus privaten Versicherungen (Lebens- und private Rentenversicherungen einschließlich sogenannter Riesterverträge), (5) Bausparverträge, (6) Betriebsvermögen (Besitz von Einzelunternehmen und Beteiligung an Personen- oder Kapitalgesellschaften; nach Abzug von betrieblichen Verbindlichkeiten), (7) Sachvermögen in Form wertvoller Sammlungen wie Gold, Schmuck, Münzen oder Kunstgegenstände sowie (8) der Wert von Fahrzeugen. Die gesamten Verbindlichkeiten bestehen aus (9) den Hypothekenkrediten auf selbst genutzte Immobilien, (10) Hypothekenkrediten auf sonstige Immobilien, (11) Konsumentenkrediten sowie (12) Studienkrediten.

In dem hier verwendeten Nettovermögen werden Teile des Realvermögens nicht berücksichtigt. Dies betrifft unter anderem den Wert des Hausrats sowie Bargeld und den Wert von Eigentumsrechten an Patenten. Darüber hinaus sind Anwartschaften an Alterssicherungssysteme aus der gesetzlichen Rentenversicherung, Beamtenpensionen, berufsständischen Versorgungswerken oder Betriebsrenten nicht enthalten, obwohl diese für die Mehrheit der Bevölkerung den grundlegenden Pfeiler der Altersvorsorge darstellen. Diese Anwartschaften

werden aber üblicherweise nicht zum realen Geld- und Sachvermögen gezählt, da diese die üblichen Vermögensfunktionen – abgesehen von der Sicherungsfunktion – nicht erfüllen. Insbesondere sind Anwartschaften nicht beliehbar und können nicht veräußert werden. Die Datenbasis, die für die folgende Analyse verwendet wird, ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine seit 1984 jährlich durchgeführte repräsentative Befragung von Personen in Privathaushalten. Das SOEP erfasst das Vermögen auf individueller Ebene, das bedeutet, dass jede Person ab 17 Jahren Auskunft zu den zwölf verschiedenen Vermögenskomponenten gibt. Zuletzt wurde das Vermögen im SOEP im Jahr 2017 erfragt.

Im Jahr 2017 hatten die privaten Haushalte in Deutschland (ohne die Anstaltsbevölkerung zum Beispiel in Alters- oder Studentenheimen) ein aggregiertes Bruttovermögen von rund 9,4 Billionen Euro, wobei Grund- und Immobilienbesitz mit 6,4 Billionen Euro den überwiegenden Anteil ausmachte. Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte beliefen sich nach dieser Abgrenzung auf rund 1,2 Billionen Euro, vorrangig bestehend aus Hypothekenkrediten in Höhe von rund 1 Billion Euro. Das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland betrug damit im Jahr 2017 rund 8,2 Billionen Euro.

Das durchschnittliche Nettovermögen je Erwachsenen (Personen ab 17 Jahren) lag 2017 bei gut 111 000 Euro. Der Median der Vermögensverteilung, also der Wert, der die reichsten 50 % der Bevölkerung von der ärmeren Hälfte trennt, lag bei einem Vermögen von 27 000 Euro. Dieser Wert ist wesentlich niedriger als der Durchschnitt – ein Indiz für die ungleiche Verteilung des Vermögens. Gut ein Fünftel aller Erwachsenen verfügte über kein nennenswertes Vermögen – bei 6 % aller Erwachsenen waren die Verbindlichkeiten sogar höher als das Bruttovermögen. Das reichste Prozent der Bevölkerung (dies entspricht dem 99. Perzentil) ab 17 Jahren besaß ein Nettovermögen von mindestens einer Million

Euro. Dieser Wert dürfte aber unterschätzt sein, da in freiwilligen Bevölkerungsbefragungen typischerweise Multimillionäre kaum und Milliardäre nicht erfasst werden. Zieht man den Wert der Fahrzeuge ab und schließt auch die Verbindlichkeiten aus Studienkrediten aus, die beide in den Vorjahren nicht erhoben wurden, so zeigt sich, dass gegenüber dem Jahr 2012 – der vorherigen Erfragung der privaten Vermögen – deutliche Zuwächse über nahezu die gesamte Bevölkerung vorliegen. Insgesamt hat das Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren (siehe vorletzte Spalte in Tabelle 1) im Vergleich zu 2012 um etwa ein Viertel zugelegt. Die Zuwächse fielen über die Vermögensverteilung hinweg nahezu gleich groß aus, mit Ausnahme derjenigen, die keinerlei Vermögen besaßen. Der Zuwachs erklärt sich vor allem aus Wertsteigerungen bei Immobilien, aber auch beim Geldvermögen, dabei vor allem durch den gestiegenen Wert von Wertpapieren. ▶ Tab 1

6.4.2 Vermögensungleichheit

Ein Standardmaß zur Messung von Vermögensungleichheit ist der Gini-Koeffizient. Dieser ist auf den Wertebereich zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) und 1 (vollkommene Ungleichverteilung) normiert, das heißt, je höher der Wert ist, desto stärker ausgeprägt ist die gemessene Ungleichheit. Für 2017 ergab sich ein Koeffizient von 0,76 (siehe letzte Spalte in Tabelle 1). In Deutschland ist die Ungleichheit der Vermögensverteilung damit im Vergleich zur Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen mehr als doppelt so hoch (siehe Kapitel 6.3, Seite 229).

Im Zeitraum von 2002 bis 2012 wurden der Wert der Fahrzeuge und die Schulden aufgrund von Studienkrediten nicht erfragt. Zieht man das Nettovermögen ohne diese beiden Komponenten heran und betrachtet die Veränderung über die Zeit, so ist erkennbar, dass die Vermögensungleichheit zunächst von 2002 auf 2007 leicht zunahm, um dann

▶ Tab 1 Höhe der Nettovermögen und deren Verteilung 2002–2017

	2002	2007	2012	2017	2017 inklusive dem Wert von Fahrzeugen und abzüglich von Studienkrediten
Mittelwert (in Euro)	80 476	82 182	84 319	105 655	111 284
Perzentile ¹ (in Euro)					
p99	767 952	813 943	839 308	1 071 825	1 091 262
p90	211 867	209 694	218 760	269 516	280 390
p75	99 568	92 482	100 006	125 050	133 100
Median	15 000	14 520	17 000	21 500	27 462
p25	0	0	0	0	2 000
p10	0	0	0	0	0
p1	-20 305	-30 000	-24 374	-22 987	-20 000
Anteil der Personen mit einem Nettovermögen <0 Euro (in %)	5,7	7,7	7,6	6,8	6,3
Anteil der Personen mit einem Nettovermögen = 0 Euro (in %)	21,9	20,3	19,7	21,8	14,3
Gini-Koeffizient	0,776	0,799	0,780	0,777	0,758
90:50-Perzentilsverhältnis	14,1	14,5	12,9	12,5	10,2

2002 bis 2012 wurde der Wert von Fahrzeugen und Studienkrediten nicht erhoben.

¹ Perzentile unterteilen einen geordneten Datensatz in hundert Teile.

Datenbasis: SOEPv35, Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, mit 0,1% Top-Coding, individuelle Nettovermögen

bis 2012 leicht zurückzugehen und bis 2017 auf diesem Niveau zu verharren.

Ein alternatives Verteilungsmaß ist das 90:50-Perzentilsverhältnis. Perzentile erhält man, indem man die Bevölkerung nach der Höhe des Vermögens sortiert und in hundert Gruppen einteilt. Das 90. Perzentil gibt dann beispielsweise den Wert des Nettovermögens an, der mindestens erreicht sein muss, um zu den reichsten 10 % der Bevölkerung zu gehören. Das 90:50-Perzentilsverhältnis zeigt an, wie viel reicher die ärmste Person des 90. Perzentils im Verhältnis zur reichsten Person des 50. Perzentils ist. Im Jahr 2017 lag dieser Faktor bei 10. Mit anderen Worten: Die reichsten 10 % der Bevölkerung verfügten über mehr als das Zehnfache des Nettovermögens der Personen, die sich in der Mitte der Vermögensverteilung befanden. Ohne den Wert von Fahrzeugen und ohne Studienkredite lag der Wert im Jahr 2017 sogar bei 12,5 (vorletzte Spalte in Tabelle 1). Für die Zeit seit 2002 weist dieses Ungleichheitsmaß auf eine leichte Abnahme der Vermögensungleichheit zwischen diesen Gruppen hin.

Alternativ lässt sich die Ungleichheit der Vermögensverteilung auch durch Anteile am Gesamtvermögen darstellen. Sortiert man die Bevölkerung nach der Höhe der Nettovermögen und teilt sie in zehn gleich große Gruppen ein, erhält man De-

zile. Das zehnte Dezil beschreibt demnach den Anteil der reichsten 10 % der Bevölkerung am Gesamtvermögen. Tabelle 2 zeigt, welchen Anteil jedes Dezil am gesamten Nettovermögen hält. Im ersten Dezil war dieser Wert im Jahr 2017 negativ. Das bedeutet, dass diese Gruppe im Durchschnitt überschuldet war, sprich über negative Nettovermögen verfügte. Fasst man die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen, so belief sich deren Anteil am gesamten Nettovermögen nur auf 1,4 %. Die unteren sieben Dezile der Bevölkerung kamen zusammen auf einen Anteil am Gesamtvermögen von knapp 12,5 %. Im Gegensatz dazu hielten die Personen des obersten Dezils allein einen Anteil von rund 56 %. Fokussiert man auf das reichste Prozent der Bevölkerung, so erhält man einen Anteil von allein rund 18 %. Das bedeutet, dass das reichste Prozent der Bevölkerung in etwa einen so großen Anteil am Gesamtvermögen hielt wie drei Viertel der gesamten Bevölkerung. ▶ Tab 2

6.4.3 Zusammensetzung des Vermögens

Die Betrachtung reiner Nettogrößen verdeckt im Allgemeinen wichtige Unterschiede bezüglich der Zusammensetzung des Vermögens und eventueller Schulden. So kann ein niedriges Nettovermögen schlicht ein niedriges Geldvermögen ausdrücken, es kann aber auch das Ergebnis eines hohen Bruttovermögens bei gleichzeitig hohem Schuldenstand sein (zum Beispiel bei jungen Familien kurz nach dem Erwerb eines mit Hypotheken belasteten Eigenheims).

Zunächst wird die Verbreitung der verschiedenen Vermögens- und Schuldenkomponenten in der erwachsenen Bevölkerung betrachtet. Knapp die Hälfte besaß im Jahr 2017 Geldvermögen (45 %), über Vermögen in Form von privaten Versicherungen verfügte ein Drittel (34 %), Bausparverträge wurden von 28 % der erwachsenen Bevölkerung gehalten. Knapp 40 % waren Besitzer beziehungsweise Miteigentümerinnen einer selbst genutzten Immobilie. Sonstige Immobilien wurden hingegen nur von 11 % der erwachsenen Bevöl-

kerung gehalten. Wenig verbreitet waren auch Wertsachen und Betriebsvermögen mit einem Anteil von jeweils deutlich weniger als 10 %. Zwar stellen Fahrzeuge keine klassische Geldanlage dar, dennoch können Fahrzeuge im Einzelfall einen hohen Wert aufweisen. Der Verbreitungsgrad von Fahrzeugen lag unter der erwachsenen Bevölkerung bei 60 %. ▶ Tab 3

Schulden waren geringer verbreitet als das Bruttovermögen, denn 75 % der Bevölkerung hatten Bruttovermögen, aber nur 33 % wiesen Schulden auf. Innerhalb der Gruppe mit Schulden, stellten Hypotheken auf selbst genutzte Immobilien die häufigste Verbindlichkeit dar (18 %), gefolgt von Konsumentenkrediten (14 %). Aufgrund der generell geringen Verbreitung von sonstigen Immobilien wiesen nur 4 % der erwachsenen Bevölkerung Hypotheken auf sonstige Immobilien auf. Studienkredite hatten mit einem Anteil von 3 % an der Bevölkerung eine untergeordnete Bedeutung.

Welchen Anteil haben die skizzierten Vermögens- und Schuldenkomponenten am gesamten Nettovermögen? Die quantitativ bedeutendste Vermögensform ist mit einem Anteil von 58 % des gesamten Nettovermögens das selbst genutzte Wohneigentum. Geldvermögen wiesen zwar eine hohe Verbreitung in der Bevölkerung auf, gemessen am Nettovermögen kam dieser Vermögenskomponente aber nur ein Anteil von 14 % im Jahr 2017 zu. Von etwas größerer quantitativer Relevanz war dagegen der sonstige Immobilienbesitz mit einem Anteil von 19 %. Alle Schulden standen mit 16 % in Relation zum Nettovermögen. Alle weiteren Komponenten hatten einen Anteil am Nettovermögen von jeweils weniger als 10 %.

Betrachtet man nur die Population derjenigen, die eine bestimmte Vermögenskomponente halten, so waren im Jahr 2017 die höchsten Werte beim Betriebsvermögen zu beobachten: Bei Personen mit Betriebsvermögen betrug dieses Vermögen im Durchschnitt 267 000 Euro pro Kopf. Der entsprechende Anteilswert selbst genutzter Immobilien belief sich auf rund 172 000 Euro. Bei Ehepaaren

▶ Tab 2 Anteil am gesamten Nettovermögen nach Dezilen 2017 – in Prozent

	Anteil je Dezil	kumulierter Anteil
1. Dezil	-1,2	-1,2
2. Dezil	0,0	-1,2
3. Dezil	0,2	-1,0
4. Dezil	0,7	-0,3
5. Dezil	1,7	1,4
6. Dezil	3,9	5,3
7. Dezil	7,2	12,5
8. Dezil	12,0	24,5
9. Dezil	19,4	43,9
10. Dezil	56,1	100,0

Datenbasis: SOEPv35, Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, mit 0,1 % Top-Coding, individuelle Nettovermögen

► Tab 3 Vermögenskomponenten des individuellen Nettovermögens 2017

	Anteil der Besitzer/-innen in der erwachsenen Bevölkerung	Anteil der jeweiligen Vermögens-/Schuldenkomponente	Je erwachsener vermögensbesitzender Person
	in %	in % des Nettovermögens	Mittelwert in Euro
Bruttovermögen	75	116	160 043
Selbst genutztes Wohneigentum	39	58	171 997
Sonstige Immobilien	11	19	199 600
Geldvermögen	45	14	36 805
Betriebsvermögen	4	9	266 816
Wertsachen	8	1	15 136
Versicherungen	34	6	21 691
Bausparvermögen	28	3	10 620
Fahrzeuge	60	5	9 808
Schulden	33	16	54 950
Hypotheken auf selbst genutzte Immobilien	18	9	60 372
Hypotheken auf sonstige Immobilien	4	4	111 422
Konsumentenkredite	14	2	18 920
Studienkredite	3	0,2	7 911

Datenbasis: SOEPv35, Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten

wird dies typischerweise von beiden Partnern zu gleichen Teilen gehalten, sodass bei diesen mit durchschnittlichen Verkehrswerten von selbst genutzten Immobilien in Höhe von 344 000 Euro zu rechnen ist. Das Portfolio des sonstigen Immobilienbesitzes wurde im Durchschnitt mit rund 200 000 Euro bewertet. Diejenigen, die auch Verbindlichkeiten auf ihren Immobilien haben, wiesen bei selbst genutzten Immobilien Restschulden aufgrund von Hypotheken in Höhe von 60 000 Euro, bei sonstigen Immobilien in Höhe von 111 000 Euro auf. Das Geldvermögen belief sich bei denjenigen mit einer solchen Vermögensart auf rund 37 000 Euro; private Versicherungen kamen auf einen Wert in Höhe von rund 22 000 Euro, Wertsachen immerhin noch auf 15 000 Euro, gefolgt vom Bausparguthaben in Höhe von knapp 11 000 Euro. Der Wert der Fahrzeuge belief sich bei den Fahrzeugbesitzern im Schnitt auf knapp 10 000 Euro. Aufseiten der weiteren

Verbindlichkeiten summierte sich die Restschuld aus Konsumentenkrediten auf knapp 19 000 Euro je Person. Personen mit Studienkrediten waren im Durchschnitt mit rund 8 000 Euro verschuldet.

Die Zusammensetzung der Vermögensportfolios ist aber über die Vermögensverteilung hinweg sehr unterschiedlich. Daher wird im Folgenden die Zusammensetzung des Vermögens nach Dezilen des Nettovermögens betrachtet. Im ersten Dezil war das Nettovermögen negativ, da diese Personen insbesondere Restschulden aus Konsumentenkrediten in einer Höhe von im Schnitt 13 000 Euro aufwiesen; Bruttovermögen lagen im ersten Dezil vor allem in Form von Immobilien mit einem Wert von insgesamt rund 5 500 Euro vor. Im zweiten und dritten Dezil lagen nahezu keine Bruttovermögen, aber auch kaum Schulden vor. Im vierten Dezil hatten Fahrzeuge mit rund 4 000 Euro den höchsten Wert. Ab dem fünften Dezil gewann der selbst genutzte Immo-

bilienbesitz an Bedeutung und stellte jeweils die quantitativ wichtigste Vermögenskomponente dar. Parallel dazu nahm die relative Bedeutung von Hypothekenrestschulden ab; ab dem sechsten Dezil machten diese jeweils Werte in Höhe von rund 14 000 bis 21 000 Euro aus. Das oberste (zehnte) Dezil unterschied sich nicht nur in der absoluten Vermögenshöhe von den anderen Dezilen, sondern auch in der Zusammensetzung des Vermögens. Bei dieser Personengruppe verlor die selbst genutzte Immobilie an Relevanz und drei andere Komponenten gewannen an Gewicht. Dies waren der sonstige Immobilienbesitz, das Geldvermögen und das Betriebsvermögen. Auf der anderen Seite fielen Hypothekenrestschulden auf eine eigene Immobilie geringer aus. Restschulden auf sonstige Immobilien (zum Beispiel Mietshäuser, Ferienwohnungen) waren im Vergleich zu den anderen Dezilen hingegen höher. ► Abb 1

6.4.4 Unterschiede nach Alter und Region

Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen markante Unterschiede in der Höhe des Nettovermögens. Während in Westdeutschland im Jahr 2017 Personen ab 17 Jahren im Durchschnitt über ein Vermögen von knapp 125 000 Euro pro Kopf verfügten, betrug der Wert in Ostdeutschland mit nur etwa 55 000 Euro pro Kopf weniger als die Hälfte. Gemessen am Median – also dem Wert, der die obere von der unteren Hälfte der Bevölkerung trennt – war das Gefälle noch größer: Im Westen lag er bei knapp 35 000 Euro, im Osten bei nur rund 13 000 Euro.

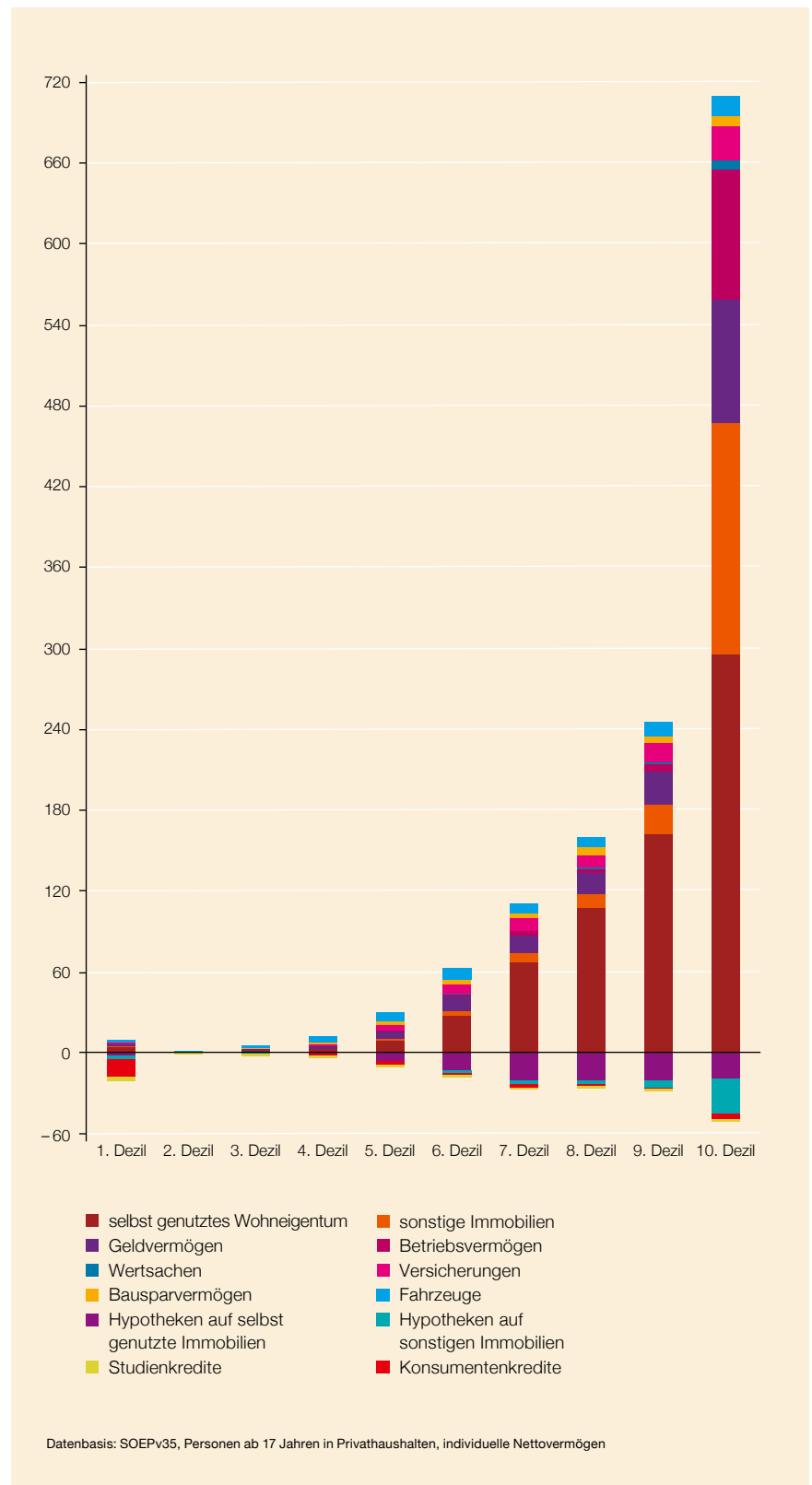
Ein Vergleich des Nettovermögens nach Altersklassen zeigt für Westdeutschland ein deutliches Lebenszyklusbildungsmuster: Bis zu einem Alter von 25 Jahren verfügten junge Erwachsene im Jahr 2017 über ein durchschnittliches Nettovermögen von weniger als 10 000 Euro. Mit Abschluss der Ausbildungsphase und dem Eintritt in das Erwerbsleben besteht die Möglichkeit des Sparens und des Aufbaus von Vermögen, gleichzeitig steigt die Wahrscheinlichkeit von Erbschaften oder

Schenkungen. Im Ergebnis steigt das durchschnittliche Nettovermögen ab einem Alter von 26 Jahren deutlich. Das höchste durchschnittliche individuelle Nettovermögen besaß die Gruppe der 71- bis 75-Jährigen mit etwa 205 000 Euro. Hierbei kommt dem Aufbau von Nettovermögen in Form von Immobilien besondere Bedeutung zu, da zum einen bis zum Rentenbeginn Hypotheken auf Immobilien häufig vollständig zurückgezahlt werden, zum anderen Wertsteigerungen dieser Vermögensart stärker ins Gewicht fallen. Im höheren Lebensalter erfolgt typischerweise ein Vermögensverzehr. Ältere Kohorten weisen eher niedrigere Nettovermögen auf, da bereits Teile des Vermögens an nachgelagerte Generationen in Form von Schenkungen übertragen oder aufgrund von gesundheitlichen Bedarfen teilweise aufgebraucht wurden. Die gesetzliche Pflegeversicherung bietet beispielsweise nur einen Teilkaskoschutz bei Pflegebedürftigkeit. Nicht alle Kosten werden übernommen und restliche Ausgaben müssen selbst getragen werden. ▶ Abb 2

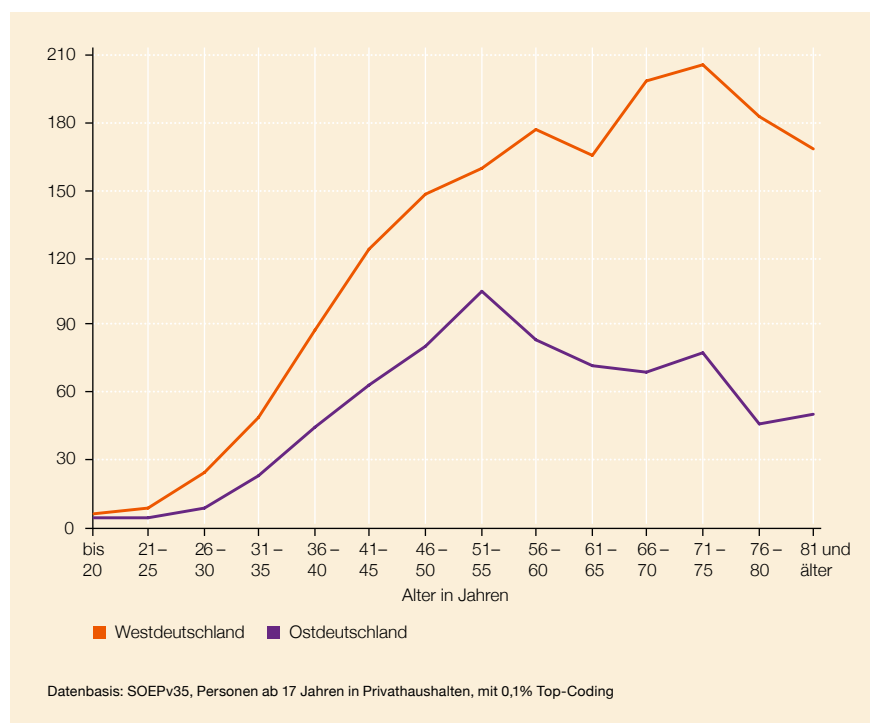
Das in Westdeutschland klar erkennbare Lebenszyklusmuster war in Ostdeutschland weniger stark ausgeprägt. Bei einem Vergleich zwischen beiden Landesteilen wird erkennbar, dass in allen Altersgruppen das individuelle Nettovermögen in Ostdeutschland geringer ausfiel als in Westdeutschland. Bei Personen im erwerbsfähigen Alter erklärt sich das vor allem durch das weiterhin niedrigere Lohnniveau in Ostdeutschland, das die Möglichkeiten des Sparens negativ beeinflusst, wengleich die Mietpreise in Ostdeutschland insgesamt geringer ausfallen als in Westdeutschland. Ein weiterer zentraler Faktor besteht in den deutlich niedrigeren Immobilienpreisen in Ostdeutschland, da in vielen Landkreisen in Ostdeutschland die Bevölkerungszahl stagniert oder sogar schrumpft und in der Folge die Nachfrage nach Immobilien und damit ihr Preis gering ausfällt.

Besonders ausgeprägt war der Vermögensunterschied in den beiden Landesteilen in den Altersgruppen ab 55 Jahren.

▶ Abb 1 Zusammensetzung des Vermögens nach Dezilen des Nettovermögens 2017 – in Tausend Euro



► **Abb 2** Individuelles Nettovermögen nach Altersgruppen und Region 2017
– in Tausend Euro



Die höchste Differenz zeigt sich in der Altersgruppe der 76- bis 80-Jährigen mit einem Unterschied von rund 135 000 Euro. In dieser Altersgruppe hielten Menschen aus den neuen Bundesländern mit 46 000 Euro erheblich geringere Nettovermögen als solche in Westdeutschland mit 182 000 Euro. Ältere Erwachsene in Ostdeutschland sind mehrheitlich in der DDR aufgewachsen. Der große Vermögensunterschied bei dieser Gruppe erklärt sich damit, dass in der DDR systembedingt kaum die Möglichkeit bestand, Vermögen aufzubauen. Aber auch in der Zeit nach der deutschen Vereinigung war der Vermögensaufbau vor allem aufgrund der weitaus höheren Arbeitslosigkeit als in Westdeutschland nur eingeschränkt möglich. Auch mittelfristig werden Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen bleiben, da sich diese in Form von Erbschaften und Schenkungen auf die folgenden Generationen fortschreiben.

6.4.5 Einkommen und Vermögen

Eine der Funktionen, die Vermögen erfüllen kann, ist die Einkommenserzielungsfunktion, da durch Kapitalerträge, zum Beispiel durch Zinsen, Dividenden oder auch Mieteinnahmen, zusätzliches Vermögen generiert werden kann. Zudem gilt, dass Personen mit einem hohen Nettoeinkommen auch eher in der Lage sind, Geld zu sparen, und somit schneller Vermögen akkumulieren. Somit bedingen sich Einkommen und Vermögen gegenseitig. Es ist daher davon auszugehen, dass mit einer höheren Einkommensposition auch ein höheres Nettovermögen einhergeht.

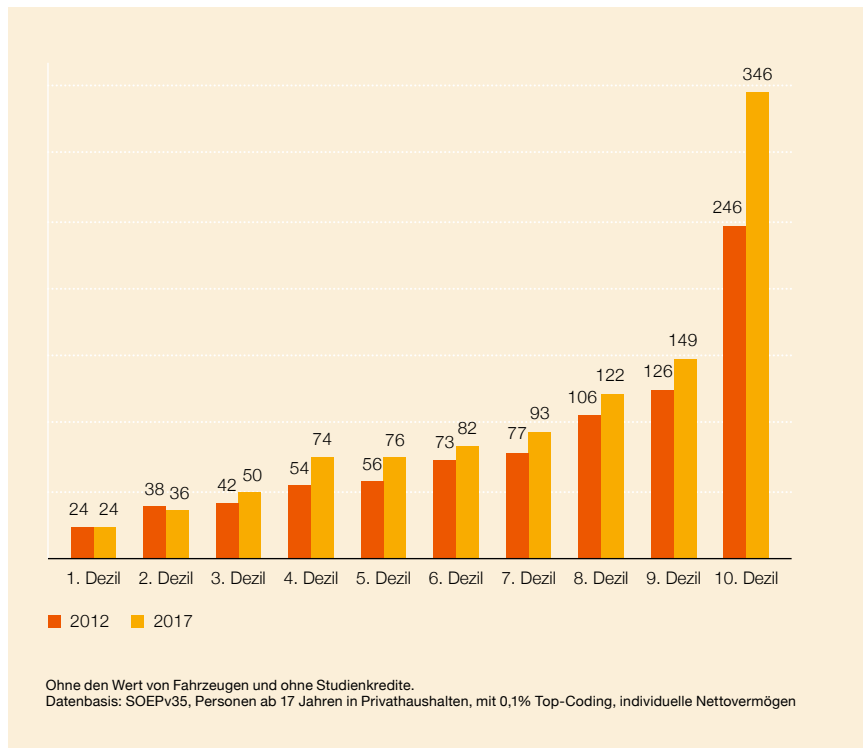
Der Vergleich der Jahre 2012 und 2017 bestätigt diesen Zusammenhang. Im ersten Einkommensdezil war das durchschnittliche Nettovermögen mit Werten von jeweils rund 24 000 Euro am geringsten. In beiden Jahren nahm die Höhe des Nettovermögens über die Einkommensverteilung hinweg deutlich zu und erreichte

te im höchsten Einkommensdezil – also den 10 % der Bevölkerung mit den höchsten Nettoeinkommen – Werte von knapp 250 000 Euro im Jahr 2012 und rund 350 000 Euro im Jahr 2017. Die absolute Veränderung zwischen beiden Jahren fiel im obersten Einkommensdezil mit 100 000 Euro mit Abstand am höchsten aus. Relativ gesehen waren die Zuwächse aber deutlich gleichmäßiger verteilt, mit knapp 40 % in der Mitte wie auch an der Spitze der Verteilung. Am untersten Rand der Einkommensverteilung stagnierte dagegen das Nettovermögen. Dies erklärt sich auch aus dem Vermögensportfolio, da im unteren Einkommens- und Vermögensbereich vor allem Vermögenskomponenten vorliegen, die in dem betrachteten Zeitraum ihren Wert nur wenig verändert haben, zum Beispiel Fahrzeuge. ► [Abb 3](#)

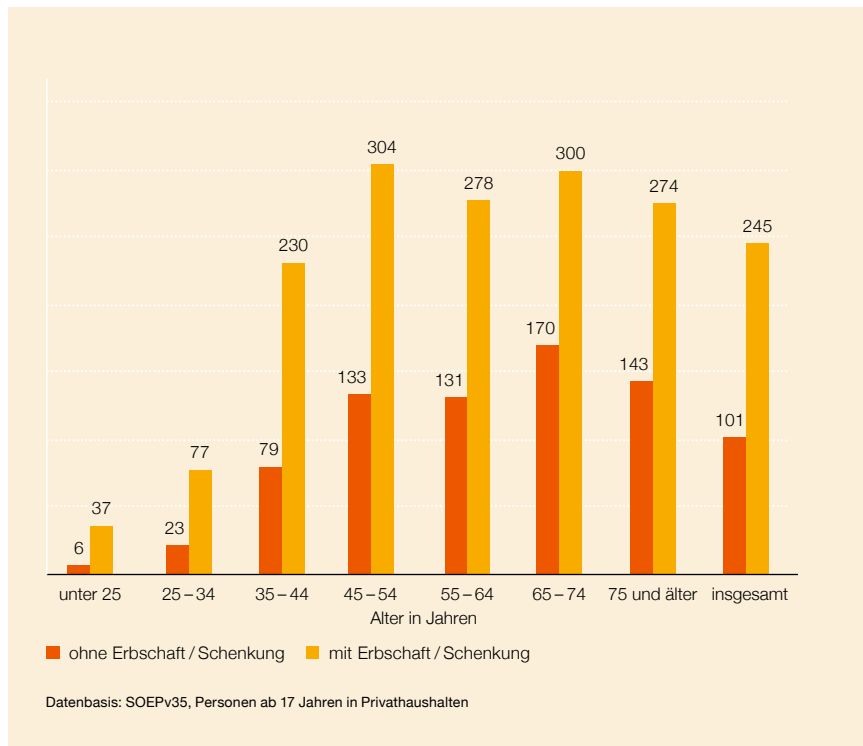
6.4.6 Die Relevanz von Erbschaften und Schenkungen

Vermögensaufbau kann auf unterschiedliche Weise geschehen. Eine Möglichkeit ist das regelmäßige Sparen. Je höher das Haushaltsnettoeinkommen ist, desto eher kann Geld zur Seite gelegt werden, um Vermögen aufzubauen. Dabei nimmt nicht nur der Anteil der Sparerinnen und Sparer mit der Höhe des Einkommens zu, sondern auch die Höhe des Sparbetrags. Vermögensveränderungen ergeben sich aber auch durch Wertsteigerungen. Hierbei ist nicht nur an kurzfristige Veränderungen bei den Aktienkursen zu denken. Auch andere Vermögensarten können ihren Wert über die Zeit hinweg deutlich ändern. Dies gilt zum Beispiel für Wertgegenstände wie Kunstgegenstände oder Sammlungen, aber auch für das Betriebsvermögen oder den Wert von Immobilien. Letztere haben in weiten Teilen Deutschlands vor allem seit 2010 erhebliche Wertsteigerungen erfahren, die sich primär aus einer veränderten Nachfrage ergaben, die besonders in den städtischen Regionen Deutschlands hoch war. Neben dem Vermögensaufbau durch regelmäßiges Sparen oder Wertsteigerungen spielen auch intergenerationale Transfers eine

► **Abb 3** Nettovermögen nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens 2012 und 2017 – in Tausend Euro



► **Abb 4** Durchschnittliches Nettovermögen nach Altersgruppen und nach Erhalt einer Erbschaft oder Schenkung 2017 – in Tausend Euro



wichtige Rolle. Solche Transfers können sowohl inter vivos in Form von Schenkungen stattfinden als auch post mortem, das heißt in Form von Erbschaften nach dem Tod einer Person.

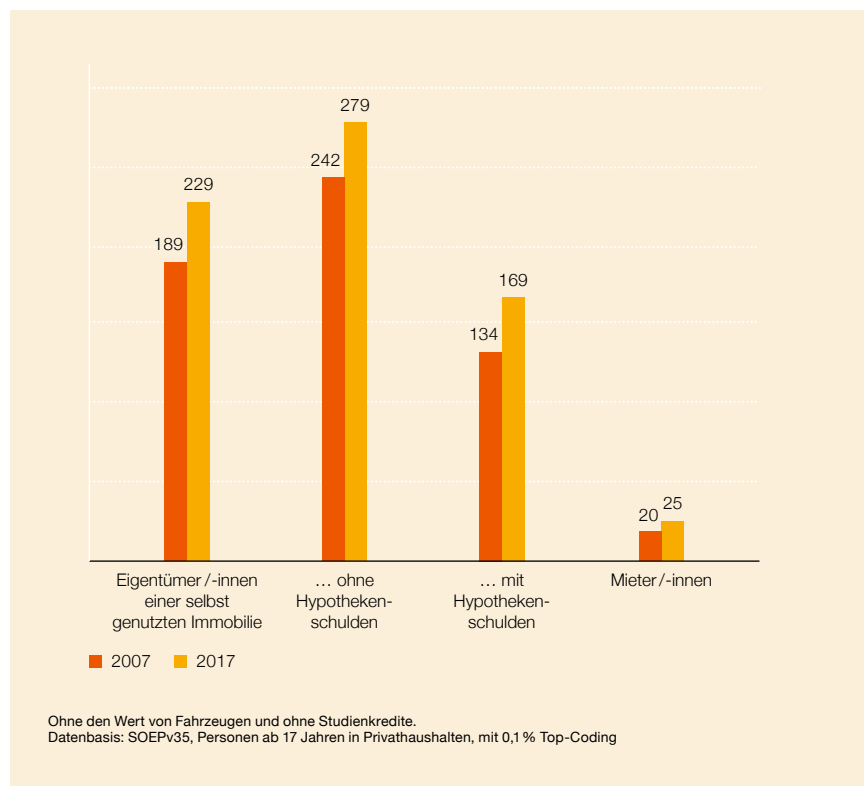
In Deutschland gab im Jahr 2017 jeder zehnte Erwachsene an, in den vergangenen 15 Jahren eine Erbschaft oder größere Schenkung erhalten zu haben. Dabei haben vornehmlich Personen im mittleren Erwachsenenalter (zwischen 25 und 54 Jahren) größere Schenkungen erhalten. Erbschaften wurden vorwiegend von älteren Personen (über 55 Jahre) bezogen. Die durchschnittliche Höhe dieser Erbschaften und größeren Schenkungen belief sich auf rund 84 000 Euro. Vergleicht man die Höhe des Nettovermögens der Personen, die angaben, eine Erbschaft oder größere Schenkung erhalten zu haben, mit den Personen, bei denen es keinen solchen Transfer gab, so ist erkennbar, dass das Nettovermögen der Ersteren in allen Altersgruppen höher ausfällt. Über alle Erwachsenen hinweg machte diese Differenz etwa 140 000 Euro aus. Auch hier gilt, dass Personen, die selbst bereits ein überdurchschnittliches Vermögen ansparen konnten, häufig auch höhere Erbschaftsbeziehungsweise Schenkungsbeträge erhalten. Hier spielt die familiäre Herkunft eine relevante Rolle, da die eigene soziale Stellung über intergenerationale Transfers an die nachfolgende Generation übertragen werden kann. ► [Abb 4](#)

6.4.7 Vermögen und Wohneigentum

Deutschland ist im europäischen Vergleich eines der Länder mit dem geringsten Anteil von Eigentümerinnen und Eigentümern einer selbst genutzten Immobilie. Immobilien stellen gleichzeitig die quantitativ wichtigste Anlageform dar, bei der es zudem in den vergangenen Jahren deutliche Wertsteigerungen gab. Daher lohnt eine Analyse des Vermögens nach Wohneigentum. Zu berücksichtigen ist dabei, ob eine Immobilie mit Hypothek belastet ist, die das Nettovermögen der Eigentümerin oder des Eigentümers verringern.

Der Anteil der Eigentümerinnen und Eigentümer einer selbst genutzten Immobilie lag im Jahr 2017 bei knapp 39 %. Bei etwas mehr als der Hälfte dieser Personen war die Immobilie voll entschuldet. Ihr Nettovermögen fiel 2017 mit rund 280 000 Euro überdurchschnittlich aus. War die Immobilie noch mit Hypotheken belastet, so verfügten die Eigentümerinnen und Eigentümer über ein durchschnittliches Nettovermögen von 169 000 Euro. Personen, die zur Miete wohnen – immerhin in Deutschland die Hälfte der gesamten erwachsenen Bevölkerung –, hatten durchschnittlich ein Nettovermögen von nur etwa 25 000 Euro. In einem Zeitraum von zehn Jahren (2007–2017) hat sich das nominale Nettovermögen im Schnitt um etwa 23 000 Euro für die Gesamtpopulation erhöht. Überdurchschnittlich fiel der Zuwachs bei Eigentümerinnen und Eigentümern einer selbst genutzten Immobilie mit 39 000 Euro im Vergleich zu nur knapp 5 000 Euro bei den Mieterinnen und Mietern aus. ▶ **Abb 5**

▶ **Abb 5 Individuelle Nettovermögen nach Wohneigentum – in Tausend Euro**



Der hohe Wert des Nettovermögens bei Eigentümerinnen und Eigentümern einer selbst genutzten Immobilie ergibt sich primär aus Wertsteigerungen der Immobilie. Zudem verpflichten sich Eigentümerinnen und Eigentümer mit einer Hypothek zu einer langfristigen Vermögensbildung, da sie über lange Zeiträume – häufig 20 bis 25 Jahre – regelmäßige Zins- und Tilgungsleistungen tätigen. Von Bedeutung ist schließlich auch ein Selektionsmechanismus auf dem Immobilienmarkt, der bewirkt, dass Personen mit einem eher überdurchschnittlichen Einkommen eine höhere Kreditwürdigkeit aufweisen und somit eher in der Lage sind, eine Immobilie zu erwerben.

6.4.8 Vermögen nach sozialer Position

Das Ausbildungsniveau und der ausgeübte Beruf haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Höhe des Einkommens einer Person und damit auch auf ihre Sparmöglichkeiten. Somit lassen sich Unterschiede in der Höhe des Nettovermögens

▶ **Tab 4 Individuelles Nettovermögen nach sozialer Stellung 2017**

	Mittelwert	Median	Bevölkerungsstruktur
	in Euro	in Euro	in %
In Ausbildung, Praktikanten/Praktikantinnen	8 011	130	6,4
Un-, angelernte Arbeiter/-innen, Angestellte ohne Ausbildungsabschluss	44 027	9 520	11,4
Gelernte Facharbeiter/-innen, Angestellte mit einfacher Tätigkeit	70 243	31 000	9,5
Vorarbeiter/-innen, Meister/-innen, Poliere/Polierinnen, Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit	122 966	94 840	25,9
Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben	306 891	171 668	0,8
Beamte/Beamtinnen einfacher, mittlerer Dienst	80 801	39 590	0,8
Beamte/Beamtinnen gehobener, höherer Dienst	181 009	130 230	2,8
Selbstständige ohne Mitarbeiter/-innen	215 538	78 370	3,4
Selbstständige mit 1 bis 9 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen	334 814	208 700	1,7
Selbstständige mit 10 oder mehr Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen	1 431 351	998 172	0,4
Nicht erwerbstätig	76 622	7 400	5,9
Arbeitslos	14 097	0	4,6
Rentner/-innen, Pensionäre/Pensionärinnen	150 243	67 180	26,3
Insgesamt	111 284	27 462	100,0

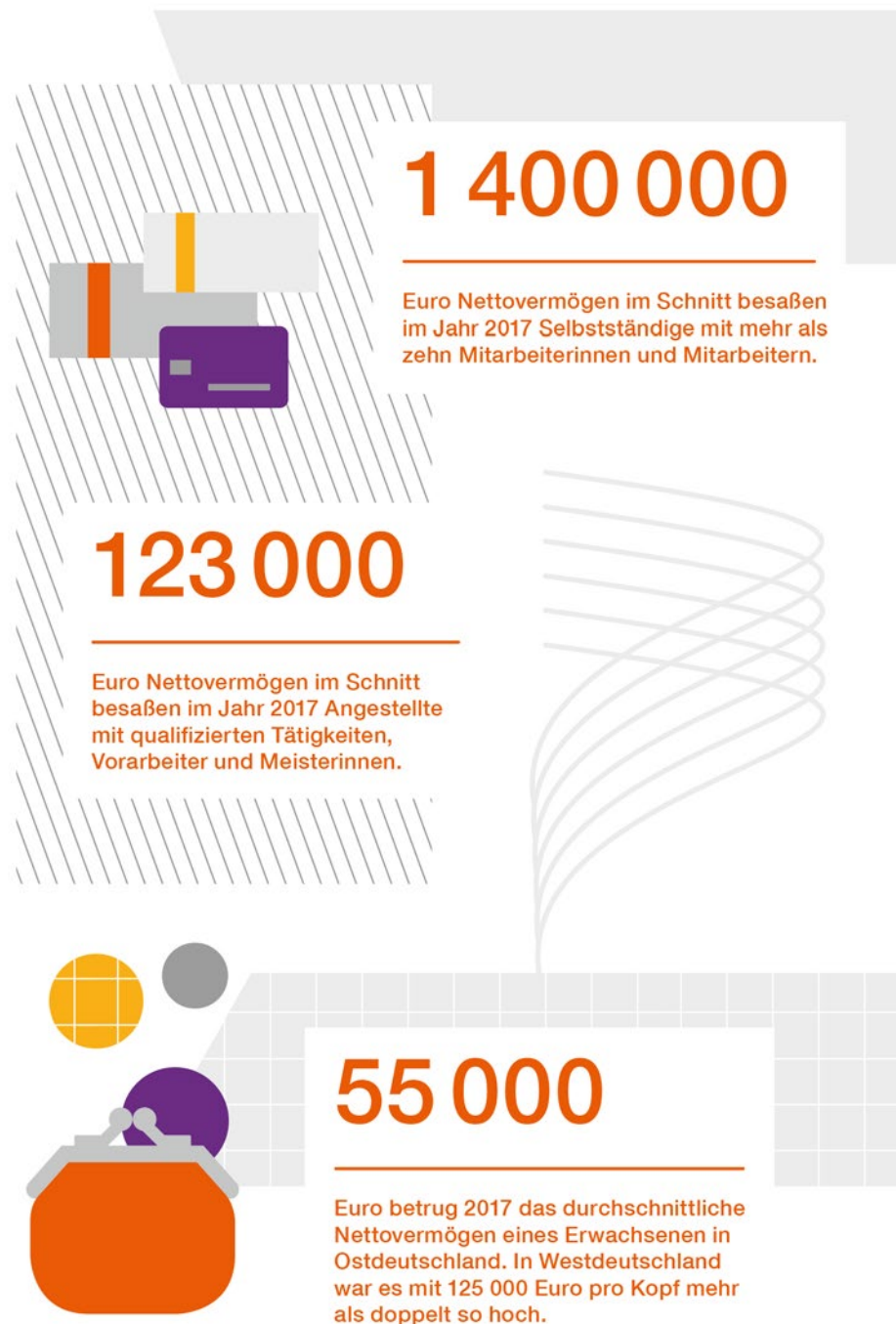
Datenbasis: SOEPv35, Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, mit 0,1 % Top-Coding

zwischen Personen mit unterschiedlicher sozialer Position erwarten.

Generell gilt, dass mit steigender beruflicher Position auch das Nettovermögen zunimmt. Altersbedingt stehen Auszubildende oder Praktikantinnen und Praktikanten erst am Anfang ihrer beruflichen Karriere. Entsprechend niedrig fällt das Nettovermögen mit im Schnitt 8 000 Euro aus. Un- oder angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte wiesen im Jahr 2017 ein durchschnittliches Nettovermögen von rund 44 000 Euro auf, bei Facharbeiterinnen und Facharbeitern waren es 70 000 Euro. Vorarbeiter, Meisterinnen und Angestellte mit qualifizierten Tätigkeiten besaßen im Schnitt 123 000 Euro, während Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben ein durchschnittliches individuelles Nettovermögen von knapp 307 000 Euro erreichten. Untergliedert nach Dienstgraden zeigt sich, dass Beamtinnen und Beamte im einfachen oder mittleren Dienst ein Nettovermögen von gut 81 000 Euro und damit etwa so viel aufwiesen wie Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Beamtinnen und Beamte des gehobenen oder höheren Dienstes hingegen hielten ein Nettovermögen von etwa 181 000 Euro und damit deutlich mehr als Angestellte mit qualifizierten Tätigkeiten. ▶ Tab 4

Am höchsten fällt das Vermögen von Selbstständigen aus. Zum einen sind Selbstständige zumeist nicht gesetzlich rentenversichert und betreiben stärker private Altersvorsorge in Form von privaten Versicherungen oder Immobilien, zum anderen ist dies dem Betriebsvermögen selbst geschuldet. Bei Selbstständigen ohne Mitarbeiterinnen beziehungsweise Mitarbeiter lag das Nettovermögen bei etwa 216 000 Euro; es stieg auf knapp 335 000 Euro bei Selbstständigen mit bis zu neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und nahm den höchsten Wert von etwa 1,4 Millionen Euro bei Selbstständigen mit mehr als zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an.

Über ein geringes Nettovermögen verfügten Arbeitslose mit rund 14 000 Euro.



Bei diesen dürfte vorhandenes Vermögen auch zur Glättung des Konsums herangezogen worden sein, um den Ausfall des Erwerbseinkommens zu kompensieren. Zudem gilt, dass bei Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld II zunächst privates Vermögen zum Teil aufgebraucht

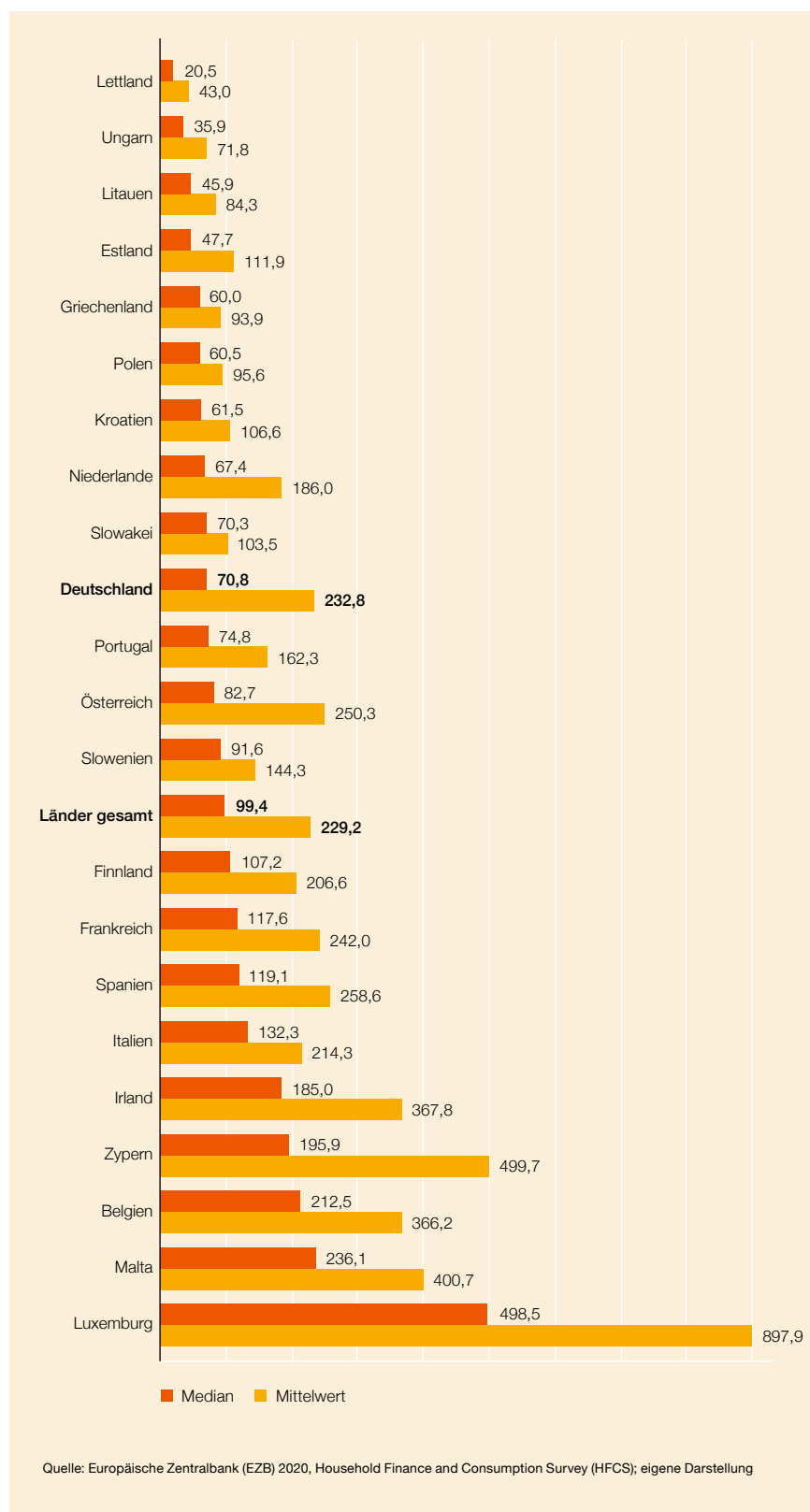
werden muss, bevor staatliche Transferleistungen bewilligt werden. Nichterwerbstätige hielten ein Nettovermögen von etwa 76 000 Euro. Letztlich ist noch die Gruppe der Rentnerinnen und Pensionäre zu nennen, deren Nettovermögen bei im Schnitt 150 000 Euro im Jahr 2017 lag.

6.4.9 Vermögen im europäischen Vergleich

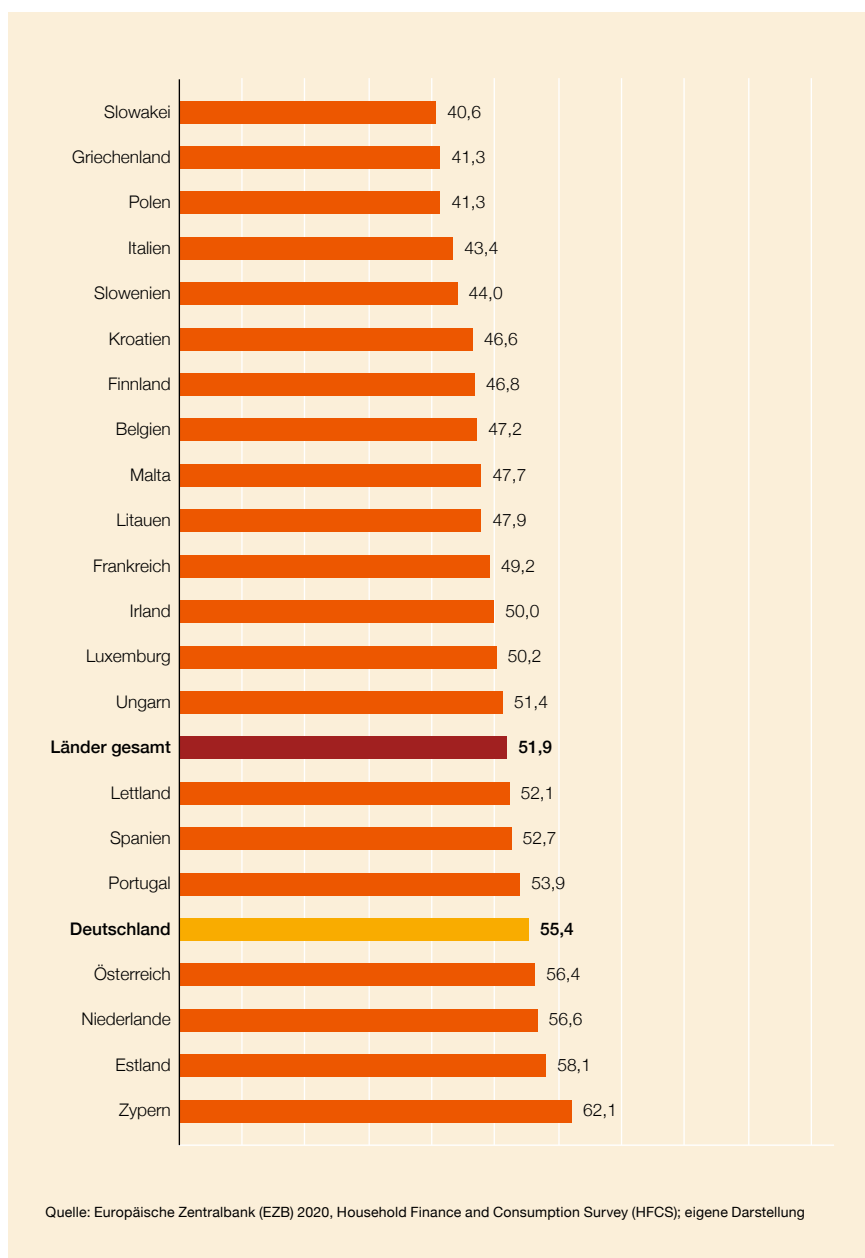
Für einen Vergleich der Höhe des Nettovermögens innerhalb europäischer Länder stellt die Europäische Zentralbank (EZB) seit dem Beginn des vergangenen Jahrzehnts harmonisierte Mikrodaten zur Verfügung. Mittels eines standardisierten Fragebogens werden alle relevanten Vermögenskomponenten erfasst, um das Nettovermögen der Privathaushalte zu beschreiben. Im Folgenden wird das Nettohaushaltsvermögen ausgewiesen. Dabei ist zu beachten, dass die Haushaltsgröße je nach Land unterschiedlich groß ausfällt. Insbesondere in südeuropäischen Ländern leben mehr Personen in einem Haushalt als in Ländern Mitteleuropas. Bei einer Pro-Kopf-Betrachtung würden damit die Unterschiede zwischen den Ländern etwas geringer ausfallen im Vergleich zu der im Folgenden verwendeten Analyse des Haushaltsnettovermögens.

Zieht man zunächst den Median des Nettohaushaltsvermögens heran, also den Wert, der die reichsten 50 % der Haushalte von der ärmeren Hälfte trennt, so lag dieser für die betrachteten europäischen Länder im Jahr 2017 bei 99 000 Euro. Das höchste Median-Nettohaushaltsvermögen fand sich in Luxemburg mit knapp 500 000 Euro, gefolgt von Malta mit rund 236 000 Euro und Belgien mit 213 000 Euro. Aber auch die von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 schwer getroffenen Staaten Spanien und Italien wiesen mit gut 120 000 Euro beziehungsweise 132 000 Euro ein relativ hohes mittleres Nettohaushaltsvermögen auf. Am anderen Ende hatte Lettland mit 20 000 Euro das geringste Nettohaushaltsvermögen. Nur wenig mehr wies Ungarn mit 36 000 Euro auf. Für Griechenland, das durch die Finanzmarkt- und die sich daran anschließende Eurokrise ab 2008 besonders stark getroffen wurde, lag ein Wert von 60 000 Euro vor. Für Deutschland betrug der Median des Nettohaushaltsvermögens rund 71 000 Euro. Dieser Wert liegt etwas unterhalb des mittleren Bereichs der betrachteten Länder und fällt

► Abb 6 Nettohaushaltsvermögen in europäischen Ländern 2017
– in Tausend Euro



► **Abb 7 Anteil der reichsten 10 % aller Haushalte am Gesamtvermögen in europäischen Ländern 2017 – in Prozent**



damit in etwa so hoch aus wie in Portugal mit 75 000 Euro oder der Slowakei mit 70 000 Euro. ► [Abb 6](#)

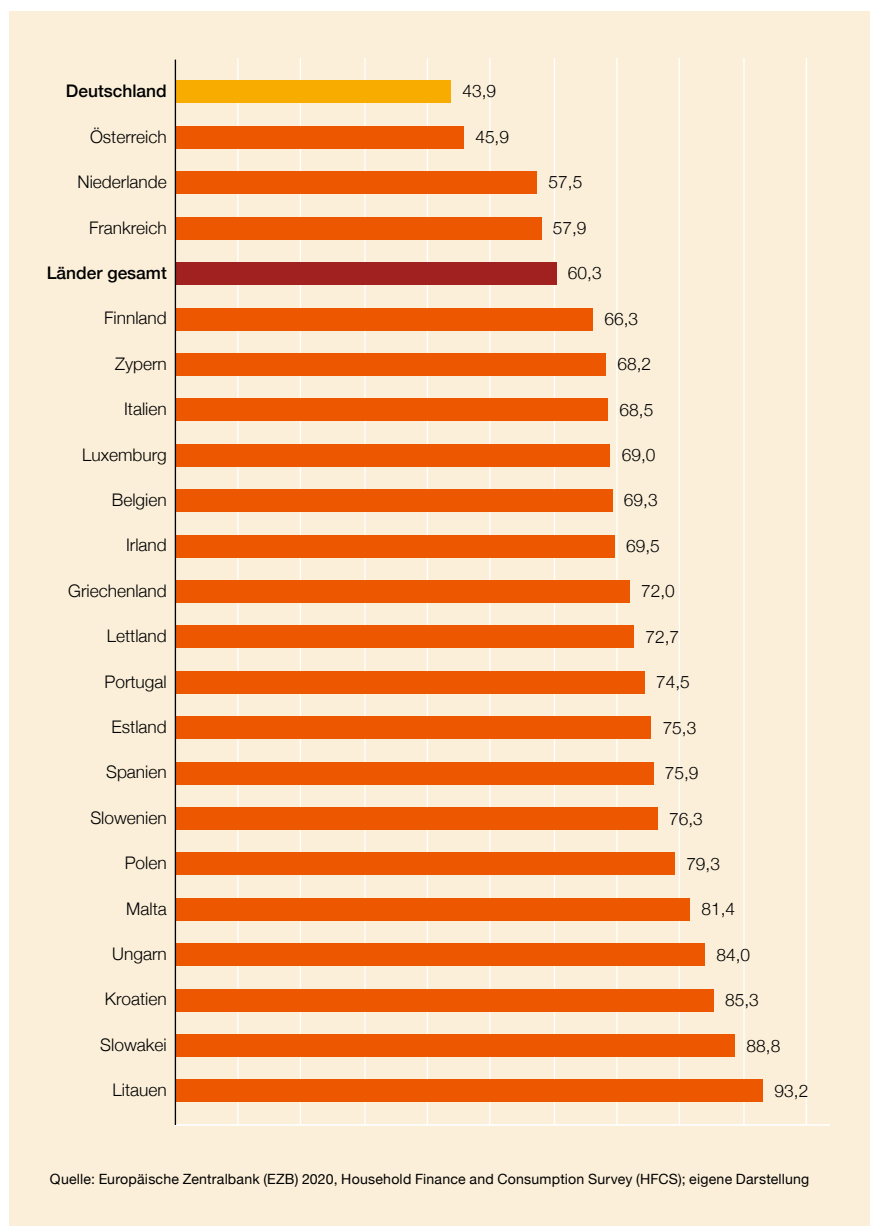
Wird alternativ der Mittelwert anstelle des Medians herangezogen – der Mittelwert kann stark von einzelnen Ausreißern wie Milliardären beeinflusst sein, was beim Median nicht der Fall ist – und

sortiert man die Länder nach der Höhe dieses Werts, so ändert sich die Reihung der Länder am unteren und oberen Rand kaum. Zwei Länder verbessern aber ihre Position in dieser Reihung um jeweils fünf Ränge. Dies sind Deutschland und Österreich, die beide ein relativ geringes Median-, aber ein deutlich höheres

Durchschnittsvermögen aufweisen. So lag der Wert des Durchschnitts des Nettohaushaltsvermögens in Deutschland bei 233 000 Euro und damit etwa im Schnitt aller betrachteten europäischen Länder mit 229 000 Euro. Die unterschiedliche Positionierung bei der Reihung der Länder, je nachdem ob der Median oder der Mittelwert herangezogen wird, ergibt sich aus dem Ausmaß an Ungleichheit des Vermögens. Deutschland und Österreich sind zwei Länder mit einem überdurchschnittlichen Ausmaß an Vermögensungleichheit, bei dem wenige Personen sehr hohe Vermögen besitzen. Nach Angaben von Capgemini Financial Service Analysis (2019) lebten im Jahr 2018 in Deutschland 1,35 Millionen Vermögensmillionäre und in Österreich 145 000. Der Anteil dieser Vermögensmillionäre an der gesamten Bevölkerung lag in beiden Ländern bei 1,6 %. Im Vergleich dazu betrug in Spanien der entsprechende Anteil der Vermögensmillionäre an der Gesamtbevölkerung nur 0,5 %.

Ein weiteres Maß zur Messung der Ungleichheit der Haushaltsnettovermögen ist neben dem Bevölkerungsanteil der Vermögensmillionäre der Anteil der reichsten 10 % aller Haushalte am Gesamtvermögen. Je höher der Wert ausfällt, desto größer ist die beschriebene Ungleichheit. Innerhalb der von der EZB betrachteten europäischen Länder lag dieser Anteil im Jahr 2017 bei knapp 52 %. Mit anderen Worten: Die reichsten 10 % der Haushalte besaßen rund die Hälfte des Nettovermögens. Ein ähnlicher Wert lag für Länder wie Luxemburg oder Spanien vor. Eine geringe Vermögensungleichheit wiesen vor allem osteuropäische Länder wie die Slowakei und Polen, aber auch Griechenland mit Werten von etwa 41 % auf. Im Gegensatz dazu ist die Vermögensungleichheit besonders hoch in Ländern wie Zypern, Estland, den Niederlanden, aber auch in Deutschland und Österreich. In den beiden letztgenannten Ländern hatten die reichsten 10 % aller Haushalte einen Anteil am Nettogesamtvermögen von rund 56 %. An der Spitze stand Zypern mit einem Anteil von 62 %. ► [Abb 7](#)

► **Abb 8 Anteil der Haushalte mit selbst genutztem Immobilienbesitz in europäischen Ländern 2017 – in Prozent**



Eine der Ursachen für das unterschiedliche Ausmaß an Vermögensungleichheit zwischen den europäischen Ländern besteht in Unterschieden im Besitz selbst genutzter Immobilien. Diese Vermögensart bildet die quantitativ wichtigste Vermögensform in faktisch allen europäischen Ländern. Dabei findet sich typischerweise folgendes Muster: Länder

mit einem geringen Anteil von Eigentümerinnen und Eigentümern selbst genutzter Immobilien weisen typischerweise auch ein höheres Maß an Vermögensungleichheit auf. So hatten in Deutschland und Österreich nur 44 beziehungsweise 46 % aller Haushalte auch eine eigene selbst genutzte Immobilie. In Ländern mit einem hohen Anteil an Haus-

halten mit selbst genutzten Immobilien ist die Vermögensungleichheit dagegen eher gering. Dies trifft beispielsweise auf Länder wie Kroatien oder die Slowakei zu, die einen Anteil von mehr als 85 % selbst nutzender Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien aufwiesen. ► **Abb 8**

Dass der Immobilienbesitz in Deutschland so gering ausfällt, hat auch historische Gründe. So wurden durch den Zweiten Weltkrieg große Teile des Immobilienbestands stark beschädigt oder zerstört. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg zudem aufgrund der Vertreibung von deutschstämmigen Personen vornehmlich aus den ehemaligen Ostgebieten wie Ostpreußen, Pommern und Schlesien die Bevölkerungszahl stark an, sodass Wohnraum fehlte. Im Ergebnis herrschte lange Jahre nach dem Krieg Wohnungsmangel in Deutschland. Diesem Mangel wurde unter anderem durch den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau begegnet. In der DDR lag die Quote selbst nutzender Immobilienbesitzerinnen und -besitzer nochmals deutlich niedriger als in Westdeutschland. Hier machte sich die Wohnungspolitik der DDR bemerkbar, die eine Nivellierung der Lebensformen zugunsten eines sozialistischen Familienbilds anstrebte, bei der privater Immobilienbesitz verpönt war. Zudem zeichnet sich Deutschland im internationalen Vergleich durch einen hohen Mieterschutz aus, der einen Verbleib in einer Mietwohnung attraktiv macht.

6.4.10 Ausblick

Dem privaten Vermögen kommt für die private Altersvorsorge eine wachsende Bedeutung zu, da mit den zu Beginn der 2000er-Jahre beschlossenen Reformen der Alterssicherung das Sicherungsniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung abgesenkt wurde und private Vorsorge zum Beispiel in Form von privaten Versicherungen wie Riesterrenten an Bedeutung gewinnt. Der durchschnittliche Vermögenswert von privaten Versicherungen belief sich 2017 aber nur auf knapp 22 000 Euro. Ob damit die Lücken

in der Absicherung der gesetzlichen Rentenversicherung geschlossen werden können, bleibt fraglich. Ungewiss ist auch, ob die zusätzliche private Altersvorsorge zu einem zusätzlichen Vermögensaufbau führt oder ob die privaten Haushalte bisherige Sparformen zugunsten der Riesterrenten umschichten. In letzterem Fall werden sich Lücken in der Altersversorgung kommender Rentnerkohorten in Deutschland auftun und zu einem Anstieg der Altersarmut führen.

Die hier beschriebenen Vermögenswerte beziehen sich auf das Jahr 2017 und damit auf die Zeit vor der Coronapandemie. Zwar sind derzeit die Auswirkungen dieser Krise auf die Vermögen der Privathaushalte nur eingeschränkt abzuschätzen. Dennoch können aufgrund der Zusammensetzung des Vermögens grobe Tendenzen einer weiteren Entwicklung beschrieben werden. Zunächst gilt, dass Verbindlichkeiten im Rahmen einer Krise nicht ihren betragsmäßigen Wert ändern. Damit bleibt dieser Teil des Vermögensportfolios abgesehen von zwischenzeitlich geleisteten Tilgungen unverändert. Auf kurze bis mittlere Sicht dürfte sich auch der Wert von Immobilien nur geringfügig ändern, da der Wert stark von demografischen Prozessen wie Zu- und Wegzug aus einer Region geprägt wird und sich Angebot und Nachfrage nach Immobilien kurzfristig nur wenig ändern.

Im Gegensatz dazu wirkt sich eine wirtschaftliche Krise generell schnell und direkt auf das Geld- und Betriebsvermögen und hier insbesondere auf Wertanlagen wie Aktien aus. Zwar sind im

Zuge der Coronapandemie Aktien weltweit stark gefallen, doch finden sich auch schnelle Erholungstendenzen, die je nach Dauer und Intensität einer Krise unterschiedlich schnell wieder das Ausgangsniveau erreichen lassen. Zwischenzeitlich können aus Buchverlusten aber reale Verluste werden, wenn Personen gezwungen sind, Vermögen zu veräußern. Dies dürfte über alle Teile der Vermögensverteilung vorkommen, da zum einen Beschäftigte in Kurzarbeit wechseln oder ihnen gekündigt wird, zum anderen Selbstständige krisenbedingt Umsatz- und damit Einkommensausfälle erleiden. Die betroffenen Personen sind dann häufig gezwungen, Einkommenslücken durch Verkauf von liquiden Vermögen wie Wertpapieren, dem Abzug von Geld von Girokonten oder durch Aufnahme von Krediten zu schließen.

Letztlich kann eine Krise einen dämpfenden Effekt auf die Vermögensungleichheit haben, da insbesondere Personen aus dem obersten Dezil in der kurzen Frist Buchverluste durch sinkende Werte von Geldvermögen und Betriebsvermögen erleiden können. Mittelfristig werden diese Personen aber auch wieder stärkere Zuwächse bei diesen Anlagen erfahren, da nach einer Krise diese Vermögensarten in der Vergangenheit immer überdurchschnittliche Wertsteigerungen aufwiesen. Eine wichtige Rolle spielen schließlich Maßnahmen der Bundesregierung, etwa im Rahmen möglicher Konjunkturpakete oder der Unterstützung bestimmter Gruppen durch spezifische Hilfsprogramme.